Sicherheit Gegen Cyber-Attacken ist Deutschland nur bedingt abwehrbereit Seite 12

Preußische Allgemeine

Nr. 21 · 28. Mai 2021 | Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt | Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Aussichten auf eine grüne Republik

Was erwartet die Deutschen, falls Annalena Baerbock Kanzlerin werden sollte? Einblicke in das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl **Seite 3**

Rüstung Die bedrohlichen Aktivitäten der Volksrepublik China **Seite 2**

Geschichte Als Elsass-Lothringen „Reichsland“ wurde **Seite 10**

FOTOS: SHUTTERSTOCK [M.]; WIKIPEDIA

AUFGEFALLEN

Kübel statt Sträußen

Am Abend des 26. September wird Annalena Baerbock von ihren Anhängern voraussichtlich euphorisch gefeiert. Stand jetzt erwartet die Grünen bei der Bundestagswahl ein herausragendes Ergebnis. Zu befürchten ist aber auch, dass die Spitzenkandidatin an diesem Abend schwer zu tragen haben wird. Statt Blumensträußen, wie bislang üblich, wird sie vermutlich Blumenkübel überreicht bekommen. Ob es vorteilhafte Bilder sein werden, die Frau Baerbock beim Stemmen mehrerer Kilo Gartenerde zeigen?

Ein derartiges Szenario verdankt sich einer weiteren Regulierungsbestrebung ihrer Partei. Die grüne Berliner Wirtschaftssenatorin Ramona Pop hat der Schnittblume zumindest in der Hauptstadt den Kampf angesagt. In der „Bild“ wird Pop mit dem Hinweis auf „hohe ökologische Transportkosten“ zitiert, Schnittblumen wüchsen meist nicht vor Ort, zudem seien sie als „Wegwerfartikel“ nicht nachhaltig. Veranstalter, etwa von Messen, die darauf verzichten, erhalten vom Land Berlin eine höhere Förderung. Die Schnittblumen-Ächtung ist Bestandteil der Berliner „Sustainable Event Scorecard“. Eine deutsche Bezeichnung dafür gibt es nicht, vielleicht hat man auch bewusst darauf verzichtet, um den Unsinn nicht zu offenbar werden zu lassen. Übersetzen müsste man es etwa mit „Nachhaltige Veranstaltungs-Punktekarte“.

„Immer wieder verwendbare Topfpflanzen“ seien besser, so Pop. Zumindest hat Frau Baerbock dann gleich langfristig etwas für ihr Büro, vielleicht ja sogar im Kanzleramt. *E.L.*

CDU/CSU

Im Zweifel als Juniorpartner in die Opposition?

Die Frage, wie sich die Union im Falle eines grünen Wahlsiegs verhalten sollte, wird zur neuen Grundsatzfrage der Parteistrategen

VON KLAUS KELLE

Die Umfragen schwanken, mal liegt die Union mit Armin Laschet vorn, mal sind die Grünen mit Annalena Baerbock an der Spitze. Sehr wahrscheinlich, dass eine Koalition beider Parteien nach der Bundestagswahl am 26. September die neue Bundesregierung bilden wird. Doch was, wenn die Grünen als erste durchs Ziel gehen und das Kanzleramt übernehmen? Sollen dann CDU und CSU auf den Klappstühlen am Kabinettstisch Platz nehmen – oder doch lieber auf die harten Oppositionsbänke rücken? Diese Frage bewegt derzeit die Strategen in den beiden Unions-Parteien.

Die Erfahrung lehrt, dass es etablierten, einst sogar großen Parteien nicht gut tut, Juniorpartner der Grünen zu werden. Baden-Württemberg ist ein gutes Beispiel. Ministerpräsident Winfried Kretschmann ist der entscheidende Grund, weshalb sich das ursprüngliche Stammland der CDU mit starken Ministerpräsidenten wie Hans Filbinger, Lothar Späth und Fritz Teufel heute fest in linksgrüner Hand befindet.

Ähnlich wie die Bundespartei nach den Wahlen 2013 und 2017 – als die Union Inhalte, Überzeugungen preisgab, um weiterregieren zu können – dachte bereits 2011 die CDU im Ländle, als sie mit den einstigen grünen Hauptgegnern ins Koalitions-Bett ging. Ein kolossaler Fehler, dass eine über Jahrzehnte dominierende Partei Juniorpartner wurde, anstatt den Wählern ein klares Kontrastprogramm anzubieten in einem Bundesland, das wie mittlerweile die Bundesrepublik insgesamt stark abhängig von der Automobilindustrie, oder wie die Schwaben sagen, „vom Daimler“ ist. Und da wählen die Leute die grünen Feinde des Individualverkehrs in die Regierung? Das erinnert an die Geschichte von den Lemmingen, die sich freiwillig in den Tod stürzen.

Profitiert haben die anderen

Wie die Geschichte ausging, ist bekannt: Mitte März dieses Jahres fuhren die Grünen mit 32,6 Prozent ein Allzeit-Hoch bei Landtagswahlen ein, während die CDU ihr Katastrophenergebnis von 27 Prozent im Jahre 2016 noch einmal um drei Prozent unterbot. Klar, dass das den Grünen gefällt, die auch andere Machtoptionen hätten, aber den schwarzen Bettvorleger Strobl vorziehen, von dem keine Gefahr mehr für ihre linksgrüne Agenda ausgeht.

In Hessen regiert zwar der CDU-Ministerpräsidenten Volker Bouffier, jedoch von Gnaden der Grünen. Der einst konservativste Landesverband der Union eines Alfred Dregger ist nicht mehr wiederzuerkennen. Unterdessen rühmt sich Hessen für seine in Deutschland führende Rolle beim unwissenschaftlichen Gender-Schwachsinn, und die Hochschulen des Landes mutieren zu Brutstätten des Linksextremismus, an denen abweichende Meinungen nicht mehr oft zu Wort kommen.

Das Grundproblem bei schwarz-grünen Regierungen ist nicht einmal, dass es schwarz-grüne Regierungen sind. Der Kern des Übels ist eine in den Merkel-Jahren völlig unpolitisch und angepasst mutierte CDU. Das, was die Partei einst ausmachte, ist so gut wie nicht mehr zu erkennen. Und die Entscheidung der Delegierten beim Bundesparteitag gegen Friedrich Merz und für Armin Laschet wird diesen Prozess beschleunigen.

Die CDU kann nur wieder zu alter Stärke kommen, wenn sie ein klares wirtschaftsliberales und bürgerlich-konservatives Profil entwickelt, begleitet von klugen Personalentscheidungen. Als Beispiel kann da Österreich und die christdemokratische Schwesterpartei ÖVP dienen. Die wurde in einem erbarmungswürdigen Zustand bei 19 Prozent von Sebastian Kurz übernommen, politisch neu aufgestellt und errang eineinhalb Jahre später (!) bei der Nationalratswahl 35 Prozent. Sebastian Kurz ist Bundeskanzler, und auch seine ÖVP war nach der „Ibiza-Affäre“ gezwungen mit den Grünen zu koalieren. Nur dass dort niemand fragt, wer Koch und wer Kellner ist.

● **Klaus Kelle** ist Publizist und Herausgeber des Blogs **„the-germanz.de.**

IN DIESER AUSGABE

Politik
Sind die Liberalen nach der Wahl zu einem Bündnis mit den Grünen bereit?
Seite 4

Kultur
75 Jahre DEFA – Die Stunde Null des deutschen Nachkriegsfilms
Seite 9

Das Ostpreußenblatt
Das Bernsteinmuseum im Königsberger Wrangelturm wird renoviert
Seite 13

Lebensstil
Auf Entdeckungstour zu einem Glockendorf im Tiroler Pillerseetal
Seite 21

Lesen Sie die PAZ
auch auf unserer Webseite **paz.de**

4 191814 303404 21
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Chinas Nachrüstung Die Volksrepublik hat eine Erhöhung ihrer Verteidigungsanstrengungen beschlossen. Bis 2049 will sie die USA nicht nur eingeholt, sondern überholt haben

„Grundlegende Modernisierung“

Besonderes Augenmerk legt Peking neuerdings auf seine Seestreitkräfte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Auf dem 19. Nationalkongress der Kommunistischen Partei Chinas im Oktober 2017 kündigte der Generalsekretär der Partei und Vorsitzende der Zentralen Militärkommission, Xi Jinping, eine „grundlegende Modernisierung“ der Volksbefreiungsarmee bis 2035 an. Anschließend soll diese bis zum Jahre 2049, in dem sich die Gründung der Volksrepublik zum 100. Mal jährt, zur „führenden Armee“ der Welt ausgebaut werden.

Dafür scheut die Regierung in Peking keine Kosten. Die Militärausgaben steigen schon seit Längerem kontinuierlich. Für dieses Jahr ist eine Wachstumsrate von 6,8 Prozent geplant. Dabei wendete China bereits vergangenes Jahr umgerechnet 252,3 Milliarden US-Dollar für die Streitkräfte auf, während es 2004 noch 66,8 Milliarden gewesen waren.

1,7 Prozent des BIP fürs Militär

Das lag deutlich unter dem, was Washington ausgab. Im vorigen Jahr bezifferten die USA ihr Militärbudget mit 778 Milliarden Dollar. Und auch bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt (BIP) wirken die chinesischen Zahlen eher bescheiden. Während die Militärausgaben vergangenes Jahr im weltweiten Durchschnitt 2,4 Prozent des jeweiligen nationalen BIP ausmachten, waren es in den USA 3,7 Prozent, in China hingegen nur auf 1,7 Prozent. Mit einem Anteil an den weltweiten Aufwendungen fürs Militär von 13 Prozent liegt das Reich der Mitte hinter den USA auf Platz 2.

Allerdings dürfte auch Peking viele Ausgaben fürs Militär, wie beispielsweise die für Forschung und Entwicklung, in anderen Budgets verstecken, um friedfertiger zu wirken. Des Weiteren sind chinesische Waffen vergleichsweise günstig. So kostet ein chinesischer Lenkwaffenstörer vom Typ 055 mit 180 Metern Länge, 20 Metern Breite, maximal 6,6 Meter Tiefgang und 12.000 bis 13.000 Tonnen Verdrängung umgerechnet 950 Millionen Dollar, während der Preis für ein Tarnkappenschiff der US-amerikanischen Zumwalt-Klasse mit zehn Metern mehr Länge, 4,6 Meter mehr Breite, 1,8 Meter mehr Tiefgang und 15.656 Tonnen Verdrängung bei 4,4 Milliarden Dollar liegt – was selbst den USA zu hoch war, sodass sie statt der ursprünglich geplanten 32 nur drei Exemplare kaufte.

Militärische Zeremonie in Peking: Der erste Zerstörer des Typs 055 wird am 12. Januar 2020 vorgestellt *Foto: pa*

Nach den USA stellt China inzwischen die meisten Rüstungsgüter her. Das Reich der Mitte besitzt die gemessen an der Zahl der Soldaten größte Armee und die hinsichtlich der Zahl der Schiffe größte Marine der Welt, wie aus einem detaillierten Bericht des US-Verteidigungsministeriums vom 1. September 2020 hervorgeht. In der chinesischen Volksbefreiungsarmee lesiten über zwei Millionen aktive Soldaten Dienst, davon etwa die Hälfte bei den Landstreitkräften. Diese verfügen unter anderem über 6700 Kampfpanzer. Im Gegensatz dazu können die United States Armed Forces nicht mehr als 1,3 Millionen Soldaten aufbieten, davon rund 500.000 im Heer. Die Zahl der US-Kampfpanzer der Typen M1, M2 und M3 liegt aktuell bei 6200.

Besonderes Augenmerk legt Peking neuerdings auf seine Marine, deren Aufbau aus mehreren Gründen forciert wird. Zum Ersten steht immer noch die Annexion beziehungsweise Wiedervereinigung mit der angeblich abtrünnigen Inselrepublik Taiwan auf der Agenda. Zum Zweiten will die Volksrepublik nach den natürlichen Ressourcen im Süd- und Ostchinesischen Meer greifen, was eine entsprechende Drohkulisse gegenüber den anderen Anrainerstaaten erfordert. Zum Dritten droht perspektivisch der Entscheidungskampf um die Vorherrschaft im Pazifischen Raum mit den USA. Und zum Vierten muss Peking seine Handelsrouten in Richtung Europa und Persischer Golf sichern, die durch den Indischen Ozean sowie die nicht ungefährlichen Gewässer rund um die Arabische Halbinsel und am Horn von Afrika führen.

US-Marine hat doppelte Feuerkraft

Aufgrund der besonderen Wichtigkeit einer kampfstarken Marine hat Peking in den letzten Jahren massiv in die Seestreitkräfte der Volksbefreiungsarmee investiert. Laut dem US-Verteidigungsministerium verfügen sie nun unter anderem über folgende Einheiten: zwei Flugzeugträger, 56 U-Boote, davon zehn mit nuklearem Antrieb, ein Kreuzer, 32 Zerstörer, 53 Fregatten, 49 Korvetten, 52 Landungsschiffe und 86 Schnellboote. Insgesamt stehen derzeit 360 chinesische Kriegsschiffe etwa 300 US-amerikanischen gegenüber. Allerdings besitzt die United States Navy momentan noch doppelt so viel Feuerkraft wie die chinesische Marine und kann auch deutlich mehr Flugzeugträger aufbieten, nämlich elf. Dazu kommen 70 Atom-U-Boote.

Nach den Luftstreitkräften der USA und der Russischen Föderation sind jene Chinas die drittstärksten der Welt. Peking kann rund 1500 Kampfjets einsetzen, während Washington auf etwa 2800 kommt. Und dann wäre da noch das ebenfalls sehr große und vielfältige chinesische Raketenarsenal, das auch das Verschießen von Kernsprengköpfen über Distanzen von bis zu 13.000 Kilometern erlaubt.

● **Das Motiv** auf Seite 1 zeigt einen Ausschnitt der Flagge der Seestreitkräfte der Volksrepublik China.

WEHRINDUSTRIE

Fünftgrößter Exporteur von Waffen

Um auf dem Gebiet der Rüstung autark zu sein, produziert die Volksrepublik China ihre Waffen schon seit Jahrzehnten in aller Regel selbst. Das Kriegsgerät kommt momentan aus insgesamt zehn verschiedenen Konzernen des Reiches der Mitte, die pro Jahr militärisch verwendbares Material im Wert von umgerechnet rund 80 Milliarden US-Dollar liefern.

An der Spitze der Rangliste der umsatzstärksten Unternehmen steht nach Erkenntnissen des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) die Aviation Industry Corporation of China (AVIC). Die von dieser Firma hergestellten Waffensysteme kosten den chinesischen Steuerzahler umgerechnet etwa 20 Milliarden US-Dollar jährlich, was die AVIC zu einem der größten Rüstungsproduzenten weltweit macht. Auf Platz 2 folgt die China North Industries Corporation (NORINCO), die regelmäßig über 17 Milliarden Dollar erlöst und vor allem Heereswaffen fertigt. Und Platz 3 mit um die zwölf Milliarden Dollar Umsatz belegt die China Electronics Technology Group Corporation (CETC).

Chinas Wirtschaft produziert mittlerweile auch Waffen für den Export. Vergangenes Jahr stand die Volksrepublik an fünfter Stelle der Nationen, die Kriegsgerät ins Ausland verkaufen. Zunächst handelte es sich hierbei vor allem um Handfeuerwaffen aus den Werken der NORINCO. Inzwischen sind nun zusätzlich noch Raketen, Radarsysteme, militärische Drohnen und Kampfflugzeuge im Angebot. Hauptabnehmer sind asiatische und afrikanische Länder, allen voran Pakistan, Bangladesch, Myanmar und Algerien. Peking bietet den Käufern nicht nur günstige Preise, sondern stellt zudem auch keine lästigen innenpolitischen Bedingungen, wie es die Bundesrepublik und gelegentlich auch andere Staaten des Westens tun. Von multinationalen Organisationen verhängte Embargos werden zudem ignoriert. Damit weitet China seinen Einfluss in vielen Teilen der Welt aus. *W.K.*

ATOMWAFFEN

Ein Zwerg neben den Nuklearmächten USA und Russland

Nun aber scheint das Reich der Mitte eine sukzessive Modernisierung der eigenen Kernwaffenbestände anzustreben

Als im August 1945 erstmals Kernwaffen über Hiroshima und Nagasaki explodierten, sagte der damalige chinesische Partisanenführer Mao Tse-tung zu dem US-amerikanischen Journalisten Peter Fleming: „Die Atombombe ist ein Papiertiger.“ 19 Jahre später zündete das Reich der Mitte einen eigenen nuklearen Sprengsatz in der Provinz Xinjiang im Nordwesten Chinas. Seither zählt die Volksrepublik zu den Atommächten.

Bislang legte Peking keinen sonderlichen Wert auf den Ausbau seines nuklearen Drohpotentials. Während die USA derzeit 5800 Atomsprengköpfe horten und Russland sogar 6375 Kernwaffen besitzen will, wird das diesbezügliche chinesische Arsenal auf lediglich 320 Sprengköpfe geschätzt. Darüber hinaus sollen sich diese samt und sonders in Reserve befinden, also nicht rund um die Uhr abschussbereit sein.

Allerdings scheint das Reich der Mitte nun eine sukzessive Modernisierung der eigenen Kernwaffenbestände anzustreben. Zudem arbeitet die Volksbefreiungsarmee am Ausbau ihrer Raketenstreitkräfte, um die vorhandenen Sprengköpfe mit mehr Sicherheit und Genauigkeit ins Ziel zu bringen, und das auch über sehr große Entfernungen.

Momentan verfügt China über folgende landgestützte ballistische Raketen der Typenreihe Dong Feng (Ostwind): rund 108 Mittelstreckenraketen DF-21 und DF-26 mit Reichweiten von 1750 bis 3500 Kilometern, fünf Langstreckenraketen DF-4 und sechs Stück DF-31 mit 5500 beziehungsweise 7000 Kilometern Reichweite und knapp 70 Interkontinentalraketen DF-5A und B sowie DF-31A und AG. Letztere vermögen wahrscheinlich zwischen 11.000 und 13.000 Kilometer zurückzulegen. Dazu kommen 48 JL-2 mit 7200 Kilometern Reichweite für den Abschuss von Bord der vier nuklear getriebenen strategischen U-Boote der Jin-Klasse sowie hunderte Marschflugkörper CJ-10 und CJ-20 der Reihe Chang Jian (Langes Schwert), die sowohl von Landfahrzeugen als auch Flugzeugen und Schiffen starten und teilweise an die 2000 Kilometer weit fliegen können. Darüber hinaus wären da noch 20 Bomber vom Typ Xian H-6K, welche dazu taugen, bis zu neun Tonnen schwere Atomwaffen ins Ziel zu bringen.

> Den 5800 Atomsprengköpfen der USA und den 6375 Kernwaffen, die Russland besitzen will, stehen auf Seiten Chinas geschätzte 320 Sprengköpfe gegenüber

Gleichzeitig befindet sich derzeit die Rakete DF-41 in der Endphase ihrer Entwicklung. Sie soll mehrere Sprengköpfe tragen, von denen einige als Täusch- beziehungsweise Penetrationskörper zur Durchdringung der US-Raketenabwehr fungieren. Mit einer vermutlichen Reichweite von bis zu 15.000 Kilometern dürfte die DF-41 in der Lage sein, sowohl das komplette Territorium der Vereinigten Staaten als auch ganz Europa zu attackieren. *W.K.*

„Gerechter“, „bunter“, „feministischer“

Während die Spitzenkandidatin Annalena Baerbock zum Medienliebling avanciert, lohnt ein Blick in das Wahlprogramm der Öko-Partei: Was erwartet die Deutschen unter einer grünen Kanzlerin?

VON HOLGER FUSS

„Deutschland. Alles ist drin“: Die Parteivorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck bei der Vorstellung des Wahlprogramms von Bündnis 90 / Die Grünen zur bevorstehenden Bundestagswahl. Das Programm soll besorgten bürgerlichen Wählern die Angst vor den Grünen nehmen und verspricht ihnen ein „Weiter so“ im Sinne der Ära Merkel *Foto: pa*

Nachdem die Grünen am 19. April ihre Parteivorsitzende Annalena Baerbock zur Kanzlerkandidatin ausriefen, schien es in den Tagen darauf, als sei die Bundestagswahl damit bereits entschieden. Zeitungskommentare ließen euphorische Phrasenballons zur möglichen ersten grünen Kanzlerin aufsteigen, TV-Stationen von Pro Sieben über ARD bis ZDF veranstalteten mit Baerbock kritikarme Fragestunden. Der „Spiegel“ titelte „Die Frau für alle Fälle“ und erklärte, „warum keiner mehr an ihr vorbeikommt“. Der „Stern“ jauchzte auf dem Cover: „Endlich anders“, sein Bilderblatt-Beiboot „View“ hielt Kurs mit: „Erfrischend anders“. Es war, als ob die bislang eher obrigkeitsbeflissene Journalistenschar auf einmal überdrüssig sei von dem alten weißen Mann, der unter dem Namen Angela Merkel seit 16 Jahren im Kanzleramt regiert.

So sehr Deutschland ein Land der Sicherheit und der emotionalen Diskretion ist, so anfällig ist es zwischendurch für den begeisterten medialen Spielmannszug, der das beflissene Einerlei für kurze Zeit mit dem Tagtraum vom Aufbruch ins Lebendigsein erfüllt. Was das Fußball-WM-Sommermärchen 2006 an Begeisterung entfachte, vermochte im Frühjahr 2017 der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz nur kurzzeitig zu entzünden. Und nun werden im linksliberalen Milieu alle Hoffnungen auf eine pausbäckige Trampolinspringerin gesetzt, die zwar über keinerlei Verwaltungs- und Regierungserfahrungen verfügt, sich aber für kanzlerfähig hält. Denn, so sagte sie bei „Anne Will“: „Ich bin jemand, der lernfähig ist, der schnell lernt.“

Agenda für die „Lifestyle-Linke“

Eine Kanzlerin, die erst übt, steht uns bevor. „Ich trete an für Erneuerung“, tönt sie vollmundig, „für den Status quo stehen andere.“ Der Begriff Erneuerung klingt wie eine Drohung, die SPD versucht sich daran seit Sigmar Gabriels Antritt als Vorsitzender – und das Ergebnis sind Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans. Auch bei den Grünen lässt die Ankündigung einer politischen Morgenröte keine rechte Zuversicht aufkommen. An der Spitze der Partei stehen eine nassforsche Annalena Baerbock („Ich habe es mir zugetraut“), die einem schon bei der Vorstellung, sie solle als Kanzlerin mit Kriegsparteien oder Despoten verhandeln, die Gänsehaut über den Rücken jagt – sowie ein larmoyanter Robert Habeck, der noch am Tage der Verkündigung von Baerbocks Spitzenkandidatur den Interviewern der „Zeit“ verriet: „Ich bin nach Berlin gegangen, um die Partei in die Position zu bringen, dass sie den Kampf um die Kanzlerschaft führen kann. Jetzt schaffen wir das, das ist der süße Anteil. Aber ich werde diesen Kampf nicht von der Spitze aus führen, wie ich es wollte. Das ist der bittere Teil.“ So durchsetzungsschwach hat wohl kaum jemals einer für das Amt des Regierungschefs öffentlich geliebäugelt.

Dass sich die Ökopartei mit dieser Außendarstellung in den Sonntagsfrage-Erhebungen mit der Union einen abwechslungsreichen Wettlauf liefert, ist nicht verwunderlich. Seit Angela Merkel ihre CDU zu einer zweiten Sozialdemokratie umgebaut hat, teilen Grüne und Christdemokraten jene Teile des bürgerlichen Lagers unter sich auf, dessen Lebensgefühl die feinfühlige Links-Politikerin Sahra Wagenknecht in ihrem jüngsten Buch „Die Selbstgerechten“ mit dem Ausdruck „Lifestyle-Linke“ treffsicher etikettiert hat.

Entsprechend kann eine Kanzlerin Baerbock durchaus als Fortsetzung der Ära Merkel gelten, die in ihren 16 Jahren in der Hauptsache eine linksliberale Agenda abgearbeitet hat: von der Energiewende, die inzwischen als gescheitert zu nennen ist, über die Ehe für alle, die eine Art Startschuss zu einer Inflation identitätspolitischer Kulturkämpfe darstellt, bis hin zur Flüchtlingspolitik, mit der wir uns muslimischen Antisemitismus ins Land holten. Auch die Eintracht bei den Corona-Maßnahmen zwischen der Bundesregierung und der kleinsten Oppositionspartei legt die politische Nähe von Merkel und Baerbock offen.

Parallelen zur Union

Dass vaterlandsverdrossene Grüne verlangten, aus dem Titel ihres Wahlprogramms „Deutschland. Alles ist drin.“ das Wort „Deutschland“ zu streichen, erinnert an die Siegesfeier der CDU nach der Bundestagswahl 2013, als Angela Merkel ihrem damaligen Generalsekretär Hermann Gröhe ein Deutschland-Fähnchen aus der Hand rupft und es verstohlen von der Bühne entfernt. Wie die Union stellen sich auch die Grünen als Partei der Besitzstandswahrung auf. Gleich zu Beginn heißt es im Wahlprogramm: „Wir schaffen klimagerechten Wohlstand“.

Überhaupt könnten die Kapitelüberschriften der Grünen-Agenda genauso auch im Wahlprogramm der Union von Armin Laschet und Markus Söder stehen: „Wir schaffen Versorgungssicherheit mit Erneuerbaren“, „Wir sorgen für nachhaltige Mobilität“, „Wir bringen die Digitalisierung voran“, „Wir machen Finanzmärkte stabiler und nachhaltiger“, „Wir haushalten solide, weitsichtig und gerecht“, „Wir fördern Kinder, Jugendliche und Familien“ und „Wir ermöglichen lebenslanges Lernen“.

Erst der Blick in die Details des grünen Wahlprogramms macht deutlich, dass aus der sozialen Marktwirtschaft Ludwig Erhards „eine sozial-ökologische Neubegründung unserer Marktwirtschaft“ werden soll. Was dies sein soll, bleibt unklar. Irgendetwas mit fairen Preisen, klimagerechtem Handeln und dem Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen jedenfalls. Und „damit Klimaschutz sozial gerecht ist“, wollen die Grünen ein „Energiegeld einführen“. Nachdem nämlich alle die CO2-Bepreisung bezahlen, bekommt „jede*r Bürger*in“ ein Energiegeld, „und zwar fair aufgeteilt pro Kopf“. Eine Umverteilung von oben nach unten nach Baerbock-Art: „Unterm Strich werden so Geringverdiener*innen und Familien entlastet und vor allem Menschen mit hohem Einkommen belastet.“ Fehlt nur noch der Hinweis auf ein unbürokratisches Verfahren, womöglich nach dem Vorbild der verlässlichen staatlichen Hilfen in der Corona-Krise.

Ein ähnlicher Bürokratie-Moloch dürfte das Vorhaben sein, „auf jedes Dach eine Solaranlage“ zu installieren, „eine Energiewende, bei der alle mitmachen können – Mieter*innen wie Hausbesitzer*innen“. Offenbar wissen die Programm-Autoren nicht, dass Mieter*innen keine baulichen Veränderungen am Haus vornehmen dürfen, dies ist den Hausbesitzer*innen vorbehalten. Dabei wäre es praktischer, die Dächer öffentlicher Bauten mit Solarzellen aufzurüsten, anstatt umständlich Privathäusern Fördergelder zu bewilligen. Nach Berechnungen des 2010 verstorbenen sozialdemokratischen Solarpapstes Hermann Scheer benötigten wir „5.000 Quadratkilometer Solarzellenfläche. Das ist weniger als zehn Prozent der in Deutschland überbauten Fläche“.

Das „Ende des Mülls“

Auch bei der Mobilität soll ein „Bonus-Malus-System in der Kfz-Steuer“ greifen. Ab 2030 gilt „eine ansteigende nationale Quote für emissionsfreie Autos“, das bedeutet Elektromobilität und die Verspargelung des Landes durch „den flächendeckenden Ausbau einer einheitlichen Ladeinfrastruktur, inklusive Schnellladesäulen und öffentlicher Ladepunkte im ländlichen Raum“. Für Landstriche, die weder Landarzt, noch Dorfpfarrer, noch eng getaktete Nahverkehrsanbindung haben, ein anspruchsvolles Unterfangen.

Auch bei der Abfallentsorgung zeigen sich die Grünen frohen Mutes. Sie glauben an „das Ende des Müll“, denn „die Kreislaufwirtschaft wird das neue Normal“. Hierzu „wollen wir das komplizierte Pfandsystem entwirren. Jede Flasche soll in jeden Pfandautomaten passen, den To-go-Mehrwegbecher machen wir bis 2025 zum Standard“. Intelligenter wäre es, die Industrie auf recyclingfähige Produktionsweisen zu verpflichten, etwa nach Art des Cradle-to-Cradle-Systems des Hamburger Chemikers Michael Braungart, wonach sämtliche Bestandteile unserer Erzeugnisse in einem biologischen oder einem technischen Kreislauf zirkulieren. Braungarts Konzept wird seit 20 Jahren in aller Welt erprobt, im Grünen-Wahlprogramm wird es nicht erwähnt.

> Dass vaterlandsverdrossene Grüne verlangten, aus dem Titel ihres Wahlprogramms „Deutschland. Alles ist drin.“ das Wort „Deutschland“ zu streichen, erinnert an die Siegesfeier der CDU nach der Bundestagswahl 2013, als Angela Merkel ihrem Generalsekretär Hermann Gröhe ein Deutschland-Fähnchen aus der Hand rupft und es verstohlen von der Bühne entfernt

Stattdessen werden die Kulturkreativen umgarnt („eine der am meisten unterschätzten Branchen“) und Förderprogramme verheißen sowie „Gründungsförderung aus der Arbeitslosigkeit“. Damit soll die Zielgruppe der akademischen Unterschicht gewonnen werden, die seit der Corona-Krise die Jobcenter bevölkert und sich mit Fortbildungsmaßnahmen die Zeit des Lockdowns vertreibt.

Sozialhilfe mit gutem Gefühl

Für die übrigen Jobcenter-Kunden wollen Grüne „Hartz IV überwinden und ersetzen es durch eine Garantiesicherung“. Das ist eine Sozialhilfe mit gutem Gefühl, „eine Mindestsicherung, die nicht stigmatisiert und die einfach und auf Augenhöhe gewährt wird“. Womöglich wird im Publikumsverkehr sogar das Duzen verpflichtend eingeführt.

Das Wahlalter soll auf 16 Jahre gesenkt werden, damit „Jugendliche in ihrem Lebensalltag demokratische Erfahrungen machen“. Das erinnert ein bisschen an Annalena Baerbocks festem Vorsatz, ganz schnell zu lernen, sobald sie ins „Kanzlerinnenamt“ gewählt ist. Und weil der öffentlich-rechtliche Rundfunk traditionell Grünen-freundlich arbeitet, stehen diese „zu einem pluralistischen, kritischen und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk für alle und arbeiten dafür, dass er stark und zukunftsfest aufgestellt ist“.

Nicht so allerdings zum Verfassungsschutz, der „Vertrauen verspielt“ hat, „als er sich auf dem rechten Auge blind zeigt“. Bekanntlich gilt: „Mit dem Zweiten sieht man besser!“ Darum wollen die Grünen den Verfassungsschutz strukturell neu aufstellen, insbesondere „mit einem unabhängigen, wissenschaftlichen und unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft aus öffentlichen Quellen arbeitenden Institut zum Schutz der Verfassung“. Indes: Wer kontrolliert dieses Institut, während ein verkleinertes „Bundesamt für Gefahrenerkennung und Spionageabwehr“ mit „rechtsstaatskonformen nachrichtendienstlichen Mitteln“ die Zivilgesellschaft observiert?

Auf dem linken Auge blind

Denn in der Gesellschaft brodelt es, darum „wollen wir den privaten Waffenbesitz tödlicher Schusswaffen weitestgehend beenden“ und die „mehr als 32.000 Rechtsextremist*innen in Deutschland“ bekämpfen, dies müsse „Priorität für alle Sicherheitsorgane haben“. Über Linksextremisten wird kein Wort verloren, vermutlich werden sie im erwähnten Institut zum Schutz der Verfassung in Vollzeit beschäftigt.

Zum Schluss zeigt sich das Grünen-Papier versöhnlich: „Wir treten ein für Frieden und Sicherheit“. Das wäre unter einer grünen Bundeskanzlerin auch zu hoffen. Und so „gestalten wir unsere Außen-, Entwicklungs- und Sicherheitspolitik feministisch“. Überhaupt: „Unsere Staatlichkeit soll bunter und feministischer werden.“ Aber Frau Baerbock weiß, dass sie ohne bürgerliche Mitte keine Mehrheit erhält. Deshalb gibt sie im Nachwort des Wahlprogramms Entwarnung: „Ja, unsere Vorhaben sind ambitioniert. Und nein, wir können nicht versprechen, dass jedes Projekt genau so Wirklichkeit wird.“ Wem mag dies kein Trost sein?

● **Holger Fuß** schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag).
www.m-vg.de

MELDUNGEN

Abbruch der Verhandlungen

Potsdam – Im Streit mit dem Haus Hohenzollern um Entschädigungen und die Rückgabe von Kunstwerken setzt nach Berlin nun auch Brandenburg auf eine gerichtliche Klärung. Wie Brandenburgs Kulturministerin Manja Schüle (SPD) in einem Gastbeitrag für den Tagesspiegel erklärte, seien neue Gespräche gescheitert, weil drei „selbstverständliche Bedingungen“ nicht erfüllt worden seien. Laut Schüle sei eine „Klagewelle gegen Wissenschaftler:innen und Journalist:innen“ nicht gestoppt worden. Schüle warf den Hohenzollern auch eine fehlende Bereitschaft vor, „die Verhandlungen durch einen breiten öffentlichen Diskurs zu begleiten“. „Und drittens schien auch das letzte Angebot der öffentlichen Hand aus dem Jahr 2018 als Verhandlungsbasis unannehmbar zu sein“, so die Ministerin. Die Linkspartei hat in Brandenburg inzwischen die erforderliche Zahl von Unterschriften für eine Volksinitiative „Keine Geschenke den Hohenzollern“ gesammelt. Ziel der Initiative ist es, einen Vergleich der öffentlichen Hand und den Hohenzollern zu verhindern. *N.H.*

AfD mit Weidel und Chrupalla an der Spitze

Berlin – Die Mitglieder der Alternative für Deutschland (AfD) haben die Co-Fraktionsvorsitzende im Bundestag Alice Weidel und den Co-Parteivorsitzenden Tino Chrupalla zum Spitzenkandidaten-Duo für den kommenden Bundestagswahlkampf gewählt. Dies ist das Ergebnis einer Online-Mitgliederumfrage, die von der AfD vom 17. bis 24. Mai durchgeführt wurde (siehe auch die *PAZ* 19/2021). An der Befragung teilgenommen haben insgesamt 14.815 Mitglieder, das sind 48,14 Prozent der Stimmberechtigten. Für Weidel und Chrupalla wurden dabei insgesamt 10.462 Ja-Stimmen abgegeben (71,03 Prozent), auf das zweite Bewerber-Team, bestehend aus der hessischen Abgeordneten Joana Cotar und dem früheren Bundeswehrgeneral Joachim Wundrak, entfielen gleichzeitig 3982 Ja-Stimmen (27,04 Prozent). 285 Teilnehmer der Mitgliederumfrage stimmten bei beiden Teams mit Nein (1,93 Prozent). Insgesamt gab es 86 Enthaltungen (0,58 Prozent). *PAZ*

Berlin–Wien in vier Stunden

Berlin – Eine neue Bahnverbindung zwischen Wien, Prag und Berlin soll die drei Hauptstädte enger aneinanderrücken und die Reise stark beschleunigen. Brauchen die Züge bislang siebeneinhalb bis achteinhalb Stunden, ist künftig eine Fahrtzeit von vier Stunden geplant. Ein entsprechendes Memorandum mit dem Namen „Via Vindobona“ wurde von Vertretern Deutschlands, Tschechiens und Österreichs unterzeichnet. Die drei Länder wollen die Bahnstrecke gemeinsam ausbauen. Mit einer Fertigstellung der Verbindung werde für Mitte der 2030er-Jahre gerechnet, weil dafür auch ein Tunnel durch das Erzgebirge gebaut werden müsse. *PAZ*

FOTO: IMAGO IMAGES/STEPHAN ZWIRZ

Können sich derzeit über steigende Umfragewerte ihrer Partei freuen: Christian Lindner (l.) und Wolfgang Kubicki (r.)

BUNDESTAGSWAHL

Ist die FDP bereit für ein Bündnis mit den Grünen?

Gefeilsche über Regierungsbeteiligung auch unter Baerbock als Kanzlerin

VON PETER ENTINGER

Soll sie oder soll sie nicht? Diese Frage wird der FDP derzeit nicht nur außerhalb der eigenen Reihen gestellt. In den aktuellen Meinungsumfragen stehen die Liberalen so gut da, wie schon lange nicht mehr. Bis auf 12,5 Prozent könnte Christian Lindners Truppe kommen, wenn am Sonntag die Bundestagswahl stattfinden würde. Die moderate Kritik an den Corona-Maßnahmen der Bundesregierung haben der FDP Aufwind beschert. Und nun wird eifrig über eine Regierungsbeteiligung gefeilscht.

Klar scheint derzeit nur zu sein, dass es für die Wunschkoalition mit der Union keine Mehrheit geben wird. Jamaika mit CDU/CSU und den Grünen wäre das kleinere Übel. Was aber ist, wenn die Union stärkste Kraft wird und die Grünen daher ein Dreierbündnis mit SPD und der FDP anstrebten, um mit Annalena Baerbock die nächste Kanzlerin zu stellen?

Während sich Lindner und Parteisenior Wolfgang Kubicki gerne an der Ökopartei abarbeiten, werden erste Duftmarken gesetzt. „Die FDP hat als erste Partei schon 1971 Umwelt- und Klimaschutz in ihr Parteiprogramm geschrieben, da gab es die Grünen noch gar nicht. Heute ist es ein wichtiges Thema für alle Parteien. Die Herangehensweise ist zwar in vielen Bereichen unterschiedlich, aber Kompromisse sollten immer möglich sein. Und beiden Parteien ist es wichtig, beim Klimaschutz voranzukommen“, erklärte die FDP-Umweltpolitikerin Ria Schröder, die zuletzt die Jugendorganisation „Junge Liberale“ führte.

Keine Mehrheit mit der Union

„Es ist besser, nicht zu regieren, als falsch zu regieren.“ Mit diesem Satz hatte Lindner im Jahr 2017 den Abbruch der Jamaika-Verhandlungen besiegelt. Dreieinhalb Jahre später sagt der FDP-Chef, es sei klug, Unions-Spitzenkandidat Armin Laschet nicht mit den Grünen allein zu lassen. Sonst würden CDU und Grüne am Ende noch fusionieren.

Doch es bleiben inhaltliche Hürden. Mit seinem kategorischen Nein zu Steuererhöhungen bei einer Regierungsbeteiligung der FDP hat Lindner eine hohe Hürde aufgebaut – nicht nur für eine Ampelkoalition, sondern auch für ein Jamaika-Bündnis mit starken Grünen. Und nicht alle im Umfeld der FDP sind begeistert von der Aussicht, die Partei könnte ein Korrektiv zu allzu großen Klima-Reformen einer grünen Regierung werden.

Intershop-Gründer Stephan Schambach reihte sich in der vergangenen in die Liste der prominenten Wahlkampfspender für die FDP ein. Nach Medien-Unternehmer Georg Kofler überwies der 50 Jahre alte Erfurter mit 200.000 Euro ebenfalls einen namhaften Betrag an die Liberalen. „Die FDP vertritt in besonderer Weise bürgerliche und freiheitliche Werte und setzt sich damit wohltuend von der Staatsgläubigkeit der anderen Parteien ab“, erklärte Schambach gegenüber der „Welt“. Zudem gehe es darum, „eine Regierungsbeteiligung der Grünen zu verhindern“. Aus Sicht von Kofler manifestiere sich im Wahlprogramm der Grünen „ein antiquierter planwirtschaftlicher Sozialismus, der mit einer wohlklingenden Klimaschutz- und Menschlichkeitsrhetorik camoufliert wird“, wie er der „Tageszeitung“ sagte.

Nein zu Steuererhöhungen

Parteichef Lindner und Wortführer Kubicki halten sich derzeit bedeckt. Die Zeit der harten Töne gegenüber den Grünen sind erst einmal vorbei. Hinsichtlich möglicher Koalitionen stellte Linder klar, dass bei der Aufsetzung des Wahlprogramms für die Bundestagswahl noch nicht auf andere Parteien zugegangen werde. „Es wäre töricht beim eigenen Wahlprogramm schon daran zu denken, was denn andere dazu sagen“, sagte der Parteivorsitzende.

> „Die FDP vertritt in besonderer Weise bürgerliche und freiheitliche Werte und setzt sich damit wohltuend von der Staatsgläubigkeit anderer Parteien ab“
>
> **Stephan Schambach**
> Intershop-Gründer

Zu Zugeständnissen bereit

Doch die zentrale Frage wird er in einigen Wochen schon beantworten müssen. Die Wähler könnten die FDP nämlich vor allem deshalb stark machen, um eine Koalition zwischen CDU und Grünen verhindern zu wollen. 2017 ließ Lindner durchblicken, die Partei sei zu Zugeständnissen bereit. Das wird diesmal nicht reichen.

Noch bleibt Lindner wage: „Wir reden nicht über Posten. Uns geht es um faire Steuern, mehr Digitalisierung, den Abbau von Bürokratie und bessere Bildung. Wir wollen Arbeitsplätze sichern, neuen Technologien eine Chance geben und den Staat modernisieren. Wer glaubt, man könne die FDP mit Dienstwagen und prestigeträchtigen Ministerposten ködern, liegt falsch.“

JUSTIZ

Mehr als 6000 Euro Gerichtskosten für Beschwerde

Einer Leipziger Mutter kommt die Ablehnung der Maskenpflicht für Kinder teuer zu stehen

Es gehört zu den großen Errungenschaften eines demokratischen Gemeinwesens mit klassischer Gewaltenteilung, dass man selbstverständlich auch gegen staatliche Verordnungen vor Gericht Klage erheben kann. Ein Fall aus Leipzig zeigt allerdings, wie problematisch es momentan in Deutschland ist, derartige staatsbürgerliche Rechte in Anspruch zur nehmen. Eine Mutter wollte sich gegen die Maskenpflicht ihrer Kinder an der Schule zu Wehr setzen. Vergleichbare Klagen wurden auch andernorts eingereicht, die Urteile waren uneinheitlich.

Was den Leipziger Fall heraushebt, ist nicht die Entscheidung an sich, in der ein Familienrichter am Amtsgericht das Ansinnen der Mutter, die sich zumindest eine vorläufige Anordnung erhofft hatte, Mitte April abwies. Das Besondere sind die zusätzlichen Folgen für die Alleinerziehende. Mittels eines Gastbeitrags auf dem Blog Reitschuster.de wurde die Angelegenheit publik gemacht. Demnach steht die Frau nun exorbitanten, für sie wohl kaum zu stemmenden finanziellen Forderungen seitens des Staates gegenüber. Den Gegenstandswert in der „Familiensache“ setzte das Gericht mit 250.000 Euro an, womit auf die Mutter 6951 Euro Gerichtskosten zukommen.

Der Verfahrenswert wurde zunächst auf 4.120.000 Euro beziffert. Zugrunde lagen laut Reitschuster.de „abenteuerliche Berechnungsmethoden“. Für jeden der über 1000 Schüler der beiden Schulen, die die Kinder der Frau besuchen, wurde ein Regelstreitwert angenommen, die entsprechende Multiplikation ergibt die hohe Summe. Zwar wurde diese dann vom Gericht halbiert, daraus ergaben sich aber immer noch Kosten von 30.711 Euro, die zu den 6951 Euro hinzukommen sollten. Bereits einen Tag später – das dünne Eis der ganzen Sache wird hier deutlich – wurde aufgrund der im Familienrecht vorhanden Höchstgrenze eine weitere Reduktion vorgenommen, was einen Endbetrag von nunmehr 18.654 Euro bedeutet.

Abschreckende Wirkung

Allerdings hat es damit noch nicht sein Bewenden. Das Gericht kündigte an, ein Verfahren gegen die Mutter einzuleiten, um festzustellen, ob sie „in der Lage sei, für das Kindeswohl richtige Erziehungsentscheidungen zu treffen – weil sie ihre Kinder ohne Masken zur Schule gehen lassen wollte“. Dabei könnte ihr sogar das Sorgerecht aberkannt werden.

Selbst wenn die Beschlüsse revidiert werden sollten, ist die beabsichtigte abschreckende Wirkung auf diejenigen, die künftig mit den vorgesehenen rechtsstaatlichen Mitteln gegen Anordnungen vorgehen wollen, unverkennbar. Dass negative Entscheidungen mit Kosten für Kläger verbunden sind, ist jedem einsichtig. Hier sind die Verhältnismäßigkeiten völlig außer Kraft gesetzt worden. Einige Juristen sprechen bereits von skandalöser Rechtsbeugung. *Erik Lommatzsch*

EXTREMISMUS

Wie die Wirklichkeit verdreht wird

Linke und muslimische Hassdelikte werden in der Polizeistatistik zu „rechten“ Taten

VON NORMAN HANERT

Im Zweifel „rechts“: Israelfeindliche Demonstration in Berlin 2019 *Foto: imago images/IPON*

Bei einer Anti-Israel-Demonstration in Berlin-Neukölln kam es am 15. Mai zu massiven Angriffen auf Polizeibeamte. Tausende Demonstranten, mehrheitlich arabischer oder türkischer Herkunft, skandierten während der Demo Parolen wie „bombardiert, bombardiert Tel Aviv“ und warfen Flaschen und Steine auf Beamte. Am Ende zählte die Polizei 93 verletzte Kollegen. Festnehmen konnte die Polizei 65 Personen. Nach Angaben der Polizeiführung laufen weitere Ermittlungen, bei denen mithilfe von Übersetzern Videoaufnahme ausgewertet werden.

Einen Tag später, in der Nacht zum Montag, schändeten bislang unbekannte Täter im alten Teil von Berlin-Hohenschönhausen auch noch einen Gedenkstein mit grüner Farbe. Die Gedenktafel in der Konrad-Wolf-Straße erinnert an eine Synagoge, die dort bis 1938 stand.

AJC kritisiert verfälschende Praxis

Die Nahost-Demonstration mit antijüdischen Hassparolen und auch der Fall des beschmierten Gedenksteins haben das Potential, in sehr verblüffender Weise in die Statistik für politisch motivierte Kriminalität (PMK) einzugehen. Politik und Medien berufen sich gern auf diese Statistik. Sie hat allerdings ihre Besonderheiten. Die PMK ist eine Eingangsstatistik. In sie gehen Delikte nicht erst nach Abschluss der Ermittlungen ein, sondern sobald sie der Polizei bekannt werden. Bei antisemitischen Straftaten gibt es eine weitere Besonderheit: Sind diese keinem Tatverdächtigen persönlich zuzuordnen, werden die Fälle gemäß einer Vorgabe des Bundeskriminalamts pauschal der Kategorie „PMK-rechts“ zugeschlagen.

Inzwischen wächst die Kritik an dieser bundesweiten Praxis. Beispielsweise beklagt Remko Leemhuis, der Direktor des American Jewish Committee (AJC) Berlin, dass die Statistik die Realität nicht wiedergebe. Auch nach Erkenntnissen des Bundesverbands der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus lassen sich 45 bis 55 Prozent der antisemitischen Straftaten nicht eindeutig weltanschaulich zuordnen.

Ein Blick in die Statistik für politisch motivierte Kriminalität für das Jahr 2020 liefert dagegen den Anschein, dass eine lückenlose Zuordnung möglich sei. Die Berliner Polizei erfasste vergangenes Jahr 352 Fälle mit offensichtlich antisemitischer Motivation. Davon ordnete sie 328 Fälle dem Phänomenbereich „rechts“ zu. Lediglich drei Fälle verbuchten die Ermittler im Phänomenbereich „PMK links“, 17 Fälle im Phänomenbereich „ausländische Ideologie“. Vier Fälle entfielen zumindest statistisch auf den Phänomenbereich „religiöse Ideologie“. Kein einziger Fall wurde von der Polizei unter der vorhandenen Kategorie „nicht zuzuordnen“ erfasst.

Verzerrung auf die Spitze getrieben

Die jüngsten Anti-Israel-Demonstranten könnten die statistische Verzerrung auf die Spitze treiben: Insbesondere in Berlin wurde sichtbar, dass der Hass auf Juden und den Staat Israel extrem unterschiedliche Akteure zu gemeinsamen Protesten auf die Straße treibt. Bei der Neuköllner Hass-Demo reichte das Teilnehmerspektrum von linksorientierten Palästinensergruppierungen bis hin zu den türkischen „Grauen Wölfen“.

Allein das schiere Ausmaß der antijüdischen Hetze dürfte es für die Ermittler schwierig machen, die Delikte weltanschaulich korrekt einzuordnen. Rund um die Neuköllner Demonstration hetzten arabische Jugendliche über Stunden die Menge mit israelfeindlichen und antisemitischen Parolen auf.

Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) hat mit seiner Bewertung der gewalttätigen Vorfälle in Neukölln inzwischen für Verwunderung gesorgt. Laut Geisel sollen die Gewalt und die Angriffe auf Polizeibeamte nämlich nicht von organisierten Palästinensergruppen ausgegangen sein. Der Senator sprach stattdessen von einer Gruppe von 300 bis 400 jungen, arabischstämmigen und „erlebnisorientierten“ Männern.

Auch die Berichterstattung des öffentlich-rechtlichen rbb ist inzwischen in die Kritik geraten. Der Sender hatte von einer Anti-Israel-Demonstration berichtet, die am 19. Mai in Berlin-Mitte stattfand. Angemeldet hatten die Veranstalter 500 Teilnehmer, tatsächlich zogen mehrere tausend palästinensische Demonstranten vom Alexanderplatz zum Wilhelmplatz. Auch hier wurden Parolen wie „Kindermörder Israel“ oder „Bombardiert Tel Aviv“ skandiert. Der rbb-Reporter lobte in seiner Berichterstattung allerdings die „ganz tolle Atmosphäre“ und sprach von einer „sehr friedlichen Demonstration“.

VERKEHRSPOLITIK

Geschäfte klagen über Umsatzeinbruch

Modellprojekt „autofreie Friedrichstraße“ sorgt bei Anliegern für Verdruss – Senatorin spricht von „Flair“

Mehr als eine Million Euro haben die Berliner Verkehrsverwaltung und das Bezirksamt Berlin-Mitte bei dem Unternehmen „autofreie Friedrichstraße“ (Senatssprech: Verkehrsversuch „Friedrich the Flaneur“) ausgegeben – und nebenbei die anliegenden Geschäftsleute massiv geschädigt.

Eine Anfrage des Bundes der Steuerzahler brachte ans Licht, dass über eine Million Euro aufgewendet wurden. Markierungen und Beschilderungen in der ersten Projektphase beliefen sich bisher auf 111.000, sogenannte Parklets aus gemieteten Bühnenelementen oder selbstgebastelten Holzkonstruktionen kosteten 93.000, fünf „Showcases“ – zu gut deutsch: Vitrinen – 15.574 Euro. Die bewährte Parkplatzvernichtungswaffe Blumenkübel – hier mit 45 Kaiserlinden und 20 Amberbäumen bestückt – macht noch mal 44.223 Euro aus. Dazu kommt „Kleinkram“ wie 1.398 Euro für Kommunikation – sprich Information der Anwohner.

Die meisten von Anfang an dagegen

Die meisten Geschäftsleute waren von Anfang an dagegen, manche verhalten, andere vehement. Aus dem Kaufhaus Galerie Lafayette ist zu hören: „Die Frequenz ist um 25 bis 35 Prozent gesunken.“ Claudia Boelsen, die Geschäftsleiterin des Juweliers Bucherer, ist da ganz deutlich: „konzeptlos und dilettantisch“. Conrad Rausch vom Verein „Die Mitte“ weiß zu berichten, dass sich auf dem Mobiliar (Parklets) Wohnungslose niedergelassen hätten.

Doch offensichtlich hat Umweltsenatorin Regine Günther (Grüne) eine ganz andere Wahrnehmung: „Ich selbst habe im Vorfeld mit vielen Geschäftsleuten gesprochen. Sehr viele von ihnen unterstützen das autofreie Projekt, weil sie damit die Chance sehen, die Straße zu beleben. Gemeinsam werden wir die Friedrichstraße neu gestalten, sie begrünen, als Erlebnisraum attraktiv machen, um ihr so wieder Flair zu geben.“

Dassel: Schuld ist Corona

Rechtsgrundlage für diesen Versuch ist der Paragraf 45 der Straßenverkehrsordnung, der Derartiges auf die Dauer von drei Monaten beschränkt. Ursprünglich sollte der „Versuch“ auch nur bis Ende 2020 dauern. Dann kam Corona dazwischen. Nun will das Bezirksamt Berlin-Mitte „nicht ausschließen“, die Friedrichstraße bis Ende 2021 zu sperren. Günther teilte bereits mit, dass die Straße zumindest bis zum 31. Oktober autofrei bleibe. So lange benötige man für die Auswertung. Ihr Planer Hartmut Reupke hat dafür 445.446 Euro vorgesehen.

Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel (Grüne) versucht es mit gutem Zureden: „Ich appelliere an Sie, die Friedrichstraße nicht schlechtzureden … Geben Sie ihr eine Chance.“ Das mangelnde Kaufinteresse begründet von Dassel mit Corona: „Es hat sehr viel mit Corona zu tun. Das Einkaufsverhalten hat sich geändert.“

Eigentlich gibt es da nicht viel auszuwerten, wenden Kritiker ein. Viel besonders kaufkräftiges Publikum führe üblicherweise mit dem SUV in die Tiefgarage und gehe dann einkaufen. Kaufhäuser und Geschäfte in der Innenstadt hätten ohnehin mit den Einkaufszentren am Stadtrand zu kämpfen, wo Autofahrer willkommen sind. Dort gebe es auch hochwertige und teure Outlet-Center. *Frank Bücker*

KOLUMNE

Demo-Pfingsten

VON VERA LENGSFELD

In Berlin ist eigentlich immer Demo. 2020 Jahr gab es hier 5000 Kundgebungen. Das sind rund 14 am Tag. In den vergangenen Pfingsttagen wurde diese Zahl übertroffen. Für Sonnabend und Montag waren mehr als 30 angemeldet, für Donnerstag und Sonntag 20. Darunter waren große Aktionen gegen die Corona-Regeln, aber auch zum Nahost-Konflikt und gegen die steigenden Mietpreise.

Zu Pfingsten hat sich wiederholt, was wir zuvor in der Stadt erlebt haben: Die Corona-Demos waren verboten worden. Bei früheren Demonstrationen seien Abstandsregeln und Maskenpflicht nicht eingehalten worden. Die zu erwartenden antisemitischen Ausschreitungen bei den Pro-Palästina-Demos konnten stattfinden, obwohl auch auf diesen weder Abstand gehalten noch die Pflicht zum Tragen einer medizinischen Maske befolgt wurde. Als die Ausschreitungen in Neukölln zu stark wurden, hat man diese Ausfälligkeiten nicht wegen des offenen Antisemitismus, sondern wegen Nicht-Einhaltung der Hygiene-Regeln beendet.

Für die Polizei waren das heiße Feiertage, auch wenn die Temperaturen zu niedrig für die Jahreszeit waren. Wo waren in der Vergangenheit die Wasserwerfer platziert worden? Nicht dort, wo Flaschen, Böller und andere Angriffe auf die Polizei stattfanden, sondern wo friedliche Kritiker der zerstörerischen Corona-Politik versucht haben, trotz Verbots ihre Meinung frei und öffentlich zu äußern. Polizeipräsidentin Barbara Slowik hatte hartes Durchgreifen bei Verstößen angekündigt.

Da der Sternmarsch der Corona-Kritiker nicht stattfinden sollte, wurden vier Autokorsos angemeldet. Sie haben am Freitag ab 18 Uhr vom Stadtrand ins Zentrum geführt. Um die 3000 Teilnehmer waren angemeldet unter dem Motto: „Freie Fahrt für ein freies Leben. Für mehr Menschlichkeit in dieser Zeit“. Zusätzlich gab es einen Autokorso unter dem Motto „Kritik an den Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Infektionsschutzgesetz. Wir stehen auf, gegen die Arroganz und Ignoranz der Regierung der BRD“. Lässt sich die Arroganz der Macht brechen?

MELDUNG

Testpflicht vergrämt Gäste

Berlin – Die Konsumenten verweigern sich offenbar den Senatsplänen zur „Lockerung“ von bisher geschlossenen Gaststätten. Nach einer Telefon-Umfrage wollen 86,5 Prozent aufgrund der Testpflicht auf Restaurantbesuche verzichten. Die Kette „Redo XXL“ erklärte daher, ihre Filialen nicht zu öffnen. Die vielen Voraussetzungen sind laut „Redo XXL“ nicht zu rechtfertigen: „Das ist alles noch schlimmer als geschlossen zu haben! Wir wollen aufmachen, aber definitiv nicht unter diesen Bedingungen!“ Eine Bewirtung von Gästen ist ohnehin nur im Außenbereich der Lokale gestattet. Zusätzlich zu den geforderten Kontaktbeschränkungen, Vorreservierung, Datenerfassungen und Hygienekonzepten kommt noch, dass alternativ ein Impfnachweis oder ein Corona-Negativtest verlangt wird. Unter diesen Bedingungen fürchten viele Betreiber, dass ihre Einnahmen weit unter den Kosten liegen. *F.B.*

MELDUNGEN

Militäreinsatz in Mosambik

Palma – Im Norden Mosambiks verüben muslimische Rebellen seit 2017 immer wieder brutale Überfälle, in deren Verlauf bisher um die 2600 Menschen getötet und 670.000 aus ihren Siedlungen vertrieben wurden. Im März attackierten die Dschihadisten mit Verbindungen zum Islamischen Staat schließlich auch die Küstenstadt Palma nahe der Grenze zu Tansania. Unweit davon wollen der französische Öl-Multi Total und der US-Konzern ExxonMobil ein riesiges Erdgasvorkommen erschließen. Um das 17 Milliarden Euro teure Projekt zu retten und einem Hilferuf der Führung des afrikanischen Staates nachzukommen, plant die Europäische Union nun die Entsendung von Militärberatern und Ausbildern in die gasreiche Provinz Cabo Delgado. Diese sollen die mosambikanischen Regierungstruppen bei der Ausschaltung der Terroristen unterstützen, wobei eine Teilnahme an Kampfeinsätzen aber nicht vorgesehen sei, so die EU. *W.K.*

Streit um Aufklärung

Washington – Am 6. Januar hatten sich Republikaner und Demokraten im US-Repräsentantenhaus auf die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Attacke auf das Kapitol geeinigt. Demnach sollen die Mitglieder der Kommission jeweils zur Hälfte von der Führung beider Parteien ernannt werden. Wegen ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus dürfen die Demokraten über den Vorsitz entscheiden. Kurz vor der Abstimmung am 19. Mai sperrte sich der Vorsitzende der Republikaner Kevin McCarthy gegen die Einrichtung der Untersuchungskommission. Dafür stimmten dann 252 Parlamentarier, unter ihnen 35 Republikaner, dagegen votierten 175 Abgeordnete. Auch im Senat, wo die Demokraten nur über eine knappe Mehrheit verfügen, muss über den Plan abgestimmt werden. Der Chef der Republikaner im Senat, Mitch McConnell, verkündete bereits, er werde dagegen stimmen. *D.J.*

Christen verlassen Irak

Basra – Die Situation der Christen im Irak hat sich weiter verschlechtert. Viele sind auf der Flucht vor radikalislamischen Gruppen. Menschenrechtler berichten, dass in der Stadt Basra im Südirak die Kirchenglocken zwar noch läuten, die wenigen Gottesdienste aber in fast menschenleeren Kirchen stattfänden. Lebten 2003 noch bis zu 5000 Christen in der Stadt, so sind es heute noch etwa 500. In Basra gibt es nur noch vier Kirchen, die syrisch-katholische, die chaldäische, die syrisch-orthodoxe und die evangelische, in denen Gottesdienste überhaupt noch stattfinden. Viele Christen ziehen in kurdische Landesteile oder verlassen den Irak. Die in der irakischen Verfassung verankerte Glaubensfreiheit wurde nicht eingehalten, sondern der Islam zur Staatsreligion erklärt. Auch der Papst konnte bei seinem diesjährigen Besuch die irakische Zentralregierung nicht davon überzeugen, die Religionsfreiheit einzuhalten. *MRK*

ENERGIEGEWINNUNG

Meer unter Strom

In Ostasien sind schwimmende Solarparks schon länger in Betrieb – Ein Zukunftsmodell auch für Europa?

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Schwimmende Solarparks entstehen seit einigen Jahren in immer mehr Ländern weltweit auf Stauseen, Kies- und Sandabbauseen und sogar küstennah auf dem Meer. Die Rekorde an Größe und Leistung purzelten in den letzten Jahren, und auch im Hinblick auf die Weltmeere wird bereits geplant.

2017 ging in China das mit 40 Gigawatt Leistung bis dahin weltweit größte schwimmende Solarkraftwerk ans Netz. Es entstand in einem eingestürzten und überfluteten ehemaligen Kohlebergwerk und liefert Strom für 30.000 Haushalte. Auf dem vier Meter tiefen See wurden 132.400 Solarzellen auf Inseln verbaut. Die Einheiten sind auf Stützpfosten fest verschraubt, damit sie bei wechselndem Wasserstand nicht abdriften. Das Wasser kühlt die Module und schützt sie vor einer schnellen Überhitzung. Dadurch ist auch der Wirkungsgrad um einige Prozentpunkte höher als bei der Solarstromproduktion an Land.

Das Energieunternehmen Sungrow, einer der weltweit führenden Photovoltaik-Hersteller, lobte die Erzeugung von Strom auf Gewässern, die nicht anderweitig genutzt werden können. So werde saubere Energie erzeugt, ohne in Konkurrenz mit Landflächen zu treten.

Thailand mit viel Ehrgeiz dabei

Bei Zwolle in den Niederlanden hat BayWa r.e., ebenfalls ein führendes Unternehmen auf dem Sektor der Erneuerbaren Energien, auf einem Baggersee Anfang 2020 in nur acht Wochen den mit 27,4 Megawatt Leistung größten schwimmenden Solarpark Europas und die bislang größte Anlage außerhalb Chinas errichtet. Um wertvolle Landflächen zu schützen und die Kohleverstromung zu verringern, entwickelt Thailand neben China den größten Ehrgeiz bei der Errichtung schwimmender Solarparks. Auf dem Sirindhorn-Stausee im Nordosten des Landes entsteht ein gigantisches Solarkraftwerk mit 144.000 Solarpaneelen und 45 Megawatt Leistung. Jedes einzelne der sieben Schwimmfelder hat die Größe von zehn Fußballplätzen.

Die Anlage soll im Juni fertiggestellt sein und eine Kleinstadt mit Strom versorgen. Der Vorteil besteht in der Kombination der Stromlieferung mit dem bestehenden Wasserkraftwerk. So können Schwankungen im Stromnetz vermieden werden, wenn die Sonne nicht scheint. 16 weitere schwimmende Solarparks sind bis 2035 geplant.

Kraftstoffe auf Kohlenstoffbasis sollen zukünftig Brennstoffe aus fossilen Energiequellen ersetzen. Jüngst hat ein internationales Forscherteam mit einem Netzwerkzentrum an der Eidgenössischen Materialprüfungs- und Forschungsanstalt (Empa) eine Idee vorstellt, wie zukünftig mit Solarinseln auf dem Meer genügend Energie produziert werden könnte, um einen Kohlendioxid-(CO_2)neutralen globalen Güterverkehr zu ermöglichen. Eine zentrale Rolle spielen dabei Technologien zum CO_2-Recycling. Großtechnische Power-to-Gas-Anlagen, die Wasserstoff und CO_2 zu Treibstoff umwandeln, existieren bereits, unter anderem die Demonstrationsplattform „move“ auf dem Empa-Campus in Dübendorf.

Anlagen auf den Ozeanen

Würde man aber bei der Treibstoffproduktion aus CO_2 allein Power-to-Gas-Anlagen an Land einsetzen, wäre die benötigte Anlagenfläche viel zu groß, erklärten die Forscher der Empa. Eine Fläche von rund 170.000 Quadratkilometern wäre laut der Empa-Abteilung „Advanced Analytical Technologies“ nötig, um allein den jährlichen Bedarf für den globalen Güterverkehr zu produzieren.

Daher entstand der Plan, zukünftig derartige Industrieanlagen auf dem Meer zu realisieren, da das Meer „eine bislang ungenutzte Fläche“ sei, „die niemandem gehöre“. Die Ausgangsstoffe würden aus dem Ozean gewonnen beziehungsweise dort hergestellt.

Auf dem Meer kann man das CO_2 aus der Luft gewinnen oder alternativ aus dem Meerwasser, das eine 125-fach höhere CO_2-Konzentration als die Luft aufweist. Das Kernstück der Idee sind schwimmende Plattformen mit Photovoltaikanlagen. Da Solarstrom nicht gespeichert und abtransportiert werden kann, würde ein Solarkraftwerk auf dem Meer nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn mit der gewonnenen Energie direkt vor Ort aus CO_2 und Wasserstoff flüssiges Methanol (CH_3OH) und Methangas (CH_4) hergestellt wird.

Ungelöste Entsorgungsfrage

Eine einzige derartige Chemiefabrik auf dem Ozean würde 80 Millionen US-Dollar kosten. Sie bestünde aus rund 70 Photovoltaikinseln mit einem Durchmesser von rund 100 Quadratmetern und einem Schiff mit den Elektrolyse- und Syntheseanlagen. Insgesamt ergäbe dies eine Fläche von rund 550.000 Quadratmetern. Man bräuchte aber 170.000 solcher Solarinseln, um so viel CO_2 zu recyceln, wie zurzeit ausgestoßen wird. Die Konzeption erscheint auch deshalb kaum realisierbar, da PV-Anlagen auf dem offenen Meer eine besondere Herausforderung darstellen.

Hohe Wellen und das Salzwasser erhöhen die Belastungen für die Technologie. Damit die Solarpaneele auf dem Wasser nicht untergehen, schwimmen sie auf mit Luft gefüllten Containern. Wie sie an ihrem Standort fixiert werden könnten, ist völlig unklar. Photovoltaik-Anlagen haben eine Lebensdauer von etwa 30 Jahren, wobei sie mit zunehmendem Alter etwas weniger Strom liefern. Und bisher wurde noch keine Lösung für die korrekte Entsorgung der giftige Substanzen enthaltenden Module in bisher unvorstellbarem Ausmaß vorgestellt.

Energiehaltiger See: Schwimmende Photovoltaik-Anlage auf dem Baggersee Maiwald in Baden-Württemberg *Foto: pa*

SPANIEN

Konservative Stimmen werden lauter

Rechtsruck bei Kommunalwahlen könnte das Ende der linkssozialistischen Regierung einläuten

Seit dem Ende der Militärdiktatur unter dem „Caudillo“ Francisco Franco galt Spanien als ein Land, in dem Rechtsparteien keinen Fuß mehr auf den Boden bekommen. Das hat sich geändert. Mit der rechtsnationalen Bewegung Vox mischt ein neuer Mitspieler im politischen Spiel mit. Und die nationalkonservative Volkspartei (PP) geht auf die Nostalgiker zu.

Die vorgezogenen Regionalwahlen in der Hauptstadtregion Madrid warfen lange Schatten auf ganz Spanien. Der deutliche Sieg der PP-Spitzenkandidatin Isabel Díaz Ayuso, die auch die „Marine Le Pen Spaniens“ genannt wird, hat schon in der Wahlnacht mit dem Podemos-Chef Pablo Iglesias ein prominentes Opfer mit nationaler Bedeutung produziert. Der Linkspartei-Boss will sich nach seiner Wahlschlappe ganz aus der Politik zurückziehen. Er hatte die Abstimmung in der Hauptstadt zuvor als Entscheidung zwischen Demokratie und Faschismus bezeichnet.

Aufgeheizt wurde die Stimmung durch eine Aussage des Madrider Bürgermeisters. Luis Martínez-Almeida sagte, als er seine Parteikollegin Isabel Ayuso in deren Wahlkampf unterstützte: „Wir mögen Faschisten sein, aber wir können regieren.“

Partei der Stimme in aller Munde

Almeida, der neben seinem Bürgermeisteramt auch als Sprecher der Volkspartei (PP) fungiert, versuchte die Aussage als „Ironie“ zu verkaufen. Das fällt dem Chef der CDU-Schwesterpartei schwer, da seine PP von Mitgliedern der Franco-Regierung gegründet wurde. In den 90er Jahren hatte sich die Partei allerdings deutlich liberalisiert. Ihr scharfer Rechtsruck hängt auch damit zusammen, dass die Vox-Partei (Vox = Stimme) plötzlich in aller Munde ist. Mittlerweile ist die Partei nicht nur im spanischen Abgeordnetenhaus vertreten, sondern auch in vielen Regional- und Kommunalparlamenten, dazu im Europäischen Parlament. In Andalusien, der einstigen Hochburg der Sozialisten, ist Vox inzwischen drittstärkste Kraft, in der Provinz Murcia sogar stärkste Partei.

Bei der Regionalwahl blieb ein starker Zuwachs allerdings aus, Vox kratzte geradeso an der Zehn-Prozent-Marke. Die PP, die sich bislang von der Rechtspartei tolerieren ließ, stellt ihr nun sogar eine direkte Regierungsbeteiligung in Aussicht. Das könnte ein Modell für ganz Spanien werden. Isabel Díaz Ayusos Regierung soll ein Gegenentwurf zur spanischen Regierung von Pedro Sánchez sein. Sie positionierte sich im Wahlkampf als Alternative zur spanischen Regierungskoalition aus Sozialisten und der linkspopulistischen Partei Podemos: Wo die spanische Regierung Maßnahmen zur Corona-Pandemiebekämpfung vorschlug, versprach sie Freizügigkeit, wo die Regierung Sozialleistungen mit höheren Abgaben finanzieren will, versprach sie Steuersenkungen.

Sowohl Aysuso als auch der Vox-Chef Santiago Abascal Conde nennen den Ungarn Viktor Orbán als Vorbild. Noch ist es eine Weile hin bis zur nächsten Parlamentswahl in Spanien, die regulär im Dezember 2023 stattfinden soll. Doch der Wahlkampf hat bereits jetzt begonnen. Zumal nicht sicher ist, ob Sánchez Koalition bis zum Ende der Legislaturperiode hält.

Peter Entinger

EZB-ANLEIHEKÄUFE

Eine Verfassungsbeschwerde jagt die nächste

Die Beschwerde von Peter Gauweiler und Bernd Lucke hat Karlsruhe bereits abgewiesen. Nun klagt eine Gruppe um Markus Kerber

VON NORMAN HANERT

Vor dem Bundesverfassungsgericht ist erneut ein Versuch von Klägern gescheitert, die umfangreichen Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank (EZB) zu stoppen. Die Verfassungsrichter wiesen am 18. Mai Anträge von Peter Gauweiler und Bernd Lucke im Zusammenhang mit dem milliardenschweren EZB-Anleihekaufprogramm namens „Public Sector Purchase Programme“ ab. Mit dem Programm haben im März 2015 die Notenbanken des Eurosystems einen groß angelegenen Kauf von Staatsanleihen gestartet. Ziemlich überraschend hatten die Verfassungsrichter im Mai vergangenen Jahres festgestellt, dass die EZB nicht geprüft habe, ob diese Anleihekäufe auch verhältnismäßig seien. Ein Jahr später sehen die Karlsruher Richter es nun als gegeben, dass die EZB die Frage der Verhältnismäßigkeit geklärt hat.

Inzwischen liegt dem höchsten deutschen Gericht schon wieder eine neue Verfassungsbeschwerde im Zusammenhang mit der EZB vor. Kläger ist diesmal eine Gruppe von Unternehmern und Professoren um den Finanzwissenschaftler Markus Kerber. Ihr Ziel ist es, die billionenschweren Anleihekäufe der EZB im Rahmen des Corona-Nothilfeprogramms zu stoppen. Legt man die Erfahrungen aus den bisherigen Klagen im Zusammenhang mit dem Euro und der EZB zugrunde, scheinen auch in diesem Fall die Erfolgsausschichten gering, auf juristischem Wege die EZB von ihrer ultralaxen Geldpolitik abzubringen.

Wirksamer Druck könnte indes von einer Entwicklung in den USA ausgehen. Dort nimmt die Inflation derzeit noch stärker Fahrt auf als in Europa. Nach Angaben des Arbeitsministeriums sind im April die Verbraucherpreise im Vergleich zum Vorjahresmonat um 4,2 Prozent gestiegen. Zuletzt wies die Inflationsstatistik vor 13 Jahren einen so starken Anstieg aus.

Public Sector Purchase Programme

Bankhäuser wie die Bank of America oder Goldman Sachs und der Kreditstratege Jim Reid von der Deutschen Bank haben inzwischen Prognosen vorgelegt, die noch bis mindestens 2024 deutlich höhere Inflationszahlen für die USA voraussagen. Steve Hanke, einst Wirtschaftsberater von Ronald Reagan, fürchtet sogar einen Anstieg der Inflationsrate auf fünf Prozent im kommenden Jahr. In den Jahren 2023 und 2024 sieht der Wirtschaftsprofessor die Inflation sogar auf etwa sechs Prozent steigen. Die Bank of America hält sogar eine „vorübergehende Hyperinflation“ in den USA für möglich.

Bemerkenswert ist auch eine Einschätzung von Goldman Sachs zum Immobilienmarkt. Die Investmentbank hält es für möglich, dass sich auf dem Häusermarkt der USA in den nächsten Jahren eine Preisblase aufbläht, die mit der von 2007 vergleichbar ist.

Basis der Inflationsprognosen ist ein Mix von Faktoren. Präsident Joe Biden will der US-Wirtschaft mit einem mehr als zwei Billionen US-Dollar schweren Infrastrukturprogramm aus der Corona-Krise helfen. Zu dieser Geldflut kommt bei den Konsumenten ein Nachholbedarf durch die bisherigen Pandemiemaßnahmen. Weitere Faktoren sind drastisch gestiegene Transportpreise auf dem Seeweg von Asien nach Nordamerika und rasant gestiegene Rohstoffpreise. Die Preise für Rohöl und Kupfer sind beispielsweise seit Jahresanfang um gut 30 Prozent gestiegen.

Corona-Nothilfeprogramm

Auch bei den Löhnen stehen die Zeichen auf Erhöhungen. Landesweit sind in den USA derzeit 8,1 Millionen freie Stellen gemeldet.

Bidens Finanzministerin Janet Yellen wiegelt Sorgen vor einer länger andauernden Inflation bislang ab. Die Preiserhöhungen während der Konjunkturerholung seien nur vorübergehend, so Yellen.

Allerdings schließt Yellen inzwischen auch Zinserhöhungen in den USA nicht mehr aus, um die Wirtschaftsentwicklung notfalls abzukühlen. „Es könnte sein, dass die Zinsen etwas ansteigen müssen, um sicherzustellen, dass unsere Wirtschaft nicht überhitzt“, so Yellen.

Sowohl höhere Inflationsraten als höhere Zinsen in den USA hätte auch für die Eurozone und die EZB weitreichende Folgen. Mit steigenden Preisen in den USA wertet der Dollar ab, der Euro gewinnt dagegen an Außenwert. Letzteres kann zwar die Marktchancen europäischer Exporteure steigern, hat allerdings auch negative Folgen. Steigen in den USA die Zinsen schneller als die Preise, kann das für Investoren ein Argument darstellen, Kapital aus Europa abzuziehen, um es in den USA anzulegen. Rohöl und Benzin werden zudem nach wie vor in der Leitwährung Dollar abgerechnet. Steigen die Importpreise für Energie durch einen schwachen Euro, heizt dies im Euroraum die Inflation weiter an. Für die EZB entfiele damit das Argument für Anleihekaufprogramme, einer zu geringen Inflation in der Eurozone entgegenwirken zu müssen. Stellte die EZB dann ihre Käufe von Anleihen ein, stiegen auch in Europa die Zinsen nennenswert, käme speziell der Süden der Eurozone unter existenzbedrohenden Druck.

Inzwischen ist bereits absehbar, wie die EZB und die nationalen Regierungen der Eurozone diese Zwangslage abwenden wollen. Bei der EZB ist inzwischen immer öfter die Rede davon, sie müsse auch klimapolitische Ziele verfolgen. Politiker wie der Sozialdemokrat Olaf Scholz und auch die Grünen sprechen sich ganz offen für eine Fiskalunion in der EU aus. Dabei würde die Umverteilung innerhalb der EU stärker ganz direkt über Steuern erfolgen und weniger über die Geldpolitik.

FOTO: RAINER LÜCK IRL.DE

Urteilt eher EZB-freundlich: Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe

PFLEGEVERSICHERUNG

Baerbock will den Vorsorgefonds plündern

Auch Gesundheitsminister Spahn (CDU) und Arbeitsminister Heil (SPD) wollen mehr Geld ausgeben

Die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, will den Pflegevorsorgefonds auflösen und damit eine bessere Bezahlung von Pflegekräften ermöglichen: „Wir wollen den Pflegevorsorgefonds auflösen, um das Geld unverzüglich zu nutzen.“ Sie will erreichen, dass alle Pflegeeinrichtungen „Tariflöhne“ zahlen, obwohl es gar keinen einheitlichen Tariflohn gibt. Anderenfalls sollen keine Leistungen aus der Pflegeversicherung mehr erstattet werden: „Das Druckmittel ist so groß, dass sich die Pflegeheime daran halten und ihre Lohnstrukturen umstellen werden.“

Nach Erkenntnissen des Bundesarbeitsministeriums werden nur die Hälfte der 1,2 Millionen Altenpfleger nach einem Tarif bezahlt. Einen flächendeckenden Tariflohn einzuführen scheiterte zu Jahresbeginn am Widerstand der katholischen Caritas und weiterer privater Arbeitgeberverbände, die sich auf die „Tarifautonomie“ beriefen.

2015 wurde von der Bundesregierung ein Pflegevorsorgefonds eingerichtet, der mit 0,1 Prozentpunkten der jährlichen Pflegeversicherungsbeiträge gefüllt wird. Bislang wurden so 1,6 Milliarden Euro pro Jahr angespart. Dieses Geld soll dazu dienen, spätere, durch den „demographischen Wandel“ verursachte Beitragsanstiege abzumildern. Planer im Sozialministerium vermuten, dass im Jahre 2034 der Höhepunkt einer entsprechenden Krise erreicht sein könnte. Baerbock plant für den Fall, dass ihre Partei an die Regierung kommt, die im Fonds bislang angesammelten Beträge für tagespolitische sozialpolitische Zwecke zu verwenden.

Baerbock sieht Handlungsbedarf: „Prekäre Bedingungen sind im Corona-Jahr deutlich zu Tage getreten.“ Gleichzeitig will sie mit den Fondsmitteln den Pflegeschlüssel verbessern und zusätzlich eine 35-Stunden-Woche für die Beschäftigten einführen, um den Beruf attraktiver zu machen: „Wir brauchen klare arbeitsrechtliche Regelungen: Wo immer möglich, müssen Menschen bei körperlichen Anstrengungen durch technische Hilfsmittel entlastet werden.“

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, wie lange es dauern würde, bis die angesammelten Gelder des Pflegevorsorgefonds aufgebraucht sind. Die Baerbockschen Versprechungen müssten dann anders finanziert werden. Und die aufgebrauchten, zweckentfremdeten Rücklagen stünden nicht mehr zur Verfügung, wenn sie für den ursprünglich en Zweck ihrer Ansparung gebraucht werden. Allerdings würden Beitragszahler und andere Betroffene diesen Sachverhalt in der eigenen Kasse erst nach der Bundestagswahl bemerken.

Auch Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will sich zusätzliche Finanzmittel verschaffen, um Verbesserungen im Pflegebereich zu ermöglichen. Er favorisiert eine Anhebung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung für Kinderlose um 0,1 Prozentpunkte. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln warnte vor Mehrbelastungen der Beitragszahler und Arbeitgeber. Arbeitsminister Hubertus Heil von der SPD verspricht ebenfalls bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne für die Pflegebranche *Frank Bücker*

MELDUNGEN

Plus statt Minus

Koblenz – Recherchen des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) im Bundesarchiv haben ein Schriftstück der Treuhandanstalt zutage gefördert, laut dem das Vermögen der staatlichen DDR-Unternehmen beim Abschluss der Wirtschafts- und Währungsunion möglicherweise größer war als bislang angenommen. Öffentlich bekannt waren bislang nur Zahlen aus der Eröffnungsbilanz der Treuhand zum 1. Juli 1990 mit einem Minus von 209 Milliarden D-Mark. Das im Bundesarchiv aufgefundene Schriftstück vom 25. Juni 1990 weist jedoch zum 31. Dezember 1989 ein Plus von 924 Milliarden DDR-Mark aus. Der Wirtschaftshistoriker Matthias Judt erklärte gegenüber dem MDR die Differenz mit unterschiedlichen Abschreibungssystemen. In der DDR-Bilanz von 1989 wurden funktionierende Maschinen noch mit einem Vermögenswert ausgewiesen, während sie nach bundesdeutschem Steuerrecht längst abgeschrieben waren. Grund und Boden waren nach der damaligen Herangehensweise der DDR wiederum mit null Mark bilanziert worden. *N.H.*

Arbeitsplätze in Namibia

Berlin – Die Bundesregierung will mit einem Vorhaben zur „Nutzung von Busch-Biomasse“ die wirtschaftliche Nutzung von Biomasse aus der konrollierten Entbuschung von Weideflächen in Namibia verbessern. Ziel ist eine nachhaltige Bewirtschaftung, bei der geschädigte Flächen und Ökosysteme wiederhergestellt sowie die bei der Ausdünnung von Buschbestand anfallende Biomasse wirtschaftlich genutzt werden soll. Für die Durchführung des Vorhabens ist die Deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit verantwortlich. Auf diesem Wege sollen Wertschöpfungsketten in Namibia aufgebaut werden, darunter die Holzkohleproduktion und die Herstellung von Tierfutter. Bei dem Vorhaben geht es unter anderem um die Schaffung von Arbeitsplätzen. In den vergangenen fünf Jahren sei bereits „ein signifikanter Anstieg der ländlichen Beschäftigung im Biomassesektor von zirka 6000 auf 11.300 Arbeitsplätze“ erzielt worden. *MRK*

Vier Prozent Inflation

Frankfurt/Main – Die Bundesbank hält eine vorübergehende Inflationsrate in Höhe von vier Prozent bis zum Jahresende für möglich. Zwar sagen die Volkswirte der Bundesbank auch eine schnelle Erholung der deutschen Wirtschaft von den Folgen der Pandemie voraus und das Bruttoinlandsprodukt habe im zweiten Quartal deutlich zugelegt und könne im dritten Vierteljahr sein Vorkrisenniveau bereits wieder übersteigen. Allerdings dürfte im gleichen Zeitraum auch die Inflationsrate weiter anziehen. Damit würde eine Teuerung wie zuletzt vor 25 Jahren erreicht. Treiber für den Preisanstieg sind laut den Experten höhere Kosten für Benzin und Heizung, aber auch zahlreiche Waren und Dienstleistungen sowie Lebensmittel würden nach dem Ende der Lockdowns deutlich teurer. *MRK*

KOMMENTARE

Giffeys Trotz

RENÉ NEHRING

Als am Mittwoch vor Pfingsten Franziska Giffey, bis dato Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Rücktritt von ihrem Amt erklärte, schien dies das Ende einer vielversprechenden politischen Karriere zu sein.

Seitdem die Sozialdemokratin 2015 Nachfolgerin des legendären Neuköllner Bezirksbürgermeisters Heinz Buschkowsky (SPD) wurde, ging es für sie steil nach oben. Parallel zur Wahl in den Landes- und Bundesvorstand ihrer Partei erfolgte 2018 die Berufung zur Bundesministerin. Mit wohlklingenden Projekten wie dem „Gute-Kita-Gesetz“ und der „Konzertierten Aktion Pflege“ gelang es Giffey durchaus, Akzente zu setzen.

Doch davon spricht heute niemand mehr. Seit die Internetplattform „VroniPlag“ insgesamt 73 Textstellen in der 205 Seiten umfassenden Doktorarbeit Giffeys beanstandete, kämpfte die Ministerin mit allen Mitteln um ihr Amt. Dazu gehörte unter anderem die Überprüfung der Doktorarbeit durch Angehörige der Freien Universität Berlin, die sich schon bald als in der einen oder anderen Weise mit ihrer Doktormutter Tanja Börzel beruflich verbandelt herausstellten.

Genützt haben Giffey derlei Manöver nicht, ebenso wenig wie ihre Erklärung vom November 2020, den Doktortitel nicht mehr führen zu wollen. Aufgrund anhaltender Kritik sah sich die FU gezwungen, die umstrittene Dissertation noch einmal zu überprüfen. Als Anfang der Woche durchsickerte, dass sich die Universität nun für die Aberkennung des Doktortitels ausgesprochen haben soll, war der Rücktritt fällig.

Umso erstaunlicher, dass die gestürzte Ministerin von einem anderen Amt nicht lassen will – das der Spitzenkandidatin ihrer Partei für die im September stattfindende Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus. Doch ist es wirklich denkbar, dass eine Politikerin, die von ihrem Ministeramt zurücktreten musste, weil sie ihre Glaubwürdigkeit verloren hat, in Berlin noch einmal durchstartet, als sei nichts gewesen?

Wohl kaum. So ist es auch hier wohl nur eine Frage der Zeit, bis Giffey einsieht, dass sie nicht mehr tragbar ist.

Wofür steht die FDP?

MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Die Freien Demokraten haben derzeit gute Laune. Sah es lange Zeit so aus, als würden sich die Liberalen von ihrer Absage an eine Regierungsbeteiligung nach der letzten Bundestagswahl kaum noch erholen, so liegen sie derzeit in den Sonntagsfragen der Meinungsforschungsinstitute stabil bei elf bis 13 Prozent. Viel wichtiger noch ist, dass sie angesichts der aktuellen Werte bei der Bundestagswahl im Herbst zum Zünglein an der Waage werden könnten. In den derzeit gehandelten Szenarien führt kaum ein Weg an der FDP vorbei.

In ihrem Höhenflug profitieren die Liberalen vor allem von den Schwächen der anderen Parteien – von der CDU, die in ihrem Bestreben, dem grünen Zeitgeist hinterherzulaufen, ordnungspolitisch orientierte Anhänger verprellt hat, ebenso wie von der AfD, von der sich so mancher einstiger „Lucke-Wähler“ inzwischen wieder abgewandt hat.

Doch in der momentanen Stärke liegt auch eine Gefahr. Die Volatilität ihrer Werte in Umfragen und jüngsten Wahlergebnissen zeigt, dass ein Großteil der liberalen Unterstützer Wechselwähler sind, die ebenso schnell wie sie gekommen sind, auch wieder zu den anderen Parteien zurückkehren können.

Vor diesem Hintergrund ist es bedenklich, dass die Wähler nicht wissen, was sie am Ende bekommen, wenn sie ihre Stimme den Liberalen geben: eine „Deutschland-Koalition“ mit Union und SPD? Oder eine „Jamaika-Koalition“ mit Union und Grünen? Oder eben doch eine klassische „Ampel-Koalition“ mit Sozialdemokraten und Grünen?

Vermutlich dürften sich wohl nur die wenigsten bürgerlichen Wähler darüber freuen, wenn sie im Herbst ihr Kreuz bei einer bürgerlichen Partei setzen – um dann am Ende in einer mehrheitlich linken Koalition aufzuwachen. Insofern muss Parteichef Lindner dringend erklären, wofür seine Partei steht.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbebotschaften der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.“

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021: Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

FOTO: WANDERER777

Mit der Wolfsangel aus dem Wappen der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“: Soldaten des Regiments „Asow“

KOLUMNE

Der Zweck heiligt die Mittel

FLORIAN STUMFALL

Ende vergangenen Monats zog eine Marschkolonne durch die ukrainische Hauptstadt Kiew, die dem anerkennenden Gedenken der 14.Waffen-Grenadier-SS-Division „Galizien“ gewidmet war. Bislang gab es solche Veranstaltungen nur in der westlichen Ukraine, nun wurde erstmals die Hauptstadt mit einbezogen.

Die 14. Waffen-Grenadier-Division der SS „Galizien“ war im Zweiten Weltkrieg auf deutscher Seite gegen die sowjetischen Truppen eingesetzt. Damals stellte der Wunsch nach einer ukrainischen Selbständigkeit den Grund für die Zusammenarbeit mit der Waffen-SS dar. Allerdings zeigt die Bereitschaft, zu diesem Ziel einen Pakt mit dem Teufel einzugehen, dass sich damals schon die Bewegung in der Hand nicht von ukrainischen Patrioten, sondern maßgeblich von Rechtsextremisten befunden hat.

Nicht anderes heute. Die ehrende Erinnerung an die Waffen-SS-Division ist nämlich kein Einzelfall. Vor drei Jahren wurde in Kalusch in der Oblast Stanislau in der Westukraine der Veteran Wasilji Nakonetschny mit dem Ritterkreuz der Division ausgezeichnet. Die Festrede zu diesem Ereignis hielt der Bürgermeister. Außerdem sprachen ein Historiker und natürlich auch ein Vertreter der „Bruderschaft Galizien“, der Nachfolgeorganisation der Division „Galizien“. Anlass für die Feier war die Enthüllung einer Gedenktafel zu Ehren eines hohen Offiziers der Waffen-SS-Division, eines gewissen Juri Gerasimow.

In der Tradition der Waffen-SS

Mag es sich bei den Geschehnissen um die Waffen-SS-Division „Galizien“ wenigstens zum Teil noch um örtliche Ereignisse handeln, so beansprucht die Frage, wie heute des Stepan Bandera gedacht wird, einen Rang, der über die Ukraine hinausweist. Bandera stand an der Spitze der ukrainischen Zusammenarbeit mit Wehrmacht und Waffen-SS und war Anführer der OUN, der Organisation Ukrainischer Nationalisten. In Russland gilt er als Kriegsverbrecher, in der Ukraine als Volksheld. Auf das Konto der OUN geht neben anderen Verbrechen die Beteiligung an der Ermordung von hunderttausenden von Juden in der Westukraine.

Das hat nicht verhindert, dass seit der Unabhängigkeit der Ukraine für Bandera 46 Denkmale errichtet und 14 Gedenktafeln geschaffen wurden. Das bekannteste Monument steht im galizischen Lemberg. Dort erhebt sich eine vier Meter hohe Figur des Bandera auf einem drei Meter hohen Sockel und verlangt so unabweisliche Aufmerksamkeit.

Wie schon sein Vorgänger Petro Poroschenko lässt es auch der heutige Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, nicht an Hilfe für rechtsextreme Organisationen fehlen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Jugendarbeit. Zu den geförderten Gruppierungen gehören solche wie der „Kurs der Bandera-Jugend“, „Banderstadt – Festival des ukrainischen Geistes“, „Junge völkische Bewegung“, „Nationalistischer Jugendkongress“ oder auch der „Freiheitsfalke“.

> Wie schon sein Vorgänger Petro Poroschenko lässt es auch der heutige Präsident der Ukraine, Wladimir Selenskij, nicht an Hilfe für rechtsextreme Organisationen fehlen

In diesen Gruppen werden die Jugendlichen vorbereitet auf den Dienst in Einheiten wie das Regiment „Asow“, das wesentlich von dem Oligarchen Igor Kolomojskij finanziert wurde und gegen die Abtrünnigen im Donbass eingesetzt wird. Das Regiment „Asow“ führt die Wolfsangel im Schild, die es aus dem Wappen der deutschen 2. SS-Panzerdivision „Das Reich“ übernommen hat. Diese Panzereinheit stand im Zweiten Weltkrieg unter anderem in der Ukraine.

Dies alles hindert den Westen als Garanten für die Demokratie nicht daran, das System in Kiew, das Poroschenko errichtet hat, und Selenskij weiterführt, nach Kräften zu unterstützen. Es sind Bilder bekannt geworden, auf denen US-Soldaten bei einer Lagebesprechung mit Angehörigen des Regiments „Asow“ zu sehen sind. Diese tragen fallweise auch das Hakenkreuz. Vor wenigen Wochen erst hat der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell versichert, die Ukraine könne auf die „unerschütterliche EU-Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität“ rechnen.

Berlin in vorderster Front mit dabei

Was Deutschland angeht, so sollte man meinen, in einem Land, wo jede Hakenkreuzschmiererei den Staatsanwalt auf den Plan ruft, sei man vorsichtig, was den Umgang mit rechtsextremen Kräften angeht. Doch dies ist ein Irrtum. Seit dem Umsturz vom Jahre 2014 ist Berlin in vorderster Front mit dabei, wenn es darum geht, das Regime in Kiew zu stärken. Nach der EU und den USA liegt Deutschland an dritter Stelle der Geldgeber, für „humanitäre Hilfe“ wie das Auswärtige Amt versichert. In den zurückliegenden sieben Jahren sind von Berlin nach Kiew insgesamt 1,4 Milliarden Euro geflossen. Einer der Titel, denen der Segen gilt, offenbart einen gewissen Sinn fürs Makabre: Er lautet „Rechtsstaatsförderung“.

Im vergangenen Jahr hat die EU-Kommission mit der Ukraine eine gemeinsame Absichtserklärung unterzeichnet. Dabei geht es um eine „Makro-Finanzhilfe“ im Umfang von drei Milliarden Euro. Der Grund: Die Ukraine leide an wirtschaftlichen Folgeschäden aus der Corona-Krise. Unabhängig von der Makro-Zahlung sind bereits 190 Millionen Euro nach Kiew geflossen.

Deutschland für sich und die EU insgesamt folgen in dieser Sache widerspruchslos der politischen Vorgabe aus den USA, die ihrerseits noch nie Probleme damit hatten, mit fragwürdigen Regimen zusammenzuarbeiten, vor allem nicht mit rechtsextremen. Die Strategie, die man in Washington dabei verfolgt, ist ganz einfach. Sie besteht in der Überlegung, dass alles, was die Ukraine stütze, einen Schaden für Russland darstelle. Daraus ergibt sich für die Nationalisten in Kiew eine politische Bestandsgarantie. Denn eine Ukraine, die darauf bedacht wäre, sich mit Russland zu arrangieren, wäre für die US-Politik der Einkreisung Russlands ein schwerer Rückschlag.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Stunde Null des deutschen Films

Vor 75 Jahren entstand in der Sowjetzone die Deutsche Film AG – In den Trümmern Berlins produzierte die DEFA ihre ersten Filme

VON VEIT-MARIO THIEDE

In Potsdam-Babelsberg nahm vor 75 Jahren die Deutsche Film AG, die DEFA, als erste deutsche Filmproduktionsgesellschaft nach Ende des Zweiten Weltkriegs den Betrieb auf. Am 17. Mai 1946 erhielt eine Gruppe von Künstlern, unter ihnen Kurt Maetzig und Hans Klering, von der damaligen sowjetischen Militärverwaltung die Lizenz, in den Ateliers, die vorher im Besitz der UfA gewesen waren, erstmals Filme im Nachkriegsdeutschland zu produzieren.

Das wurde schon am 18. August 1945 mit einem Befehl Nr. 29 der politischen Abteilung der Sowjetische Militäradministration zur Zulassung in- und ausländischer Filme auf dem Gebiet der Sowjetische Besatzungszone bekräftigt. Bereits am 14. Juni wurde in Berlin-Köpenick unter Leitung der Besatzungsmacht eine Aktiengesellschaft für Filmfabrikation gegründet. Die ersten Jahre war die DEFA noch ein deutsch-sowjetisches Unternehmen, in dem die Sowjets tonangebend waren. Am 28. Mai 1945, kurz nach Ende der Kampfhandlungen, soll der nur 19 Tage später bei einem Motorradunfall ums Leben gekommene sowjetische Stadtkommandant von Berlin, Generaloberst Nikolai Bersarin, die Erlaubnis erteilt haben, Theater und Kinos wieder zu eröffnen.

Die erste Produktion war der im Jahr 1946 fertiggestellte Streifen „Die Mörder sind unter uns“, in der Hauptrolle die damals erst 20-jährige Hildegard Knef. Sie stand bereits 1943 vor der Kamera, so in Helmut Käutners Film „Unter den Brücken“, und spielte nach Kriegsende auf Berliner Bühnen. Es war der erste einer Reihe von sogenannten Trümmerfilmen, die sich mit der NS-Vergangenheit auseinandersetzten und die im Hintergrund das Leben in den zerstörten Städten zeigten. Die Uraufführung fand am 15. Oktober 1946 nach vier Monaten Drehzeit unter der Regie von Wolfgang Staudte in der Deutschen Staatsoper statt, die damals ihr Domizil noch im Admiralspalast an der Friedrichstraße hatte.

Abenteuerspielplatz Berlin: 1946 entstand in den Trümmern der Stadt der DEFA-Film „Irgendwo in Berlin“ *Foto: ddp images*

Es entstanden beeindruckende Filme in einer Zeit des Neubeginns, so auch der 1946 entstandene Streifen „Irgendwo in Berlin“, der zwischen den Trümmern spielte. Viele Millionen von Kinobesuchern sahen damals diese Filme, als es noch wenig kulturelle Alternativen gab und der Gang in die Kinos eine Abwechslung versprach.

Die DEFA wurde bald eine der wichtigsten europäischen Produktionsstätten für abendfüllende Filme, während sich zur gleichen Zeit in West-Berlin verschiedene neue Ateliers, wie die in Spandau und Tempelhof, etablierten. Am 1. August 1950 wurde dann auch in Ost-Berlin die staatliche Filmverleih-Firma Progress gegründet, deren Aufgabe es war, alle Filme vorerst des Ostblocks, zu übernehmen und aufzuführen. In Babelsberg wurde für den filmischen Nachwuchs schon 1954 eine Filmhochschule eingerichtet; sie hatte verschiedene Bezeichnungen, bis sie 1984 den Ehrennamen „Konrad Wolf“ bekam und 2014 den Universitätsstatus erhielt. Auch der Filmpark Babelsberg ist seit vielen Jahren ein Anziehungspunkt für Film-Veranstaltungen.

Renaissance der Verbotsfilme

Die DEFA drehte an vielen Orten in der damaligen DDR, in Brandenburg, auch an der Ostsee und in Mecklenburg, bevor die Ära des Fernsehfilms begann. So entstand 1953 in Schwerin der erste farbige Kinderfilm „Die Störenfriede“ mit jugendlichen Darstellern als ein pädagogisches Lehrstück im Sinne der Pionierorganisation. Die Stadt bot mit ihrem unzerstörten Hintergrund eine ideale Kulisse für einen Film in der Mitte Deutschlands. Zur Premiere hatte aber Regisseur Wolfgang Schleif bereits die DDR verlassen. Im Rahmen der Schweriner Filmfestspiele 2015 wurde im „Capitol“ in Anwesenheit vom Drehbuchautor Wolfgang Kohlhaase, der heute hochbetagt in Berlin lebt, der Film erneut aufgeführt.

In den 1950er Jahren versuchte man auch einige in Westdeutschland lebende Schauspieler aus der UfA-Zeit für eigene Projekte zu gewinnen. Gescheitert ist auch der Versuch, gemeinsam mit den Westdeutschen Thomas Manns „Buddenbrooks“ zu verfilmen. Dafür entstanden über 700 Spielfilme zur Vergangenheit und Gegenwart mit einer politischen Agitation im Sinne der SED, aber auch unterhaltsame, zeitkritische Streifen, die in den späteren Jahren nach dem 11. Plenum des ZK der SED 1965 teilweise unter die staatliche Zensur fielen und in den Archiven verschwanden. So auch die 1966 gedrehten, nicht parteikonformen Filme „Spur der Steine“ mit Manfred Krug oder „Jahrgang 45“ mit dem Künstler A. R. Penck in einer Nebenrolle.

Auf der West-Berliner „Berlinale“ war die DDR-Produktion bis 1989 neben Dokumentar- und Kinderfilmen mit 28 Spielfilmen vertreten. 1980 erhielt Renate Krössner für ihre Darstellung der „Solo Sunny“ (Regie: Konrad Wolf) dort den Silbernen Bären. Der langjährige Berlinale-Direktor Dieter Kosslick bemerkte 2010 in einem Rückblick: „Unmittelbar nach dem Mauerfall war es dann die Berlinale, der es als erste große internationale Kulturveranstaltung gelang, in West- und Ostberlin gleichermaßen präsent zu sein. Noch einmal spielte die DEFA eine herausragende Rolle. Ihre Verbotsfilme von 1965/66, die nun. doch noch das Licht der Leinwand erblickten, ermöglichten eine neue Sicht auf die Geschichte des Babelsberger Studios, das kritische Bewusstsein der DDR-Filmemacher.“

Die Märchenfilme der DEFA in Farbe, am Beginn mit „Das kalte Herz“ (1950), markierten einen vielversprechenden Weg mit weiteren ausgezeichneten Streifen, die auch im Ausland Anerkennung fanden und die gegenwärtig noch hin und wieder im Fernsehen gezeigt werden. Heute werden in Babelsberg Stücke für das Fernsehen produziert, wie die erfolgreiche Serie „Babylon Berlin“. Das Zeughaus-Kino am Museum für Deutsche Geschichte und das Filmmuseum am Potsdamer Platz sind Spielstätten, in denen ältere Filmwerke noch zu sehen sind.

Im Jubiläumsjahr werden nun einige Filme aus dieser Produktion, die nach 1989 in eine Stiftung überführt wurde, unter dem Titel „DEFA 75“ im Fernsehen gezeigt. Dabei sind erfolgreiche Schauspieler, Regisseure und Drehbuchautoren, welche diese Filme nachhaltig geprägt haben. Diese Filme erzählen Geschichten über die Wirklichkeit eines Staates, den es heute nicht mehr gibt.

KLASSIK

Licht am Ende des Tunnel

Konzerte in Pandemie-Zeiten – Schleswig-Holstein-Musik-Festival wagt sich im Sommer aus der Deckung

Schleswig-Holstein war eines der ersten Bundesländer, das sich nach dem Lockdown langsam wieder geöffnet hat. Noch vor Pfingsten waren auch Kulturveranstaltungen vor Publikum möglich – sofern sie draußen stattfanden. Wie gut, dass das Schleswig-Holstein Musik Festival (SHMF) in diesem Jahr zu einem guten Teil aus Freiluftkonzerten besteht. Nach der Absage im vergangenen Jahr wird es diesen Sommer stattfinden, und zwar vom 3. Juli bis 29. August. Corona-gerecht sind dabei rund zwei Drittel aller Konzerte draußen zu erleben.

„Unter freiem Himmel lassen sich momentan deutlich entspanntere Konzerterlebnisse schaffen“, erklärt Intendant Christian Kuhnt. 157 Konzerte, fünf „Musikfeste auf dem Lande“, zwei Kindermusikfeste und einen Werftsommer sollen in 79 Spielstätten an 51 Orten in Schleswig-Holstein, Hamburg, im Süden Dänemarks und im Norden von Niedersachsen veranstaltet werden.

Eingeladen sind wieder Stars der Szene. So gibt ein Wiedersehen mit dem britischen Violinisten Nigel Kennedy, einem der Publikumslieblinge in Schleswig-Holstein. Er wird mit der Deutschen Kammerphilharmonie Bremen Beethovens Violinkonzert spielen. Seine deutsche Kollegin Anne-Sophie Mutter wird ebenso auftreten wie die Pianisten Daniil Trifonov und Jan Lisiecki sowie die Cellistin Sol Gabetta oder der Tenor Rolando Villazón.

Um neue Zielgruppen zu erreichen, bewegt sich das Festival mit dem Format „Luustern“ wieder abseits der Klassik. In rund 40 Konzerten stehen Pop, Rock, Chanson, Jazz, Klezmer und Folk auf dem Programm. Auf großer Bühne erwartet man etwa Tom Jones. Das Konzert der walisischen Popikone fiel im vergangenen Sommer Corona-bedingt aus und soll nun am 13. August nachgeholt werden.

In den Mittelpunkt der 36. Ausgabe des größten Klassikfestivals Deutschlands steht der österreichische Komponist Franz Schubert, der die Gattung des deutschen Liedes maßgeblich geprägt hat. Die französische Pianistin Hélène Grimaud, die inzwischen Dauergast beim SHMF ist, wird als sogenannte Porträtkünstlerin in elf Konzerten die enorme Bandbreite ihrer Kunst präsentieren.

Keinen Notfallplan in der Tasche

„Der Optimismus ist grenzenlos und damit verbunden auch die Vorfreude. Denn wir brauchen alle dringend so etwas wie eine Perspektive, ein Licht am Ende des Tunnels“, sagt Kuhnt. Sollte nicht ein neuer Lockdown kommen oder Dauerregen das Festival vermasseln, könnte das SHMF einen Hoffnungsschimmer an die gebeutelte Kulturwelt senden: Es geht wieder weiter.

Einen Plan B für den Fall, das kurzfristig manche Konzerte zum Beispiel wegen Corona-Erkrankungen abgesagt werden müssen, habe man nicht in der Schublade. Und wenn die Dinge doch anders kommen, müsse man eben wieder improvisieren. Aber das könne man noch nicht planen. „Für uns Kulturschaffenden ist es jetzt wichtig, Konzerte zu planen, in die Zukunft zu schauen und somit ein Zeichen für die Kultur zu setzen“, erläutert Kuhnt, „wir müssen jede Gelegenheit nutzen, um aktiv zu sein und uns Gehör zu verschaffen. Es reicht nicht, für die Kultur zu brennen, wir müssen für sie kämpfen! Wir können vielleicht eine gewisse Zeit auf Kultur verzichten, aber das kann kein Dauerzustand sein. Sonst werden wir seelisch vertrocknen.“

Wie sehr das Publikum nach Kultur brennt, sieht man beim Vorverkauf. Schon jetzt sind viele Konzerte ausgebucht. Es lohnt aber, sich in Wartelisten einzutragen, da kurzfristig je nach dann geltender Landesverordnung zusätzliche Plätze zur Verfügung gestellt werden dürfen. *A. Guballa*

● Karten über die Telefon-Hotline (0431) 237070 oder www.shmf.de

● MELDUNG

Berlin öffnet sich wieder

Berlin – Seit einer Woche haben die Staatlichen Museen zu Berlin das Gros ihrer Häuser wieder für das Publikum geöffnet. So wurden auf der Museumsinsel bis auf das Alte Museum alle dort befindlichen Museen wiedereröffnet. Am Werderschen Markt ist die Skulpturensammlung in der Friedrichswerderschen Kirche sowie am Kulturforum die Gemäldegalerie, das Kupferstichkabinett, die Kunstbibliothek und die Sonderausstellungshalle wieder zugänglich. Ebenso sind der Hamburger Bahnhof, das Museum Berggruen, die Sammlung Scharf-Gerstenberg, das Museum für Fotografie und das Museum Europäischer Kulturen wieder offen. Der Besuch ist allerdings nur mit einem tagesaktuellen, negativen PCR- oder Schnelltestergebnis, einer FFP2-Gesichtsmaske sowie einer vorab online gebuchten Zeitfenster-Eintrittskarte möglich. Buchungen: www.smb.museum/tickets *tws*

GÖLTZSCHTALBRÜCKE

175. Jahrestag eines Baus der Rekorde

Die Göltzschtalbrücke im sächsischen Vogtlandkreis ist die erste statisch berechnete Brücke der Welt. Zum Zeitpunkt der Einweihung war sie die weltweit höchste Eisenbahnbrücke. Und noch heute gilt sie als die größte Ziegelbrücke auf Erden. Immerhin wurden 26.021.000 Ziegel verbaut. Nur an den besonders beanspruchten Stellen wie Fundamenten, Pfeilerschäften und Tragebögen wurde auf Bruchsteine und Quader aus Granit zurückgegriffen. Die Verwendung von Ziegeln bot sich an, da sich in der Nähe große Lehmlager befanden. Von fast 20 Ziegeleien entlang der Bahnstrecke wurden während des Baus täglich rund 50.000 Ziegel im sogenannten Dresdner Format 27,73 mal 13,57 mal 6,49 Zentimeter gebrannt.

Theoretisch hätte man auch anderes Baumaterial aus der Ferne herbeischaffen können, aber der Bauträger wollte beziehungsweise musste sparen. Es handelte sich um die Sächsisch-Bayerische Eisenbahn-Companie. Die private Eisenbahngesellschaft war 1841 mit dem Geschäftsmodell gegründet worden, die Ferneisenbahnstrecke Leipzig–Hof mit einem Abzweig nach Zwickau zu bauen und zu betreiben. Sie war finanziell indes derart schwach auf der Brust, dass sie noch vor der Fertigstellung der Strecke deswegen 1847 verstaatlicht wurde.

Eine der größten Herausforderungen beim Bau der Strecke war die Überwindung des Tales der Göltzsch. Um zu einer möglichst billigen Überbrückungslösung zu kommen, wurde 1845 ein landesweiter Wettbewerb ausgeschrieben. Wettbewerbsbeiträge gingen genügend ein, doch bei keinem war die nötige Belastbarkeit wissenschaftlich erwiesen. Deshalb nahm sich schließlich der Leiter der Prüfungskommission, Johann Andreas Schubert, der beim Bau der 1845 fertiggestellten ein-etagigen Eisenbahnviadukts in Leubnitz mit statischen Berechnungen gearbeitet hatte, selbst der Aufgabe an.

FOTO: USERULRICHAAB

Göltzschtalbrücke

Vor 175 Jahren, am 31. Mai 1846, wurde der Grundstein zu einer 78 Meter hohen und 574 Meter langen grundsätzlich vier-etagigen Bogenbrücke gelegt. Eigentlich hatten die Bögen alle die gleiche Spannweite haben sollen. Da man jedoch wider Erwarten bei der Pfeilergründung an der Talsohle nicht auf ausreichend festen Boden stieß, wurde von der ursprünglichen Planung abgewichen. Nach einem Entwurf des Oberingenieurs Robert Wilke wurde an dieser problematischen Stelle auf Standardbögen verzichtet und das Areal durch zwei aufeinander stehende Bögen größerer Spannweite überbrückt.

Auf der Baustelle waren zeitweise bis zu 1736 Arbeiter im Einsatz. 31 bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben. Abgesehen von diesen Menschenleben kostete der Bau rund 2,2 Millionen Taler. Das entspricht gut 65 Millionen Euro. Nach einem guten halben Jahrzehnt Bauzeit, am 15. Juli 1851, erfolgte die Einweihung. *Manuel Ruoff*

1879 bis 1884 in der Reichsland-Ära gebaut: Hauptgebäude der Universität Straßburg am Universitätsplatz *Foto: Jonathan Martz*

KAISERZEIT

Als Elsass-Lothringen „Reichsland“ wurde

Vor 150 Jahren machte das Deutsche Reich seinen Landerwerb aus dem Deutsch-Französischen Krieg zum integralen Bestandteil seines Territoriums

VON BODO BOST

Nach der Niederlage im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 trat die im Krieg gegründete Dritte Republik das Elsass und Teile Lothringens mit der Stadt Metz an das im Krieg gegründete Deutsche Reich ab. Bei der entsprechenden Sitzung der französischen Nationalversammlung in Bordeaux, stimmten nur zwei aus Lothringen stammende republikanische Abgeordnete, Edouard Bamberger aus Metz und Isidor Wolff aus Saargemünd, gegen die Abtretung. Sie gehörten zur jüdischen Minderheit in ihrer Heimat, die unter Napoleon ihre Gleichberechtigung erhalten hatte und deshalb am meisten Frankreich nachtrauerte.

Orientierung an der Sprachgrenze

Zu einem integralen Bestandteil des Reichsgebietes im staatsrechtlichen Sinne wurde Elsass-Lothringen vor 150 Jahren, am 28. Juni 1871, mit dem Inkrafttreten des Reichsgesetzes betreffend die Vereinigung von Elsass und Lothringen mit dem Deutschen Reich vom 9. Juni 1871.

Die Grenzen des neuen Reichslandes Elsass-Lothringen orientierten sich weitgehend an der alten deutsch-französischen Sprachgrenze. Der Vogesenkamm als neue Reichsgrenze bildete fast überall auch die historische Sprachgrenze. Das französischsprachige, altelsässische Gebiet um Belfort vor den Vogesen blieb deshalb als Territorium bei Frankreich. Allerdings kam auch ein großer Teil des seit dem Mittelalter französischsprachigen Lothringens um die Festungsstadt Metz zum Reich. Der Grund war der, dass die Militärs auf deutscher Seite meinten, auf Metz, um das im Deutsch-Französischen Krieg am längsten gekämpft worden war, wegen seiner militärischen Bedeutung nicht verzichten zu können. Nach dem Zuzug von deutschen Beamten und Militärs wurde Metz allerdings als Sprachinsel mehrheitlich deutschsprachig.

Der größte Teil der Bevölkerung des Reichslandes stand der neuen Obrigkeit zunächst überwiegend skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Französische Revolution mit ihrem Konzept der Staatsnation widersprach fundamental dem deutschen Konzept der Kulturnation, auf der der Gebietswechsel beruhte. Während die Kirche sowie die Mittel- und Unterschicht ihrem „Elsässerditsch“ treu geblieben waren, sprach die Oberschicht im Elsass seit der Französischen Revolution von 1789 Französisch,.

> Während der Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zum Reich wurde das heutige Stadtbild von Straßburg und Metz mehr geprägt als in den vorausgegangenen dreihundertfünfzig Jahren Zugehörigkeit zu Frankreich. Und die Universität Straßburg brachte in jenem knappen halben Jahrhundert mehr Nobelpreisträger hervor als in den folgenden gut hundert Jahren bis heute

Ein Teil der französischsprachigen Bildungselite und des Bürgertums verließ freiwillig die Gebiete nach der Angliederung an das Reich. Er wurde durch deutsche Beamte und Freiberufler ersetzt.

Die sich als Franzosen empfindenden Elsass-Lothringer standen vor der Wahl: Heimat oder Vaterland. Grundsätzlich erhielten die alteingesessenen, nicht aus Zentralfrankreich zugewanderten Bewohner Elsass-Lothringens automatisch die elsass-lothringische Staatsangehörigkeit und galten damit als Angehörige des Deutschen Reichs. Es bestand jedoch bis zum 1. Oktober 1872 die Möglichkeit, sich für die Beibehaltung der französischen Staatsangehörigkeit zu entscheiden und in die Französische Republik überzusiedeln. Ungefähr jeder Zehnte entschied sich für diese Alternative. Allerdings nutzte von diesen sogenannten Optanten nicht einmal ein Drittel diese Option. Insgesamt verließen gut drei Prozent das Reichsland Richtung Frankreich.

In Frankreich sprach man fortan von den „verlorenen Provinzen“. Der Revanchegedanke und das verletzte Nationalgefühl wurden wesentliche Merkmale französischer Politik. „Toujours y penser, jamais en parler“ (Immer daran denken, nie davon sprechen) lautete in den Worten von Léon Gambetta die Devise.

Eine Volksbefragung fand nie statt

Elsass-Lothringen hatte im Gegensatz zu den Bundesstaaten keinen Landesfürsten oder Senat an der Spitze. Das Reichsland war vielmehr direkt dem Kaiser unterstellt, der sich durch einen Statthalter vertreten ließ. Abgesehen von seinem Ausnahmestatus wurde die Integration Elsass-Lothringens in das Reich dadurch erschwert, dass es wie Frankreich im Gegensatz zum Reich mehrheitlich katholisch geprägt war. Das gilt insbesondere für die Zeit des sogenannten Kulturkampfes, in der ein großer Teil der katholischen Kirche in die Opposition zum Reich ging, obwohl die katholische Kirche eine starke Bastion der deutschen Sprache im Elsass blieb.

Im Deutschen Reichstag waren die Elsass-Lothringer mit 15 Abgeordneten vertreten. Anfänglich handelte es sich dabei mehrheitlich um der Annexion negativ gegenüberstehende sogenannte Protestler. Aus diesem Kreis wurde im Reichstag wiederholt beantragt, die Elsass-Lothringer selbst über die Zugehörigkeit ihrer Heimat zu Deutschland oder Frankreich abstimmen zu lassen. Ihre entsprechenden Anträge wurden jedoch stets mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Elsass-Lothringer wurden letztendlich weder von den Franzosen noch von den Deutschen nach ihrer Meinung über ihre staatliche Zugehörigkeit gefragt.

Mit der Zeit wandten sich die Elsass-Lothringer indes immer mehr den reichsdeutschen Parteien zu. Ab der Reichstagswahl von 1890 spielten die sogenannten Protestler keine wesentliche Rolle mehr. Der strikte Laizismus in Frankreich ab 1905 entfremdete die katholische Bevölkerung in Elsass-Lothringen von der Grande Nation. 1911 endlich wurde das Reichsland den Bundesstaaten weitgehend gleichgestellt. Erstmals in seiner Geschichte bekam Elsass-Lothringen mit dem Landtag ein eigenes souveränes Parlament in Straßburg, das zudem analog zum Reichstag auf Reichsebene demokratisch gewählt wurde.

Was 1918 von 1871 unterschied

Zur Steigerung der Akzeptanz der Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zum Reich trug auch die äußerst positive Entwicklung der wirtschaftlichen Lage im Reichsland bei. Die junge Generation verstand sich mit großer Selbstverständlichkeit als Deutsche. Die 1872 in der Hauptstadt Straßburg gegründete Kaiser-Wilhelms-Universität erlangte sehr schnell einen internationalen Ruf. Die Professoren kamen aus dem gesamten Reichgebiet, aus Königsberg die neuen Bücher als Ersatz für die den vorausgegangenen Kriegshandlungen zum Opfer gefallene Bibliothek. In den nicht einmal fünfzig Jahren der Zugehörigkeit Elsass-Lothringens zum Deutschen Reich brachte die Universität Straßburg mehr Nobelpreisträger hervor als danach in den hundert Jahren Zugehörigkeit zu Frankreich.

Während nach dem Anschluss an das Reich 1871 keine Elsässer mit Gewalt vertrieben wurden, wurden nach der Niederlage Deutschlands 1918 innerhalb weniger Wochen etwa 15 Prozent der Bevölkerung des Reichlandes gezwungen, ihre Heimat Richtung Restreich zu verlassen. Darunter war auch die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung des Reichslandes. Ihre Loyalität gegenüber Frankreich hatte sich ab 1894 grundlegend geändert, als der aus dem elsässischen Mülhausen stammende jüdische Offizier Alfred Dreyfus ungerechtfertigterweise der Spionage für Deutschland beschuldigt und auf die französische Gefängnisinsel Cayenne verbannt wurde.

Während das Französisch gleichberechtigte Sprache im frankophonen Teil des Reichslandes gewesen war, hat das Deutsche seit 1918 jeglichen Status als Amtssprache im gesamten ehemaligen Reichlandgebiet verloren. Das hat sich auch nicht nach dem deutsch-französische Freundschaftsvertrag aus dem Jahre 1963, dem sogenannten Élysée-Vertrag, geändert.

Straßburg und Metz sind jedoch bis heute im Städtebau mehr von der knapp fünfzigjährigen deutschen Zeit mit ihrer wilhelminischen Architektur geprägt als von Dreieinhalbjahrhunderten Zugehörigkeit zu Frankreich. Wenn man genau hinschaut, kann man heute noch in der Turmspitze des Bahnhofs von Metz den Kopf von Kaiser Wilhelm mit Pickelhaube erkennen.

WILHELM II.

Von der Parteien Gunst und Hass verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte

Mit dem letzten Deutschen Kaiser und König von Preußen starb vor 80 Jahren ein widersprüchlicher Herrscher, der nicht selten an politischen Realitäten scheiterte, ohne dass dieses Scheitern ausschließlich aus eigenen Unzulänglichkeiten resultiert hätte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Wilhelm II. war von 1888 bis 1918 Deutscher Kaiser und König von Preußen. Nach seiner Abdankung im Zuge der Novemberrevolution ging er ins Exil in die Niederlande, wo ihm Königin Wilhelmina Asyl gewährte und damit seine von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges geforderte Auslieferung als Kriegsverbrecher verhinderte. Im niederländischen Exil verstarb der damals 82-jährige Hohenzoller am 4. Juni 1941 in Doorn bei Utrecht, ohne jemals wieder deutschen Boden betreten zu haben.

Wilhelm II. gab einer Epoche ihren Namen. Ob die wilhelminische Zeit eher positiv oder negativ zu bewerten ist und

Wilhelm II. gab einer Epoche seinen Namen. Ob die wilhelminische Zeit eher positiv oder negativ zu bewerten ist und welche Rolle der Kaiser persönlich gespielt hat, darüber herrscht 80 Jahre nach seinem Tod kein Konsens

welche Rolle der Kaiser persönlich gespielt hat, darüber herrscht 80 Jahre nach seinem Tod kein Konsens.

Anfänglich ging die Tendenz eindeutig in Richtung oberflächlicher Dämonisierung und gezielter Verächtlichmachung. So wurde Wilhelm als diabolischer Kriegstreiber mit schnoddrig-großspurigem Auftreten und einem kindlichen Faible für Uniformen hingestellt. Oder als Kleingeist, der keine Menschen von Format um sich herum habe ertragen können und das Deutsche Reich durch sein „persönliches Regiment“ in den Ruin geführt habe.

Diese Sichtweise findet sich in etwas abgeschwächter Form auch in neueren Veröffentlichungen wie beispielsweise der 1993 bis 2008 in München bei Beck erstmals erschienenen dreibändigen Biographie „Wilhelm II“ des britischen Historikers John C. G. Röhl.

Daneben kamen und kommen noch immer tatsächliche oder vermeintliche Experten zu Wort, die Wilhelm II. allerlei seelische Gebrechen andichten. Das begann mit dem 1856 bis 1926 lebenden prominenten Psychiater Emil Kraepelin, der ohne jedweden persönlichen Kontakt zu Wilhelm von einem „typischen Fall periodischen Gestörtseins“ fabulierte, bis wiederum hin zu Röhl, in dessen Werk es von pejorativen Floskeln wie „manisch“, „paranoid“, „wahnhaft“, „narzisstisch“ und „pathologisch“ nur so wimmelt.

Mancherlei Schwächen

Doch damit nicht genug. Um Wilhelm II. und damit indirekt auch das Kaiserreich weiter zu diskreditieren, traten Röhl und Wolfgang Benz auch noch mit der These an die Öffentlichkeit, dass der Kaiser eine ausgeprägt judenfeindliche Einstellung an den Tag gelegt und antisemitische Äußerungen getätigt habe, die sich kaum von den Tiraden der Nationalsozialisten unterschieden hätten. Tatsächlich pflegte Wilhelm aber enge und freundschaftliche Kontakte zu vielen prominenten Juden, für die der Zionist Chaim Weizmann die verächtliche Bezeichnung „Kaiserjuden“ prägte. Darüber hinaus nannte der gestürzte Monarch die Ausschreitungen während der sogenannten Reichskristallnacht im November 1939 eine Schande für Deutschland.

Und auch sonst war Wilhelm II. mit Sicherheit kein NS-Sympathisant oder gar „Vorbote Hitlers“, wie der Publizist und Historiker Volker Ullrich 2008 in einer Rezension des dritten Bandes von Röhls Biographie unterstellt hat. Zwar gratulierte er dem „Führer“ und „der gesamten deutschen Wehrmacht“ am 17. Juni 1940 zum Sieg über Frankreich, äußerte aber bei anderer Gelegenheit, man werde die Hakenkreuzfahne „noch einmal verfluchen, und die Deutschen selber werden sie eines Tages verbrennen“. Deswegen untersagte der Ex-Kaiser auch das Zeigen von Flaggen während seiner Beisetzung, um zu verhindern, dass sich solche mit NS-Symbolik darunter mischten. Adolf Hitler vergalt ihm diese Haltung mit der Abriegelung des Anwesens in Doorn ab Mai 1940 und dem Verbot jeglicher Trauerfeiern im Reich nach Wilhelms Tod.

Fakt ist, dass Wilhelm mancherlei Schwächen besaß. So offenbarte der Erste Weltkrieg die gravierende strategische und taktische Unfähigkeit des angeblichen „Militaristen“. Sein hilfloses Agieren ab August 1914 führte schließlich dazu, dass die Oberste Heeresleitung eine „stille Diktatur“ errichten konnte. Deswegen wurde dem Kaiser auch keine nennenswerte Richtlinienkompetenz bei der Formulierung der Kriegsziele des Deutschen Reiches zugebilligt.

„Das ist kein Porträt, das ist eine Kriegserklärung“ soll ein französischer General dieses Bildes kommentiert haben: „Wilhelm II.“ von Max Koner aus dem Jahr 1890, als der Monarch seinen Regierungschef Otto von Bismarck entließ *Foto: Wikimedia*

Politische und sonstige Leistungen

Ebenso schlecht bestellt war es um Wilhelms Position auf dem Gebiet der Außenpolitik. Der Monarch neigte zu kolonialen Abenteuern und brüskierte Großbritannien und Frankreich. Die Richtlinien der Außenpolitik bestimmte er indes nicht. Ein starker Kaiser hätte es vermocht, die Außen-, Rüstungs- und Militärpolitik Deutschlands zu koordinieren, so jedoch arbeiteten die zivile Reichsleitung und die Militärführung mehr gegen- als miteinander. Dadurch entstanden allerlei außenpolitische Probleme, die vermeidbar gewesen wären. Kompetentere Berater hätten hier viel Unheil verhindern können, allerdings bewies Wilhelm II. im Laufe der Zeit zunehmend eine unglückliche Hand bei der Auswahl seiner Vertrauenspersonen. Auch wenn die kaiserliche Rhetorik oft martialisch wirkte, verkörperte der Kaiser keineswegs den Typus des willentlichen Kriegstreibers.

Im Gegensatz zu Wilhelms Schwächen und Fehlern wurden seine politischen und sonstigen Leistungen weitgehend totgeschwiegen. An Leistungen des Monarchen und des nach ihm benannten Wilhelminismus sind zu nennen: die massive Förderung des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts, der Deutschland einen gewaltigen wirtschaftlichen Aufschwung bescherte, die für die damalige Zeit äußerst moderne Sozial- und Steuerpolitik, der teilweise durchaus gelungene Ausgleich zwischen den verschiedenen ethnischen und politischen Gruppierungen im Reich sowie die Beendigung des unter Reichskanzler Otto von Bismarck eskalierten Kulturkampfes zwischen Staat und Kirche, die Inangriffnahme von richtungsweisenden Bauprojekten und ein breit aufgestelltes Kulturleben. Das haben bisher nur wenige Geschichtswissenschaftler explizit hervorgehoben, zu denen beispielsweise der *PAZ*-Autor Eberhard Straub gehört.

Ähnlich den meisten anderen damaligen Monarchen war Wilhelm II. letztlich ein widersprüchlicher Herrscher, der nicht selten an politischen Realitäten scheiterte, ohne dass dieses Scheitern ausschließlich aus eigenen Unzulänglichkeiten resultiert hätte. So lautet auch das Fazit des australischen Historikers Christopher Clark, der zugleich davor warnt, Wilhelm zur Symbolfigur für etwas zu machen, „das über seine Person hinausreicht und größer ist als er selbst“.

Prominente Wissenschaftler, die Wilhelm II. kritisierten

FOTO: PA

Der in London geborene Sohn eines Deutschen und einer Engländerin **John C. G. Röhl** machte mit der These vom „Persönlichen Regiment“ Wilhelms II. Furore

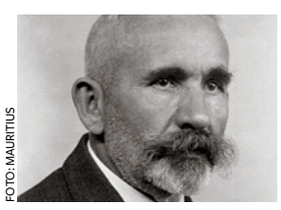


FOTO: MAURITIUS

Der deutsche Psychologe und Zeitgenosse Wilhelms II. **Emil Kraepelin** war Hochschullehrer an den Universitäten Dorpat, Heidelberg und München

FOTO: AXEL HINDEMITH, LIZENZ: CREATIVE COMMONS BY-SA-3.0 DE

Wolfgang Benz lehrte von 1990 bis 2011 an der Technischen Universität Berlin und leitete das zugehörige Zentrum für Antisemitismusforschung

KRITISCHE INFRASTRUKTUREN

Deutschland ist nur bedingt abwehrbereit gegen Cyber-Attacken

Experte warnt vor dem „Schwarzen Schwan“: „IT-Legastheniker“ in den Entscheidungsfunktionen machen die Bundesrepublik zur leichten Beute für Computer-Terroristen

Attacken nehmen sprunghaft zu: Die Kritische Infrastrukturen Deutschlands ist weit weniger sicher als es scheint *Foto: imago images/imagebroker*

VON WOLFGANG KAUFMANN

Das Ganze ähnelte einer Szene, wie man sie aus düster-dystopischen Filmen kennt: Der Mauszeiger der Steuerung in der Schaltwarte des Wasserwerkes Oldsmar im US-Bundesstaat Florida bewegte sich wie von Geisterhand geführt über den Bildschirm und schob schließlich den Regler für die Zufuhr von Natronlauge bis zum Anschlag nach oben. Dadurch gelangten gefährliche Mengen der ätzenden Substanz, welche in geringer Konzentration für ein ausgewogenes Säure-Basen-Gleichgewicht sorgen soll, ins Trinkwasser der 14.000-Seelen-Gemeinde. Glücklicherweise machte ein aufmerksamer Mitarbeiter die Manipulation alsbald wieder rückgängig.

Derartige Angriffe auf sogenannte Kritische Infrastrukturen (KI) zur Gewährleistung der Wasser- und Energieversorgung sowie innerhalb der Bereiche Transport und Verkehr, Finanzen und Versicherung, Staat und Verwaltung, Informationstechnologie und Telekommunikation beziehungsweise auch Ernährung und Gesundheit haben in den vergangenen Jahren stetig zugenommen. 2020 fanden fast 450 erfolgreiche Cyber-Attacken auf KI in der EU statt, knapp 200 alleine auf dem Gebiet der Bundesrepublik. 2019 lag ihre Zahl noch bei 121 und 2018 bei 62.

Bislang ging das stets relativ glimpflich ab, aber über kurz oder lang droht ein Ereignis, für welches der US-Mathematiker Nassim Nicholas Taleb die Bezeichnung „Schwarzer Schwan“ prägte: Seine Eintrittswahrscheinlichkeit ist zwar gering, aber wenn es dazu kommt, dann sind die Folgen verheerend. Wie beispielsweise bei einem nuklearen Unfall infolge von Eingriffen in die Steuerungsprogramme eines Kernkraftwerkes durch Terroristen. Die Verhinderung solch menschgemachter Katastrophen obliegt natürlich in erster Linie dem Staat sowie auch den Parlamenten – entweder durch die Schaffung von Institutionen, denen der Schutz der KI im Lande untersteht, oder durch den Erlass von Gesetzen zur Verbesserung der Cyber-Sicherheit. Allerdings leben die bundesdeutschen Politiker und Abgeordneten vielfach in ihrer eigenen Welt, welche sich sowohl von der realen als auch der virtuellen in den Weiten des Internets unterscheidet.

Politiker fachlich überfordert

Das resultiert nicht zuletzt aus den mangelnden Kenntnissen zahlreicher Entscheidungsträger über moderne Informationstechnologien, weshalb man hier auch salopp von „IT-Legasthenikern“ sprechen könnte. Mehr als sieben Prozent der Bundestagsabgeordneten haben überhaupt keinen Hochschul- oder Berufsabschluss, und unter den übrigen dominieren die Juristen sowie Angehörige sonstiger Professionen, bei denen profunde IT-Kenntnisse gleichfalls nicht im Vordergrund stehen. Ebenso ist der derzeitige Bundesinnenminister Horst Seehofer, welcher immerhin auch als oberster Dienstherr des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) fungiert, alles andere als ein Cyber-Experte: Er absolvierte eine Lehre zum Amtsboten und qualifizierte sich 1979 zum Verwaltungs-Betriebswirt, bevor er dann auf Dauer in die Politik ging.

Das vielfach also nur rudimentäre Wissen deutscher Politiker und Parlamentarier rund um das Thema IT ermöglichte in der Vergangenheit bereits zwei schwere Hackerangriffe auf die angeblich abgeschotteten Computernetzwerke des Bundestages beziehungsweise der Bundesregierung. Als Haupteinfallstore dienten damals leichtfertig geöffnete infizierte E-Mails, nicht ausreichend gesicherte periphere Rechner und unachtsam verwendete persönliche Endgeräte wie Smartphones und Tablets.

Der gleiche Leichtsinn ist aber auch in der Wirtschaft zu beobachten, wobei hier neben der grundsätzlichen Inkompetenz mancher Führungskader im Hinblick auf IT-Themen zusätzlich noch der Wunsch nach Kostendämpfung eine Rolle spielt. So werden veraltete Betriebssysteme eingesetzt und die Mitarbeiter nicht hinreichend geschult, was Vorsichtsmaßnahmen betrifft. Hochriskant sind zudem die Fernwartungsverträge, durch die Personal eingespart werden soll. Denn so besteht immer die grundsätzliche Möglichkeit eines Zugriffs von außen.

Es kann in einer Katastrophe enden

Damit unser Land künftig besser dasteht, was den Schutz der Kritischen Infrastrukturen betrifft, verabschiedete der Bundestag am 23. April das Zweite Gesetz zur Erhöhung der Sicherheit informationstechnischer Systeme. Das hat freilich einen entscheidenden Haken: Es stärkt die Position des BSI gegenüber den Unternehmen der KI-Branche. Dadurch drohen die Überforderung der Behörde und gewaltige bürokratische Zusatzlasten. Noch problematischer ist, dass die Unternehmen nun ihre Verschlüsselungsmethoden und IT-Algorithmen gegenüber dem BSI offenlegen müssen.

Denn das Bundesamt vollführt einen höchst befremdlichen Spagat: Einerseits soll es den Schutz unserer KI vor Cyber-Attacken gewährleisten, andererseits unterstützt es die Entwickler von staatlichen Schnüffel-Programmen, was dem BSI umso leichter fällt, als bei ihm sämtliche Meldungen über potentielle Sicherheitslücken zusammenlaufen. So machte die Internetplattform für digitale Freiheitsrechte netzpolitik.org einen vertraulichen Schriftwechsel zwischen BSI und Bundesinnenministerium publik, aus dem hervorgeht, dass die Behörde für IT-Sicherheit den Auftrag hatte, das Bundeskriminalamt bei der Entwicklung von sogenannten Staatstrojanern zu unterstützen, mit denen heimliche Online-Durchsuchungen durchgeführt werden können.

Alles in allem ist die neue gesetzliche Regelung zum Schutz der Kritischen Infrastrukturen hierzulande also ganz typisch für die Bundesrepublik im Jahre 2021: Ihr praktischer Nutzen wird aufgrund der massiven Überbürokratisierung eher gering bleiben, jedoch öffnet sie Tür und Tor für die behördliche Gängelung der Wirtschaft und noch mehr Überwachung. Insofern hat der Journalist und Cyber-Experte Peter Welchering vollkommen Recht, wenn er konstatiert: „Wir haben längst nicht die IT-Sicherheitsstruktur, die wir bräuchten, wenn das mit der Digitalisierung nicht in der Katastrophe enden soll.“

LINKE GEWALT

„Unser aller Freiheit ist bedroht“

„Akteure des Totalitären“: Der Schriftsteller Jörg Bernig mahnt nach Angriff auf Dresdener Buchhaus zur Klarheit

Mitte April war auf die von Susanne Dagen geführte Buchhandlung in Dresden-Loschwitz ein nächtlicher Anschlag verübt worden: Zerstörungen, eine Explosion, Buttersäure. Das Geschäft befindet sich im Wohnhaus von Dagens Familie. Der Staatsschutz ermittelt, vermutet werden Täter aus dem linksradikalen Spektrum. Das breite Angebot des „Buchhauses Loschwitz“, des angeschlossenen „Kulturhauses“ sowie das Engagement Dagens hatten politische Gesinnungswächter schon seit Längerem immer wieder auf den Plan gerufen.

Mit dem Anschlag hatte dies allerdings eine neue Dimension erreicht. Die Gewalttat war Anlass für den Dresdner Stadtrat, dem die Buchhändlerin als Vertreterin der Freien Wähler angehört, am 12. Mai eine aktuelle Stunde auf die Tagesordnung zu setzen zum Thema „Gewaltfreiheit als unverhandelbare Grundlage politischer Meinungsbildung“.

FDP-Politiker spielt Gefahr herunter

Wie es um die Problematik des derzeitigen, medial großflächig unterstützten, linkslastigen Klimas steht, zeigten mehrere Stellungnahmen. Um Relativierung war man bemüht, ausführlich wurde auf andere Übergriffe verwiesen, etwa auf Obdachlose, Roma, dunkelhäutige Menschen oder Muslime. Was angegriffene Volksvertreter angehe, so empfahl der FDP-Politiker Holger Zastrow gar, „allen, die davon betroffen sind, einfach mehr Gelassenheit“.

Deutliche Wort hingegen fand der Autor Jörg Bernig, der als externer Redner für die Freien Wähler sprach. Er verwies darauf, dass bezüglich der Buchhandlung nicht lediglich wegen Sachbeschädigung, sondern wegen eines Sprengstoffanschlags ermittelt werde. Bernig erinnerte daran, dass er gemeinsam mit seinem Schriftstellerkollegen Uwe Tellkamp bereits im vergangenen Jahr die „Verwahrlosung und gewalttätige Aufladung“ in Berichten über Menschen beklagt hatte, „die sich kritisch zu problematischen Entwicklungen“ äußerten (die *PAZ* berichtete). Die damaligen Befürchtungen, „derlei verbale Attacken“ könnten Konsequenzen haben, sieht Bernig mit dem Anschlag auf Dagens Geschäft bestätigt. Abermals sei nun zu fragen: „Welchen Folgeschritt soll diese Attacke vorbereiten?“

Der Autor erinnerte an den Terror der Französischen Revolution, des Bolschewismus und des NS-Regimes. Sie alle postulierten die „Errichtung einer besseren Welt“, man sah sich ermächtigt, „zu totalitären Mitteln zu greifen“. Derartiges sei auch heute in unserem Gemeinwesen auszumachen.

Nicht nur die Meinungsfreiheit sei beschränkt und angegriffen, sondern die Freiheit schlechthin: „Nämlich dort, wo die einen den anderen den Raum ihrer Freiheit beschädigen oder zerstören wollen.“ Man solle „auf Euphemismen verzichten“ und „diejenigen, die uns allen verbal oder physisch Gewalt antun, als das bezeichnen, was sie sind: Akteure des Totalitären“.

Der Anschlag auf die Buchhandlung sei „nicht nur ein Anschlag auf Personen oder einen Kulturort. Die zielgerichtet eingesetzte Gewalt soll Angst und Schrecken verbreiten, sie soll einschüchtern und einen Herrschaftsraum markieren.“ Bernig appelliert daran, dass unser aller Freiheit gemeint sei – eine Tatsache, die vielen seiner Vorredner nicht bewusst zu sein schien. *Erik Lommatzsch*

Das Ostpreußenblatt

Preußische Allgemeine Zeitung | Gegründet 1950 | Nr. 21 · 28. Mai 2021

DENKMALPFLEGE

Der Dohnaturm wird renoviert

Touristenmagnet in Königsberg – Bernsteinmuseum in historischem Ambiente

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

In letzter Zeit haben die regionalen Behörden im nördlichen Ostpreußen begonnen, dem Zustand der Baudenkmäler und historischen Sehenswürdigkeiten viel mehr Aufmerksamkeit zu schenken als zuvor, zumal Königsberg seit vergangenem Jahr zu einem touristischen „Mekka“ geworden ist.

Zu den beliebtesten Sehenswürdigkeiten der Stadt gehört der Dohnaturm. Und das nicht nur, weil er das berühmte Bernsteinmuseum beherbergt, das ausnahmslos alle Gäste der Stadt gerne besuchen, sondern auch, weil das Bauwerk eine bemerkenswerte Geschichte der Verwandlung von einer militärischen Verteidigungsbastion in eine Kulturinstitution und Ausstellungsfläche hat.

Beliebtes Besucherziel: Der Dohnaturm mit dem darin befindlichen Bernsteinmuseum *Foto: J.T.*

Teil preußischer Geschichte

Der Turm ist nach dem preußischen Generalfeldmarschall Karl Friedrich Emil zu Dohna-Schlobitten benannt, der für die Idee bekannt ist, den Verteidigungsring um den zentralen Teil der Stadt Königsberg zu errichten. Der Turm wurde im Jahr 1853 am südöstlichen Ufer des Oberteiches errichtet. In seinen Eigenschaften ist er fast identisch mit dem Wrangelturm, der sich nur einen halben Kilometer von ihm entfernt befindet.

Im Jahre 1969 beschlossen die Stadtoberen, den historischen und architektonischen Komplex zu restaurieren und in ihm ein Bernsteinmuseum einzurichten. Im Jahr 1974 erhielt der Dohnaturm schließlich den Status eines Kulturerbe-Objekts, und fünf Jahre später öffnete das Bernsteinmuseum seine Türen für Besucher.

Im Jahr 2016 wurden Reparatur- und Restaurierungsarbeiten auf dem Museumsgelände durchgeführt. Entlang der Grenze des Walls, der um das Museumsterritorium verläuft, wurde ein Zaun errichtet, die Spitze des Turms wurde repariert und die Abdeckung der Aussichtsplattform wurde ersetzt.

Fünf Jahre sind seither vergangen, und nun müssen am Dohnaturm erneut Erhaltungsmaßnahmen durchgeführt werden. Die Ziegel des Turms und der Bogenfries des Gebäudes werden repariert. Im Rahmen der Arbeiten, die aus dem regionalen Haushalt finanziert werden, wird der Auftragnehmer Zementfugen in der Wand durch Kalkfugen und beschädigtes Mauerwerk durch neues ersetzen, fehlende Elemente wiederherstellen und die Fassaden reinigen. Neben der Fassade werden auch zwei Räume im Untergeschoss des Gebäudes renoviert. Dabei handelt es sich um einen unterirdischen Korridor, der den Augen der Besucher verborgen bleibt. Die Fassade des Turms, die dem Haupteingang des Museums zugewandt ist, wurde bereits mit einem Gerüst verkleidet, das bis mindestens August stehen bleiben wird.

Da die Renovierung genau zum Beginn der Touristensaison stattfindet, müssen sich Besucher, die schöne Bilder von dem Bauwerk machen wollen, daher gedulden, bis das Gerüst entfernt wird.

MELDUNGEN

Strand soll verlegt werden

Cranz – Im westlichen Teil des Strandabschnittes von Cranz laufen über einen Kilometer Länge noch bis in den Sommer hinein Bauarbeiten. An dem Küstenabschnitt werden die Schutzkonstruktionen erneuert. Zwar versprach der Auftragnehmer, dass er die Bauarbeiten in unmittelbarer Strandnähe teilweise bis zum 1. Juni abschließen wolle, die gesamten Arbeiten seien laut Vertrag aber erst zum Jahresende zu erledigen. Die Gemeinde Cranz überlegt daher, den offiziellen Badestrand mit Bademeister, Duschen und Umkleideräumen für den Sommer weiter in Richtung Neuhausen zu verlegen. Gouverneur Anton Alichanow hat die beauftragte Baufirma aufgefordert, sich mit der Fertigstellung der Uferbefestigung und -begrünung zu beeilen. *PAZ*

Flüssiggas in Memel

Memel – Erstmals hat dieser Tage ein ägyptisches Schiff Flüssiggas in das LNG-Terminal geliefert, das sich im nördlichen Teil des Memeler Hafens befindet. Rund 138.000 Kubikmeter Flüssiggas hatte der Frachter an Bord. Ägypten hatte im Januar angekündigt, seine Flüssiggas-Exporte in die Europäische Union deutlich zu erhöhen. Ebenso plant Litauen, die Kapazität des „Klaipeda LNG“-Terminals weiter auszubauen. In diesem Gasjahr, das von Oktober 2020 bis Ende September 2021 läuft, sollen weitere zwölf LNG-Frachter am Terminal von Memel festmachen. *MRK*

IMMOBILIENPREISE

Russische Regierung besorgt über Preisexplosion

Das Königsberger Gebiet erlebt einen Zustrom wie noch nie – Russen investieren ihr Geld in Wohnungen und Feriendomizile

Königsberg und einige andere Städte in der Region sind zu absoluten Rekordbrechern in Bezug auf das Wachstum der Immobilienpreise in der Russischen Föderation geworden. Sie haben sogar Megastädte wie Moskau und St. Petersburg sowie Sotschi überholt. Die Käufer fegen alle auf dem Markt verfügbaren Immobilien weg: Von Wohnungen in Häusern aus der Sowjetzeit, in Neubauten bis zu Wohnungen, die bislang nur als Projekt existieren, wird alles weggekauft.

Der Preisanstieg war so rasant, dass er bei der russischen Regierung Besorgnis auslöste. Wladimir Putin höchstpersönlich wurde auf die explodierenden Preise aufmerksam und wies den Föderalen Anti-Monopoldienst an, die Angelegenheit bis zum 15. Mai zu untersuchen. Stiegen die Immobilienpreise in der Russischen Föderation gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich zwölf Prozent, so betrug die Steigerung in der Königsberger Exklave das Anderthalbfache.

Zur Veranschaulichung folgen ein paar Beispiele: Die Kosten für eine 45-Quadratmeter-Wohnung in einem fast neuen Haus betrugen 2019 umgerechnet etwa 33.000 Euro. Jetzt werden 60.000 Euro für eine vergleichbare Wohnung verlangt. Anfang letzten Jahres war es noch möglich, eine 58-Quadratmeter-Wohnung in einem Plattenbau aus der Sowjetzeit für knapp 27.000 Euro zu kaufen. Derzeit kostet eine ähnliche Immobilie knapp 50.000 Euro.

Während es in älteren Häusern aus sowjetischer Zeit noch Wohnungen zu kaufen gibt, ist in neueren Gebäuden das Angebot viel geringer als die Nachfrage. Die Käufer sind gezwungen, um ein bestimmtes Objekt zu konkurrieren. Dafür sind sie bereit, einen hohen Preis zu zahlen, um überhaupt eine Wohnung zu bekommen, in dem Bewusstsein, dass es morgen noch teurer sein könnte. Immobilienmakler überfluten die Briefkästen der Bewohner mit Flugblättern, in denen sie anbieten, deren Wohnungen sofort gegen Bargeld zu kaufen.

Jetzt hat der Durchschnittspreis pro Quadratmeter 1100 Euro überschritten, während er zu Beginn des Jahres 2020 moch unter 667 Euro lag. In Königsberg, in Neuhausen, Cranz, Rauschen und Palmnicken gibt es jedoch immer mehr Angebote, bei denen ein Quadratmeterpreis von 1600 Euro überschritten wird.

Äußerst begehrt: Neubauwohnungen am Pregel in Königsberg *Foto: J.T.*

Über diese einzigartige Situation äußerte sich auch Gouverneur Anton Alichanow. Seiner Meinung nach erklärt sich der Preisanstieg zum einen dadurch, dass die Immobilienkäufe zu Investitionszwecken zugenommen haben, was durch die niedrigen Hypothekenzinsen begünstigt werde. Er schlug deshalb vor, die Verlängerung des Vorzugszinssatzes für Hypotheken von 6,5 Prozent abzulehnen. Zum anderen werde die Nachfrage nach Immobilien dadurch angeheizt, dass Bankeinlagen zu einem unattraktiven Mittel zum Sparen geworden seien. Seit Anfang dieses Jahres wurde eine zusätzliche Steuer auf Gewinne aus Bankeinlagen eingeführt, und die Russen reagierten darauf, indem sie ihre Einlagen massenhaft von den Banken abzogen, um sie in andere Quellen zu investieren. Immobilienkäufe erwiesen sich als die erste Wahl.

Während die gesamtrussischen Gründe für den Anstieg der Immobilienpreise klar sind: attraktive Hypothekenzinsen und der Wunsch, die Ersparnisse in der Pandemie-Situation zu sichern, zählen im nördlichen Ostpreußen weitere Anreize. Die Menschen kaufen im Königsberger Gebiet aktiv Ferienhäuser oder -wohnungen und vermieten sie. Der Zustrom seit 2020 hat stark zugenommen. Viele kamen in der ersten Zeit der Corona-Krise zunächst als Touristen, sahen sich um, stellten fest, dass ihnen die Gegend gefällt, und beschlossen, eine Wohnung oder ein Haus zu kaufen, um die Zeit am Meer zu verbringen. Ebenso verlockend ist für sie die Nähe zur EU und die Hoffnung, dass sich früher oder später die Grenzen öffnen werden.

Das ist der Grund, warum sich der Anteil der Immobilienkäufer aus der Russischen Föderation in der Königsberger Exklave drastisch erhöht hat. Etwa 66 Prozent derjenigen, die eine Wohnung im Königsberger Gebiet kaufen wollen, leben in anderen Regionen der Russischen Föderation. Die Regionalregierung ist nun zu dem Schluss gekommen, dass sie Schritte unternehmen müsse, um der Preisexplosion für Immobilien in der Region Einhalt zu gebieten: Neue Grundstücke für Bauträger sollen schneller erschlossen werden. Experten glauben jedoch, dass in naher Zukunft höchstens eine allmähliche Verlangsamung des Preisanstiegs möglich sei, jedoch kein Rückgang. *J.T.*

Wir gratulieren …

ZUM 100. GEBURTSTAG

Marks, **Helmut**, aus Treuburg, am 30. Mai
Nützel, **Ilse**, geb. **Matthée**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Ossa, **Lieselotte**, geb. **Romanowski**, aus Reichenwalde, Kreis Lyck, am 28. Mai

ZUM 99. GEBURTSTAG

Roßberg, **Erika**, geb. **Cytrich**, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 1. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Braun, **Else**, geb. **Rehfeld**, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 30. Mai
Hoff, **Inge**, geb. **Baumgärtner**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Wirschun, **Käthe**, geb. **Seller**, aus Mulden, Kreis Lyck, am 30. Mai

ZUM 97. GEBURTSTAG

Borowski, **Edith**, geb. **Pauliks**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Dörr, **Ruth**, geb. **Matzko**, aus Lyck, am 3. Juni
Fromme, **Erika**, geb. **Marquard**, aus Wacholderau, Kreis Ortelsburg, am 31. Mai
Hartmann, **Edeltraud**, geb. **Lietke**, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Milz, **Sieglinde**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Stimmel, **Renate**, geb. **Burghardt**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 96. GEBURTSTAG

Breidenbach, **Erna**, geb. **Skorzenski**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 31. Mai
Fesenbeckh, **Lieselotte**, geb. **Kosziak**, aus Großgarten, Kreis Lötzen, am 30. Mai
Kloss, **Hannelore**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 3. Juni
Rössel, **Edith**, geb. **Donner**, Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 1. Juni
Stabbert, **Erna**, geb. **Jebramzik**, aus Glinken, Kreis Lyck, am 28. Mai
Till, **Eva**, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, am 29. Mai
Wegner, **Helena**, geb. **Stolzenwald**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 29. Mai

ZUM 95. GEBURTSTAG

Dennig, **Lieselotte**, geb. **Synowzik**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. Juni
Dittwald, **Erna**, geb. **Serafin**, aus Klein Schläfken, Kreis Neidenburg, am 2. Juni
Klein, **Ursula**, aus Richau, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Pucknat, **Waldemar**, aus Wartenhöfen, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Ruckemann, **Ruth**, geb. **Lottermoser**, aus Finkenschlucht, Kreis Ebenrode, am 31. Mai
Schulz, **Eva**, geb. **Schröter**, aus Neidenburg, am 1. Juni
Schwarz, **Herta**, geb. **Kabeck**, aus Vierzighoben und Uderwangen, Kreis Preußisch Eylau, am 29. Mai
Sehnwitz, **Dora**, geb. **Priebe**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. Mai

ZUM 94. GEBURTSTAG

Alpers, **Ilse**, geb. **Bandilla**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Bluhm, **Siegfried**, aus Bobern, Kreis Lyck, am 29. Mai
Bruse, **Erika**, geb. **Bredow**, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 29. Mai
Cziesso, **Hilde**, geb. **Daduna**, aus Loien, Kreis Lyck, am 2. Juni
Heuer, **Liesbeth**, geb. **Franz**, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 2. Juni
Kremp, **Helmut**, aus Stehlau, Kreis Ebenrode, am 30. Mai
Kullak, **Else**, aus Deutscheck, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Riedel, **Gerda**, geb. **Beyer**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 29. Mai
Rugullis, **Ewald**, aus Schwentwokarren, Memelland, am 3. Juni
Rustemeyer, **Gerd**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 1. Juni
Schiffke, **Alfred**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 3. Juni
Schmidt, **Irma**, geb. **Hoff**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Westphal, **Walburga**, geb. **Malies**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 82, am 2. Juni
Windelbandt, **Ingeborg**, geb. **von Bock**, aus Diewens, Kreis Fischhausen, am 1. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Glahs, **Hans-Georg**, aus Lötzen, am 31. Mai
Graschtat, **Herbert**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 2. Juni
Hölker, **Irmgard**, geb. **Baginski**, aus Kielen, Kreis Lyck, am 28. Mai
Kohn, **Charlotte**, geb. **Klemusch**, aus Fuchshügel, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Penczek, **Karl-Heinz**, aus Rhein, Kreis Lötzen, am 28. Mai
Sonntag, **Günter**, aus Lyck, Bismarckstraße 56, am 28. Mai
Thurau, **Ursula**, geb. **Kirsch**, aus Freiwalde, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Toffel, **Gerhard**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 30. Mai
Zachrau, **Fritz**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 2. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Behm, **Ingrid**, geb. **Alex**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Bernutz, **Frieda**, geb. **Schlicht**, aus Dösenbruch, Kreis Heiligenbeil, am 28. Mai
Boettcher, **Kurt**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Bulda, **Gerda**, geb. **Pyko**, aus Garbassen, Kreis Treuburg, am 2. Juni
Doebler, **Gertrud**, geb. **Pinnow**, aus Wehlau, am 2. Juni
Freundlieb, **Margarete**, geb. **Joswig**, aus Königswalde, Kreis Lyck, am 2. Juni
Gritzka, **Kurt**, aus Lyck, Litzmannstraße 12, am 3. Juni
Guse, **Elly**, geb. **Petermann**, aus Neplecken, Kreis Fischhausen, am 1. Juni
Laupichler, **Heinz**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 31. Mai
Lemke, **Kurt**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Linde, **Elisabeth**, aus Wehlau, am 31. Mai
Voigt, **Elisabeth**, geb. **Laudien**, aus Weinsdorf, Kreis Mohrungen, am 29. Mai
Winczencz, **Käthe**, geb. **Warias**, aus Grünau, Kreis Elchniederung, am 29. Mai

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

Wirkus, **Siegfried**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 28. Mai
Witt, **Marlene**, geb. **Weckwerth**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 29. Mai
Zschämisch, **Hilde**, geb. **Kaminski**, aus Pierlawken, Kreis Neidenburg, am 29. Mai

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bartz, **Horst**, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 28. Mai
Frank, **Alfred-Kurt**, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 30. Mai
Friedrich, **Heinz**, aus Albrechtsfelde, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Koslowski, **Willi**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 3. Juni
Krause, **Egbert**, aus Ortelsburg, am 31. Mai
Pfahl, **Gerhard**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung am 29. Mai
Robitzki, **Kurt**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, am 2. Juni
Rossol, **Gerda**, geb. **Braasch**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 2. Juni
Utesch, **Hildegard**, geb. **Melzer**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 1. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Buy du, **Frans**, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 31. Mai
Ehrenfried, **Horst**, aus Lyck, Ludendorffstraße 12, am 3. Juni
Gebhardt, **Frieda**, geb. **Kuzcinski**, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 31. Mai
Gerden, **Josef**, aus Gorlau, Kreis Lyck, am 3. Juni
Gritzka, **Günter**, aus Erlental, Kreis Treuburg, am 30. Mai
Grohs, **Eva**, geb. **Kossak**, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, am 28. Mai
Haase, **Peter**, aus Palmnicken, Kreis Fischhausen, am 28. Mai
Hardt, **Erika**, geb. **Chaberny**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Hoffmann, **Alfred**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 2. Juni
Kappner, **Lisbeth**, geb. **Andres**, aus Gundau, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Nowozin, **Käthe**, geb. **Ceranski**, aus Fröhlichswald, Kreis Ortelsburg und aus Großwalde, Kreis Neidenburg, am 28.Mai
Quart, **Waltraut**, geb. **Kasprik**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 3. Juni
Radzuweit, **Ulrich**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Römstedt, **Edeltraud**, geb. **Lange**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Ruppenstein, **Dettmar Erwin**, aus Schneckenwalde, Kreis Elchniederung, am 3. Juni
Schnurpfeil, **Else**, geb. **Stallbaum**, aus Norgau, Kreis Fischhausen, am 31. Mai
Siegmund, **Richard**, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 29. Mai

ZUM 85. GEBURTSTAG

Beermann, **Eva**, geb. **Eisenmenger**, aus Uggehnen, Kreis Samland, am 30. Mai
Dittert, **Gisela**, geb. **Chmielewski**, aus Ortelsburg, am 28. Mai
Görlitz, **Felicitas**, geb. **Taudien**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Jakesch, **Inge**, geb. **Droszella**, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 3. Juni
Kissel, **Elisabeth**, geb. **Jorzik**, aus Soltmahnen, Kreis Lyck, am 30. Mai
Kowalik, **Helga**, geb. **Schilling**, aus Rautenburg, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Manthey, **Helmuth**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. Mai
Neumann, **Horst**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 28. Mai
Rausch, **Evelyn**, geb. **Weber**, aus Pannwitz, Kreis Heiligenbeil, am 31. Mai
Reininghaus, **Hiltrud**, geb. **Meißner**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. Mai
Römer-Götzelmann, **Betty**, geb. **Bunkus**, aus Rautenberg, Kreis Tilsit-Ragnit, am 2. Juni
Schiebel, **Lisbeth**, geb. **Brosowski**, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 30. Mai
Schrader, **Reinhold**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, am 31. Mai
Schumacher, **Ingrid**, geb. **Somplatzki**, aus Rauschken, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni
Staschinski, **Horst**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 3. Juni
Tilsner, **Günter**, aus Drenken, Kreis Mohrungen, am 30. Mai
Wauryk, **Christel**, geb. **Perbandt**, aus Quilitten, Kreis Heiligenbeil, am 3. Juni
Wiethölter, **Christa**, geb. **Aßmann**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 28. Mai
Wölck, **Gerhard**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 30. Mai

ZUM 80. GEBURTSTAG

Broyer, **Jörg**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Fehlau, **Kurt**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 30. Mai
Heidemann, **Manfred**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 1. Juni
Keuchel, **Marianne**, aus Mohrungen, am 28. Mai
Klimaschewski, **Vilmar**, aus Seerappen, Kreis Lyck, am 31. Mai
Knizia, **Hans**, aus Omulefofen, Kreis Neidenburg, am 29. Mai
Kowalek, **Lothar**, aus Neidenburg, am 1. Juni
Marzian, **Gerhard**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 31. Mai
Rolshoven, **Dr. Hannsjörg**, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 3. Juni
Skindziel, **Marianne**, geb. **Wiesner**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 28. Mai

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hoffheinz, **Gernot**, aus Treuburg, am 1. Juni

Kontakt

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 23/2021

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 23/2021 (Erstverkaufstag 11. Juni) **bis spätestens Dienstag, den 1. Juni**, an die Redaktion der PAZ:
E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen 2021

Abgesagt: Das Ostpreußische Sommerfest im südlichen Ostpreußen, 19. Juni, muss leider aufgrund der aktuellen Coronalage abgesagt werden.

25. bis 27. Juni: Ostpreußische Sommerolympiade in Heilsberg
24. bis 26. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
11. bis 17. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
16./17. Oktober: 13. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
5. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis)
6./7. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)
7./10. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt
Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Verschoben

Das **Jahrestreffen der Ostpreußen** am 5. Juni in Wolfsburg ist abgesagt, da die Wolfsburger Stadthalle als Impfzentrum genutzt wird. Der neue Termin ist der **11. Juni 2022**.

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es gleichviel, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.
Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.
Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.
Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:
Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Mai-Rundbrief

Bad Oldesloe und Tremsbüttel. Mit dem Mai-Rundbrief begrüßen wir Johann Gottfried Herder aus Mohrungen, der später in Weimar wirkte wie Goethe, Schiller, Wielandt und Nietzsche.

Herr Kranig machte den Vorschlag mit einem Beitrag aus dem Ermland-Brief. Ich kenne Johann Gottfried Herder noch gut aus meiner Schulzeit. So waren mein Partner und ich gleich Anfang der 90er Jahre in Weimar und auch in einem Gottesdienst in der Stadtkirche/Herderkirche in Weimar, in der Herder begraben ist.

Johann Gottfried Herder wurde am 25. August 1744 in Mohrungen geboren. Im Beitrag des Ermland-Briefes wird berichtet, dass er 1762 ein Theologie-Studium begann und auch Vorlesungen bei Immanuel Kant in Mathematik und Geografie hörte.

Ab Herbst 1762 war er Hilfslehrer an der Domschule in Riga und fünf Jahre Hauptprediger an zwei Vorstadtkirchen. Er beschäftigte sich mit Sprache und Liedern der örtlichen Bevölkerung und verfasste Schriften und Grundgedanken der neuen deutschen Literatur.

Nach Riga folgte ein Aufenthalt in Frankreich, dann war er kurzzeitig als Erzieher des Erbprinzen Peter von Holstein-Gottorf tätig; eine geistige Partnerschaft bestand zum Grafen Schaumburg-Lippe. Ab 1775 war Herder Oberpfarrer und Superintendent in Sachsen-Weimar. Trotz der umfangreichen Aufgaben entstand 1778/79 ein Liederbuch aller Völker und Zeiten, das unter dem Titel „Stimmen der Völker in Liedern“ erst 1807 nach seinem Tode veröffentlicht wurde. Die von 1784 bis 1791 veröffentlichte Anthropologie „Ideen zur Philosophie der Geschichte der Menschheit“ kann als Herders Hauptwerk bezeichnet werden.

Es folgten weitere Tätigkeiten im kirchlichen Bereich. Er verbesserte die weimarsche Gottesdienstordnung und erreichte die Anerkennung des Karfreitags als vollen Feiertag. 1802 wurde Herder vom bayerischen Kurfürsten Maximilian geadelt. Seine letzten Lebensjahre waren von schwerer Krankheit gezeichnet. Er starb am 18. Dezember 1803 in Weimar. Seine Heimat Ostpreußen hat er nie wieder besucht. Mit seiner Mutter hatte er bis zu deren Lebensende einen engen Kontakt. *Gisela Brauer*

BJO im Norden

Schwarzenbek. Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Schwarzenbek freut sich, dass es in ihrer Landsmannschaft eine Gruppe von drei Generationen gibt. Das dürfte wohl einmalig in Deutschland sein. Ihr gehören Peter Gerigk als Vertreter der Erlebnisgeneration, seine Frau Gudrun, den Kindern Andreas und Ulrike aus der Generation der Nachgeborenen und den Enkeln Daniel Gerigk, seiner Frau Yan, Patrick Gerigk und Josslin Jegard an.

Peter Gerigk ist sehr stolz darauf, dass es ihm gelungen ist, den Bund Junger Ostpreußen in den Landesverbänden Hamburg und Schleswig-Holstein ins Leben zu rufen.

Dreizehn Mitglieder gehören dem Landesverband Schleswig-Holstein bereits an. Ziel ist es, die Zahl kurzfristig auf 100 Mitglieder zu erhöhen und den Bund Junger Ostpreußen in den anderen Landesverbänden in Deutschland einzuführen.

Die Statuten sind sehr großzügig gefasst, sodass es für keinen jungen Menschen ein Hindernis zum Eintritt geben dürfte. Schüler, Auszubildende, Studierende und andere junge Leute ohne Einkommen zahlen keinen Beitrag. Junge Ostpreußen, die ein Einkommen haben, entscheiden, ob sie freiwillig den Beitrag des zuständigen Ortsverbandes, etwa 20 Euro im Jahr, zahlen. Die jungen Leute müssen sich nur zu den Werten Ostpreußens, seiner Kultur, seiner Tradition und seiner Geschichte bekennen. Beitrittsformulare können bei Peter Gerigk, Telefon (04141) 4342, abgefordert werden.

Ostpreußen wird und darf nicht sterben und untergehen, wenn wir alle kräftig anpacken. Wir schaffen das. Der Ortsvorsitzende Peter Gerigk wird bis zum letzten Tag seines Lebens daran arbeiten. Die Erlebnisgeneration wird nach und nach aussterben, die Nachfolgegeneration kommt in die Jahre. Wer dann als unsere Enkel können Ostpreußen und seine Werte am Leben erhalten. *P. G.*

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreisblatt erschienen

Passgenau zum neuen Monat Juni erscheint die neueste Ausgabe Nr. 111 des Kreisblatts Preußisch Eylau. In der vorliegenden Ausgabe findet sich wieder Interessantes für jedermann, aus der Vergangenheit, aber auch aus dem Gegenwärtigen, um den Spagat zwischen der Erlebnisgeneration und den jungen Lesern zu bewerkstelligen. Ein Anliegen ist es, auch in den Köpfen der nachfolgenden Generationen der Enkel und Urenkel ein Bild von dem Ostpreußen zu zeichnen, das sich in den Herzen der Vorfahren bewahrt hat und in Erzählungen, Geschichten und Sagen wiederaufersteht. Inhaltlich wird sowohl von den Veranstaltungen der Kreisgemeinschaft berichtet als auch über die sehenswerten Neuzugänge in unserem Kreisarchiv. Wieder haben aber auch diesmal zwei authentische Fluchtberichte Eingang in das Kreisblatt gefunden – wieder aus erster Hand von der Familie Wenck und der Familie Hoffmann – erschütternd, gleichzeitig wie ein Brennglas auf die Historie – ohne statistische Zahlen, sondern gelebte Geschichte.

Da diese Ausgabe dem nördlichen Teil des Kreisgebietes gewidmet ist, finden sich auch Berichte über aktuelle Geschehnisse aus Pr. Eylau und der Kirche zu Tharau. Mit welcher Reklame man 1942 im Natanger Heimatkalender Kunden beworben hat, kann man auf der Seite 45 sehen: Heilkräutertees und Verbandsstoffe aus der Adler-Apotheke in Pr. Eylau, die Gaststätte von Franz Schikorr in Landsberg und dem Maschinenbaumeister Ernst Eggert, der sämtliche Reparaturen führt. Interessant sind auch die Hinweise zu den Gemeindenamensänderungen 1938 in Ostpreußen, ein Artikel, den Herr Birth uns zur Verfügung gestellt hat und Informationen über eine Busreise nach Warschau und Ostpreußen für das Jahr 2022 organisiert.

Ein weiterer Artikel beleuchtet das Gut Waldkeim aus dem Kreisgebiet – abgerundet mit diversen Reproduktionen von Fotografien. Es erinnert auch an den kürzlich verstorbenen Horst Hüttermann, dessen Vater der Besitzer des Gutes Waldkeim war. Ein lesenswerter Artikel mit vielen historischen Dokumenten aus den Archiven hat uns Frau Gegner-Sünkler präsentiert, in dem das kleine Dorf Müggen wieder aufersteht.

Das Heft wird abgerundet mit einem Ostpreußen-Quiz, mehreren Buchempfehlungen, Suchanzeigen, diversen Gedichten. Wer diese Ausgabe des Kreisblatts nicht erhalten hat, kann es unter der oben angegebenen Adresse anfordern. *Frank Steinau*

Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748.

Einladung zur Stadtvertretungsversammlung

Chemnitz: 25.-27. Juni. Nun ist es endlich so weit, dass wir uns nach so langer Zeit seit unserem letzten Treffen in Magdeburg wieder physisch, also in Präsenz versammeln wollen. Ihr habt sicherlich Verständnis, dass wir den Versammlungsort so wählen, dass die Hauptverantwortlichen kurze Wege haben.

Der Abend des ersten Tages dient dem Kennenlernen, denn längst nicht alle Stadtvertretungs- und Vorstandsmitglieder kennen sich persönlich. Der Sonnabend wird ausgefüllt sein mit dem Tagungsprogramm, das gegenwärtig noch in Arbeit ist. Wir laden ausdrücklich die in Begleitung anreisenden Mitglieder ein, ihre Begleitung zur Versammlung mitzubringen. Manche werden allein die interessante Innenstadt der sächsischen Metropole anschauen wollen; andere sind an unserer Vereinsarbeit interessiert oder gar notwendige Stütze der Mitglieder. Alle Varianten sind willkommen. Eine Verpflichtung müssen wir aber aussprechen: Wegen der Hygienekonzepte des Hotels und unserer Pflicht zu deren Einhaltung, bitten wir um Anmeldung beim 1. Vorsitzenden der SGT, Erwin Feige, um baldige Auskunft, wer mit Begleitung an unserer Versammlung am Sonnabend teilnehmen wird. Nach dem gemeinsamen Abendessen können wir uns auf einen Vortrag über ein barockes Kleinod in der Nähe unserer Heimatstadt Tilsit freuen. Am Sonntag nach dem Frühstück wird unser Programm zu Ende gehen.

Verjüngung der SGT

Entsprechend Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (SGT) und dem §9, Abs. 1 der gültigen Satzung hat der Vorstand das Recht und die Pflicht, Kandidaten für die Stadtvertretung der SGT in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vorzustellen. Ds war mit dem Kandidaten für die Stadtvertretungsversammlung, Florian Feige, am 9. April in der *PAZ* 14 (2021) geschehen.

Vorstand und Stadtvertretungsversammlung freuen sich, dass gegen den Kandidaten keine Einsprüche oder Gegenkandidaten mit mindestens zehn Stimmen bis zum Ablauf der Einspruchsfrist 25. April vorlagen. Mit einer Gegenstimme, also einem nicht-qualifizierten Einspruch, ist nunmehr Florian Feige ordentliches Mitglied der Stadtvertretungsversammlung der SGT. *G. H. Hertel*

Neue Kandidatin

Entsprechend Wahlordnung der Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. (SGT) und entsprechend §9, Abs. 1 der gültigen Satzung hat der Vorstand das Recht und die Pflicht, Kandidaten für die Stadtvertretung der SGT in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* vorzustellen. In Ausführung dieser Wahlordnung und unter Beachtung der Rechtshinweise des BdV für die Verbandsarbeit unter den Bedingungen des Versammlungsverbotes (siehe PAZ 36 (2020), Seite 16) wird nachfolgend eine Kandidatin für die Aufnahme in die Stadtvertretung der SGT vorgestellt. Einsprüche gegen diese Kandidatin oder Gegenvorschläge seitens der Vereinsmitglieder sind dem Vorstand mittels Unterschrift von mindestens zehn Mitgliedern zu benennen. Für Gegenvorschläge muss die Einverständniserklärung des/der Kandidaten/in beigelegt sein.

Da abzusehen ist, dass die ordentliche Versammlung der Stadtvertretung am 25.-29. Juni in Chemnitz stattfinden wird, erwartet der Vorstand eventuelle Einsprüche oder Gegenvorschläge bis zum 22. Juni. Selbstverständlich begrüßen die gewählten Stadtvertreter und der Vorstand jede Interessensbekundung für die aktive Mitarbeit in der SGT auch nach diesem Datum ausdrücklich.

Folgende Kandidatin schlägt der Vorstand für die Wahl in die Stadtvertretung der SGT vor: **Vera Olga Thiel,** Dipl.-Päd.; Jahrgang 1954, in Stade (Niedersachsen) geboren. Nach dem Abitur 1973 Immatrikulation an der Universität Osnabrück, Studium der Geografie und Mathematik für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen. 1978/81 Aufbaustudium Pädagogik mit Schwerpunkt Schule und Zusatzfach Geschichte; 1981-2018 Lehrerin in Stade.

Ihre Eltern stammen aus der Elchniederung. Die Familie ihrer Mutter gehörte zum Kirchspiel Rauterskirch/Alt Lappienen, die Familie ihres Vaters zum Kirchspiel Kaukehmen/Kuckerneese; ihre Eltern lebten zeitweise in Tilsit und Labiau, daher erhielt sie viele Informationen über Land und Leute, die ihr Interesse an Ostpreußen immer mehr verstärkten. „Mein Großvater besuchte die Herzog-Albrecht-Schule, mein Großonkel das Realgymnasium in Tilsit; Verwandte von mir leben in Heidekrug und Wilna.

Als ab 1989 die Möglichkeit bestand, auch in das Königsberger Gebiet und nach Litauen zu reisen, habe ich seit 1991 die Gelegenheit wahrgenommen, die Orte, die ich bisher nur aus Erzählungen kannte, persönlich aufzusuchen. Bis heute kommen rund 21 Reisen zusammen. Da mich das Thema: Ostpreußen begeistert, bin ich seit meiner Pensionierung 2018 ehrenamtlich im Besucherservice des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg und seit Beginn dieses Jahres im Goldaper Patenschaftsmuseum in Stade tätig.

Mein Wunsch ist es, zusammen mit den jetzigen Bewohnern der Stadt das gemeinsame Kulturerbe Tilsits zu erhalten und zukunftsfähig zu gestalten. Einer Vision nachzugehen, die ‚Tilsit in Sovjetsk – die Stadt ohne Gleichen‘ trag- und konsensfähig macht, fühle ich mich verpflichtet. Die Stadtgemeinschaft Tilsit e.V. möge mich als weiteres ‚Marjellchen‘ aufnehmen.“ *Günter H. Hertel*

ANZEIGE

Zum 100. Jahresgedenken

Wie Millionen Deutsche hast Du
mit den Narben von Flucht und Vertreibung
Dein Leben tapfer und aufopferungsvoll gelebt.

Gertrud Laugisch

geb. Treichel

∗ 29. 05. 1921 Kolberg / Pommern
† 17. 09. 1998 Nordhorn / Grafschaft Bentheim

In Liebe und Dankbarkeit
Deine Tochter und Dein Schwiegersohn
Ingeborg und Heinz-Walter

ANZEIGEN

Singend ward ich geboren,
aufwuchs ich singend,
habe singend mein Leben erlebt,
singend den Tod geschaut
im Paradiesgärtelein

lettische Daina

Ilse Conrad-Kowalski

* 21. August 1928 Osterode / Ostpreußen
† 24. April 2021 Großhansdorf

In tiefer Dankbarkeit
Wolfgang Conrad

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

Schmerkottenstraße 6, 44287 Dortmund

Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen,
über weite Felder lichte Wunder geh'n.

Meine Schwester

Brunhilde Behr

geb. Noah

∗ 26.10.1926 Lindental, Elchniederung
† 08.05.2021 Waiblingen

Die Geschwister
Inge Sempf, geb. Warthun
Edgar Warthun
Reinhard Warthun

Unser Bruder und Cousin

Siegmar Matschulat

∗ 10. Juli 1940 Waldheide, Kreis Tilsit-Ragnit
† 19. April 2021 Troisdorf

hat uns für immer verlassen. Er wird uns fehlen.

Helmut Matschulat
Dieter Faust
und Familien

Die Urnenbeisetzung fand im engsten Familienkreis am 7.5.2021 in Troisdorf statt.

OSTPREUSSISCHE MUSEUMSSTÜCKE

Eine Wand für den Bernstein

Millionen Jahre alte Inklusionen: Die kleinsten Ausstellungsstücke des Landesmuseums

VON CHRISTOPH HINKELMANN

In der Dauerausstellung: Die Bernsteinwand im Ostpreußischen Landesmuseum *Foto: OL*

Die kleinsten Ausstellungsstücke des Ostpreußischen Landesmuseums werden im größten, frei im Raum stehenden Stück der gesamten Ausstellung gezeigt, der „Bernsteinwand“. Auf kleine Dinge muss man nun mal besonders aufmerksam machen.

Bernstein, das fossile Harz prähistorischer Nadelbäume, tritt in den meisten Fällen in kleinen Stücken auf. Im Bernstein finden sich oft „Inklusen“ genannte Einschlüsse, für die Ewigkeit konservierte kleine Tiere oder Pflanzenteile. Mindestens eine Million Jahre müssen vergangen sein, bevor die chemischen Prozesse im Harz beendet sind und man überhaupt von Bernstein spricht. Und unsere Ausstellungsstücke sind alle in einem frühen Abschnitt der Erdneuzeit, im Eozän vor etwa 35 bis 55 Millionen Jahren, entstanden.

In allen Einzelheiten zu entdecken

In einem Zeitraum nach dem Ende der Dinosaurier und lange, bevor der erste Mensch erschien, existierten in weiten Teilen des nördlichen Europa subtropische Nadelwälder. Bei Verletzungen ihrer Rinde trat aus den Bäumen Harz aus, eine gelbe, wohlriechende und vor allem klebrige Flüssigkeit. Insekten „flogen“ geradezu darauf und waren im Nu gefangen. Folgte dann ein weiterer kleiner Schwall, wurden sie umschlossen und blieben für immer in der zähen und gut konservierenden Masse gefangen. In einer kleinen Vitrine innerhalb der Wand zeigen wir an heutigen Rindenstücken, wie dieser erste Schritt der Bernsteinentstehung zu verstehen ist.

Zahlreiche kleine Bernsteinstücke sind in Miniaturvitrinen, über eine ganze Wand verteilt, zu entdecken. Sie sind besonders beleuchtet und können mit einer Lupe sehr viel besser ihre faszinierenden Einschlüsse zeigen. Kleine Lebewesen, vor allem Insekten, sind hier mit allen Einzelheiten ihrer Oberflächenstrukturen zu entdecken. Besonders häufig haben sich Fliegen, Pflanzenmücken und Käfer verfangen. Meist muss man erst die raue Bernsteinoberfläche ein wenig glätten, schleifen, um einen Einblick in das Stück zu erhalten.

Hat man Glück, dann enthält das Stück nur wenige Luftbläschen und erscheint klar. Dann kann man schnell erkennen, ob eine „Inkluse“ enthalten ist. Bernsteinsammler schleifen ihre Funde gern so zu, dass sie mit einem Mikroskop optimal an den Einschluss herankommen. Übrigens sind alle Miniaturvitrinen für die Inklusen-Stücke in eine Fläche eingebracht, die einen vielfach vergrößerten Einblick in einen anderen Bernstein zeigt: neben hunderten mikroskopisch kleiner Luftbläschen ist eine 95 Zentimeter große Spinne zu sehen, die im Original nur etwa 0,7 Millimeter groß ist.

Bernstein, das „Gold der Ostsee“, wird besonders häufig in Ostpreußen und an der übrigen Ostseeküste gefunden. Ein Schwerpunkt seines Vorkommens liegt bei Palmnicken [Jantarny] an der Samlandküste nördlich von Königsberg. Dort werden im Tagebau jährlich etwa 300 Tonnen Bernstein gefördert, und in Spitzenjahren vor 1990 waren es sogar um die 800 Tonnen pro Jahr. Doch kommt das fossile Harz auch an der Nordseeküste und sogar im Binnenland vor. Man findet es beispielsweise in Kiesgruben oder bei Ausbaggerungsarbeiten.

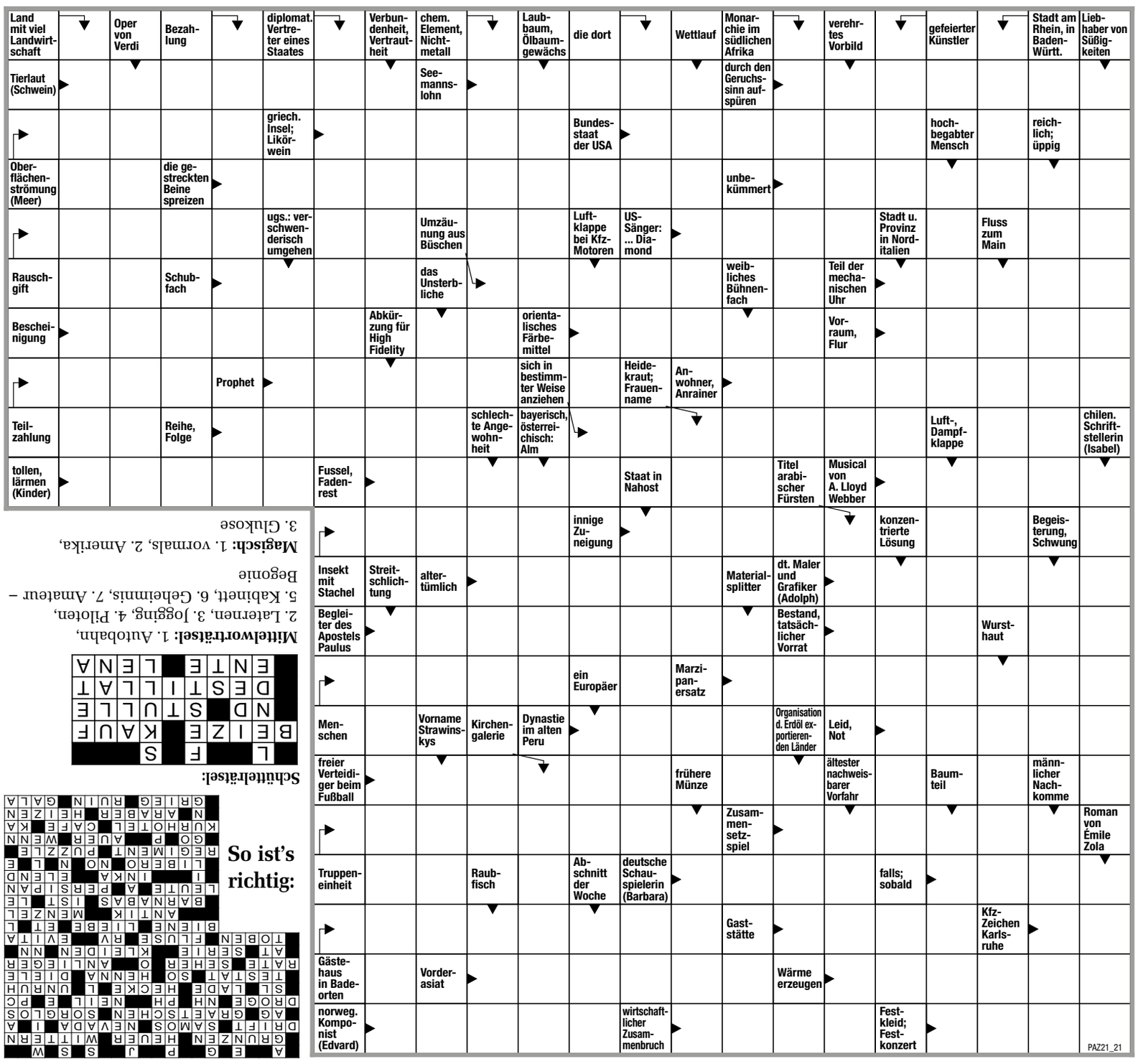
Fasziniert seit Jahrtausenden

Die meisten dieser weit verstreuten Vorkommen gehen auf die Gletscher der Eiszeit zurück. Ihre Schmelzwässer verteilten den Bernstein dann weit über Land.

Schon seit Tausenden Jahren fasziniert Bernstein die Menschen. In Ostpreußen war er ein wichtiges Handelsgut; dort wurde er auch meisterhaft verarbeitet, etwa zu dem berühmten „Bernsteinzimmer“. Im Ostpreußischen Landesmuseums sind viele herausragende Stücke zu sehen, und Kinder können, sofern die Pandemie dies wieder zulässt, selber auf Entdeckungsreise gehen – beim „normalen“ Besuch oder mit spannender Bastelei bei einem Kindergeburtstag.

● **Dr. Christoph Hinkelmann** ist Kurator und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ostpreußischen Landesmuseum für die naturkundlichen Bereiche
www.ol-lg.de

Rätsel



Magisch: 1. vormals, 2. Amerika, 3. Glukose

Begonie

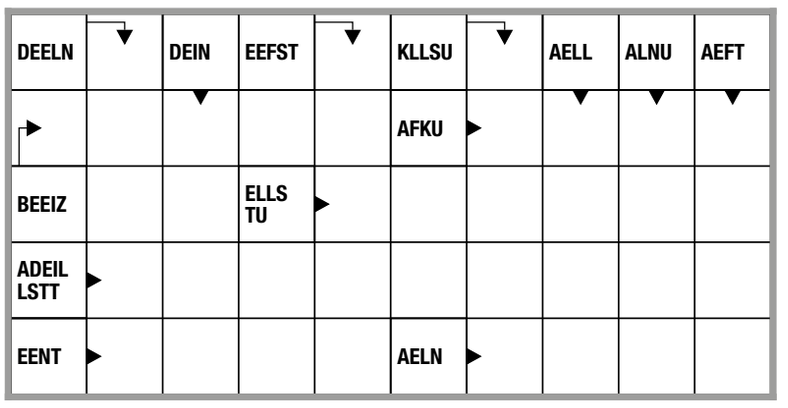
Mittelworträtsel: 1. Autobahn, 2. Laternen, 3. Jogging, 4. Piloten, 5. Kabinett, 6. Geheimnis, 7. Amateur –

Schüttelrätsel:

So ist's richtig:

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).



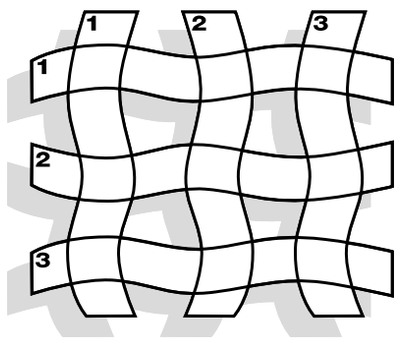
Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösung eine bekannte Zierpflanze.

1	DATEN		KREUZ
2	GAS		UMZUG
3	GEHIRN		HOSE
4	TEST		SCHEIN
5	GRUSEL		WEIN
6	POST		VOLL
7	FOTO		FUNK

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.



1 einst, früher
2 Doppelkontinent
3 Traubenzucker

OBERSCHLESISCHES LANDESMUSEUM

Zu Hause dabei

Ein neues Online-Programm

Seit Mai bietet es erstmalig und kostenfrei Online-Führungen an, in denen unterschiedliche Themen der Dauerausstellung und aktuellen Sonderausstellung vorgestellt werden. Die Museumsdirektorin Andrea Perlt freut sich über das neue Online-Format: „Wenn unsere Besucher aktuell nicht zu uns kommen können, bringen wir unsere Ausstellungen zu ihnen. Ich freue mich sehr, dass wir nun unser Vermittlungsangebot um Online-Führungen erweitern. Damit gehen wir den nächsten Schritt, unsere Themenvielfalt online für ein breites Publikum zugänglich zu machen."

Die Online-Führung ermöglicht es den Teilnehmern bequem von ihrem jeweiligen Aufenthaltsort aus, einem Rundgang durch die Ausstellung zu folgen. Während der Veranstaltung ist es möglich, sich aktiv einzubringen und Fragen zu stellen. Bei der ersten Online-Führung am 21. Mai durch die aktuelle Sonderausstellung „Polen oder Deutschland? Oberschlesien am Scheideweg" hat sich der Kulturreferent für Oberschlesien David Skrabania mit dem historischen Ereignis der Volksabstimmung vor 100 Jahren befasst. Nach dem ersten Weltkrieg brach die altbekannte Ordnung Europas zusammen. Auf den Trümmern des Krieges entstanden neue, auf nationalen Ideen basierende Staaten. Die Bewohner des multikulturellen und mehrsprachigen Oberschlesiens standen vor einem Dilemma: Polen oder Deutschland? Vor diese Entscheidung gestellt, stimmten am 20. März 1921 knapp 60 Prozent der Wähler für den Verbleib Oberschlesiens bei Deutschland und 40 Prozent votierten für eine Abtretung an Polen. Auf der Grundlage der Abstimmung beschloss die Pariser Botschafterkonferenz, Oberschlesien zu teilen. Die Teilung Oberschlesiens hatte weitreichende Folgen und durchschnitt eine jahrhundertelang gewachsene Region. Die nächste Online-Führung findet am Freitag, 4. Juni um 15 Uhr statt. Frank Mäuer wird über das Thema „Wendepunkte der oberschlesischen Geschichte" berichten. Ein weiterer Termin ist am Freitag, 18.Juni, um 15 Uhr. Katharina Gucia-Klassen wird einen Blick auf das „Oberschlesische Kulturgut" werfen. Interessierte können sich anmelden unter E-Mail: kasse@oslm.de. Die angemeldeten Teilnehmer erhalten eine E-Mail mit einem Link zu einer Zoom-Videokonferenz. Erforderlich ist lediglich eine gültige E-Mail-Adresse und eine stabile Internetverbindung während der Führung. *OSLM*

Führt durch die Sonderausstellung: David Skrabania *Foto: OSLM*

BERND FABRITIUS

Stärkung der Identität

Deutsche Minderheiten als Adressaten und Akteure

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheitern, Bernd Fabritius, MdB, hat auf Einladung bei der Sitzung des Unterausschusses für Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag unter Vorsitz von Thomas Erndl, MdB, über die Einbeziehung deutscher Minderheiten im Ausland in die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) gesprochen.

In seinem Eingangsstatement betonte Beauftragter Fabritius die Bedeutung der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als Wegbereiter, Brückenbauer und Nachbereiter des vielfältigen diplomatischen Engagements Deutschlands im Ausland: „Auch und gerade in meiner Funktion als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten fühle ich mich den Zielen und Aufgaben der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik besonders verbunden. Denn in dieser Eigenschaft bin ich für die etwa eine Million deutschen Landsleute verantwortlich, die in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion sowie Mittel- und Osteuropas verblieben sind."

Besonders wichtig ist für Fabritius die Unterstützung der Bundesregierung für die Deutschen Minderheiten im Rahmen der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik als wesentlicher Beitrag zur Stärkung der ethnokulturellen Identität dieser Personengruppe: „Die Angehörigen der deutschen Minderheiten sind sowohl Adressaten als auch Akteure der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik. Unsere heimatverbliebenen Landsleute sind in Zeiten wachsender Nationalismen entscheidende Brückenbauer zwischen Deutschland und ihren Herkunftsländern und damit auch Botschafter eines modernen und zeitgemäßen Deutschlandbildes, in welchem nationale Minderheiten zum integralen Bestandteil der Gesellschaft gehören."

Fabritius begrüßte auch die Überlegungen, die rund 13 Millionen Menschen deutschsprachiger Herkunft stärker in die Arbeit der AKBP einzubinden. *BMI*

MUSEUM FRIEDLAND

Zeitzeugen gesucht

Ein Team dokumentiert Lebensgeschichten aus dem Grenzdurchgangslager

2024 eröffnet das Museum Friedland einen Erweiterungsbau, dessen Dauerausstellung chronologisch an die bestehende im historischen Bahnhofsgebäude von Friedland anknüpft. Vor diesem Hintergrund gab das Museum Friedland jetzt den Startschuss für die umfangreiche Erweiterung der Sammlung an lebensgeschichtlichen Interviews unter dem Motto „Teilen Sie Ihre Erinnerung!" Angesprochen und gesucht sind Zeitzeugen, die seit 2011 über das Lager Friedland nach Deutschland gekommen sind. Für die Interviews steht ein extra geschultes Team zur Verfügung. Die Gespräche werden möglichst in den Erstsprachen der Erzähler geführt. Mit Hilfe der Zeitzeugen „erschließen sich viele neue individuelle Perspektiven auf Migrationsgeschichte", begründet Sammlungsleiterin Ewa Kruppa die Interviewoffensive. Für Interessenten, die das Museumsteam unterstützen wollen, hat das Museum eine E-Mail-Adresse: lebensgeschichten@museum-friedland.de eingerichtet. Mehr Information erhalten Sie im Internet unter: museum-friedland.de/lebensgeschichten.

Das Sammeln und Bewahren von immateriellem Kulturgut bilden einen Schwerpunkt der Sammlungstätigkeit des Museums Friedland. Das Archiv umfasst aktuell rund 170 Audio- beziehungsweise Videoaufnahmen erzählter Lebensgeschichten seit 1945 bis in die Gegenwart. Insbesondere das narrative Interview ist ein Format, das zum Erzählen einlädt. Im Vordergrund stehen Alltagserfahrungen und individuelle Perspektiven von Menschen.

Über das Museum Friedland

Das als außerschulischer Lernstandort anerkannte Museum Friedland wurde 2016 eröffnet. Es erforscht, sichert, präsentiert und vermittelt die Geschichte und Gegenwart des Grenzdurchgangslagers Friedland. Wechselausstellungen lenken in historischer und gegenwartsorientierter Perspektive zudem den Blick auf die vielschichtigen Prozesse von Abschied, Ankunft und Neubeginn im Allgemeinen sowie von Migrationspolitik, gesellschaftlicher Teilhabe, Grenzen, Identitäten und Zugehörigkeiten, Kriegsfolgen, Menschenrechten und Asyl im Speziellen.

Das Museum Friedland ist mittwochs bis sonntags zwischen 10 und 18 Uhr geöffnet. Gemäß der aktuellen niedersächsischen Corona-Verordnung ist für den Besuch ein aktueller, maximal 24 Stunden alter negativer Coronatest nötig. Für Fragen rund um den Besuch im Museum Friedland ist der Besucherservice unter Telefon (05504) 8056-200 oder per E-Mail unter besuch@museum-friedland.de zu erreichen.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine
Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name:
Vorname:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Telefon:

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.
Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN:
Bank:
Datum, Unterschrift:

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-02-C

Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

BETHEL HENRY STROUSBERG

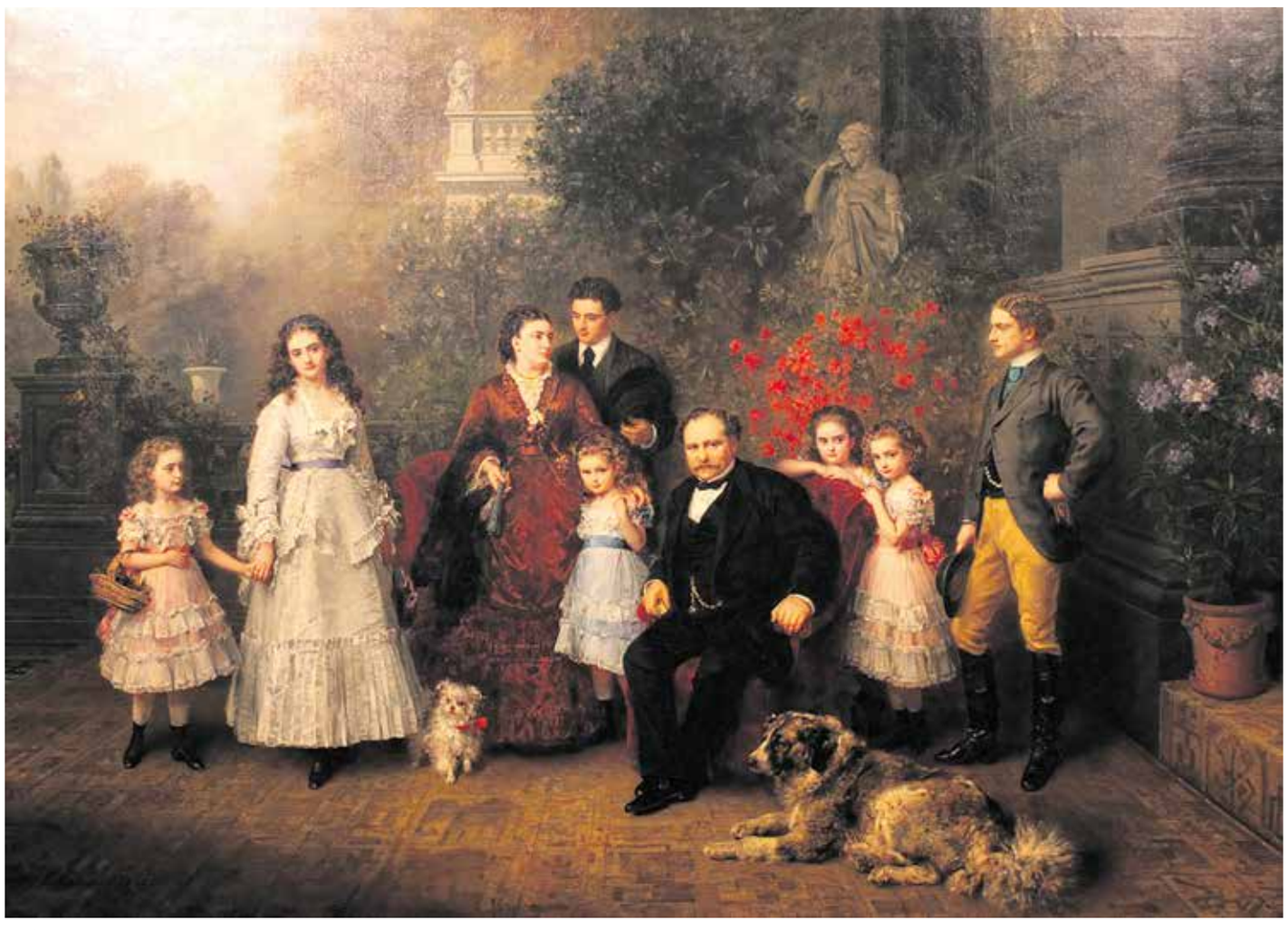
Aufstieg und Fall

Wie der „Eisenbahnkönig“ sich mit Hilfe von Aktien bereicherte und sich 1868 völlig verspekulierte

VON WOLFGANG KAUFMANN

Bethel Henry Strousberg, der am 20. November 1823 in Neidenburg (Masuren) als Baruch Hirsch Strausberg auf die Welt kam, zählte zu jenen Unternehmerpersönlichkeiten des Deutschen Kaiserreiches, welche in der Gründerzeit einen kometenhaften Aufstieg absolvierten und dann nach dem Gründerkrach von 1873 auf ebenso fulminante Weise scheiterten.

Der Sohn eines vermögenden jüdischen Landhändlers ging 1839 nach London, um das dortige Banken- und Versicherungswesen zu studieren. 1847 musste er allerdings wegen der Veruntreuung von Bausparkassengeldern für drei Monate ins Gefängnis. Weil dies nachfolgend zum Karrierehindernis wurde, entschied sich Strousberg 1855 zur Rückkehr nach Preußen, wo er zunächst als Generalvertreter der britischen Versicherungsgesellschaft Waterloo fungierte. Aufgrund seiner guten Kontakte zu Kapitalanlegern in England sowie auch zum preußischen Staatsminister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Graf Heinrich Friedrich von Itzenplitz, konnte Strousberg 1862 die Konzession zum Bau der Eisenbahnstrecke zwischen Insterburg und Tilsit ergattern.



Auf dem Höhepunkt seiner Macht: Bethel Henry Strousberg im Kreise seiner Familie *Foto: Ludwig Knaus*

Ein innovatives Geschäftsmodell

Anschließend entwickelte er ein ebenso innovatives wie spekulatives Geschäftsmodell zur Finanzierung dieses Vorhabens, das sogenannte „System Strousberg“: Ein Generalbeauftragter, dessen Rolle er selbst einnahm, trug sämtliche Kosten im Zusammenhang mit dem Bau des Schienenstranges und erhielt dafür je nach Fortgang des Projektes Aktien der entsprechenden Bahngesellschaft. Der Trick an der Sache war, dass das Aktienkapital des Unternehmens deutlich höher als die tatsächlichen Baukosten angesetzt wurden, womit der Generalbeauftragte de facto eine Vergütung erhielt, die seine Aufwendungen erheblich überstieg.

Nach diesem Schema errichtete Strousberg allein in Preußen diverse Bahnstrecken von insgesamt etwa 1700 Kilometern Länge, auf denen bald schon 50 Millionen Passagiere und 45 Millionen Tonnen Fracht transportiert wurden. Dazu zählte beispielsweise die Ostpreußische Südbahn, welche vom Seehafen Pillau über Königsberg bis nach Prostken an der deutsch-russischen Grenze führte.

Der „Eisenbahnkönig“ Strousberg erlangte dadurch schier märchenhaften Reichtum und erwarb nach und nach über 50 Rittergüter mit 75.000 Hektar Land und diverse Schlösser. Außerdem schuf er einen Großkonzern, welcher Erz- und Kohlegruben, Stahl- und Walzwerke sowie Maschinen- und Lokomotivfabriken umfasste und dessen rund 100.000 Beschäftigte in den Genuss umfangreicher sozialpolitischer Maßnahmen kamen. Das veranlasste den Gesellschafts- und Wirtschaftstheoretiker Friedrich Engels zu dem ebenso spöttischen wie respektvollen Ausruf: „Der Kerl wird nächstens deutscher Kaiser.“

So weit kam es dann zwar nicht, aber immerhin reüssierte der Unternehmer auch in der Politik und zog 1867 für die Konservative Partei in den Reichstag des Norddeutschen Bundes ein.

Die Krönung von Strousbergs Laufbahn sollte der Bau von vier großen Eisenbahnlinien in Rumänien ab 1868 werden, doch diesmal verspekulierte er sich und erlitt erhebliche finanzielle Verluste. Das hatte 1872 eine Kreditsperre zur Folge, welche nicht einmal auf die persönlichen Interventionen von Kaiser Wilhelm I. und Reichskanzler Otto von Bismarck hin gelockert wurde. Vielmehr sorgten die Bankiers Gerson von Bleichröder und Adolph von Hansemann von der Berliner Disconto Gesellschaft dafür, dass Strousberg einen Großteil seines Besitzes veräußern oder verpfänden musste, um die immer zahlreicher werdenden Gläubiger zu befriedigen. Gleichzeitig prangerte der liberale Reichstagsabgeordnete Eduard Lasker die unredlichen Finanzierungspraktiken von Gründern wie Strousberg vor dem Parlament an, was zum Rücktritt des Ministers von Itzenplitz führte und auch mit zum Börsenkrach von 1873 beitrug.

Konkursverfahren in Berlin

1875 wurde durch das Berliner Stadtgericht ein Konkursverfahren gegen Strousberg eröffnet, bei dem es um 30 Millionen Mark ging. Weitere offene Forderungen bestanden in Österreich, Rumänien und Russland. Deshalb verhaftete die Polizei des Zarenreiches den Unternehmer schließlich im Zug von Moskau nach Sankt Petersburg, wonach die Einweisung ins Schuldgefängnis folgte. In diesem saß Strousberg 1875/76 ein, bevor man ihn auf Betreiben Bismarcks freiließ und im September 1877 nach Deutschland abschob. Wenig später war er völlig bankrott: Angeblich lagen die Gesamtschulden des einstigen Wirtschaftsmagnaten im In- und Ausland 1878 bei 100 Millionen Reichsmark.

Mit Hilfe einiger wohlmeinender englischer Verwandter gründete und leitete der Pleitier dann das Blättchen „Das kleine Journal“. Damit sicherte er sich aber nur eine bescheidene Existenz – an seine früheren wirtschaftlichen Erfolge anzuknüpfen, blieb ihm auf ganzer Linie verwehrt. Bethel Henry Strousberg starb am 31. Mai 1884 vollkommen verarmt in der Berliner Mansardenwohnung seiner früheren Köchin an einem Herzinfarkt. Die letzte Ruhestätte des „Eisenbahnkönigs“ befindet sich im heute noch existenten Familienmausoleum auf dem Alten St.-Matthäus-Kirchhof in Berlin-Schöneberg.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Polen macht gegen EU-Klimadiktat mobil

Der Tagebau im Dreiländereck belastet das Nebeneinander der drei Nationen

Es kam, wie es kommen musste. Am 21. Mai hat der Gerichtshof der Europäischen Union Polen mit einer einstweiligen Verfügung dazu verdonnert, den Tagebau im Reichenauer [Bogatynia] Ortsteil Türchau [Turoszów] mit sofortiger Wirkung zu stoppen. Damit gab der Gerichtshof Tschechien Recht, das eine Klage in Luxemburg eingereicht hatte. Diesbezüglich ist Wojciech Dąbrowski, Vorsitzender des Energiekonzerns PGE mit Sitz in Warschau, ganz anderer Meinung. Er sagte gegenüber dem Portal „Money.pl“: „Der Tagebau Turów verfügt über eine legale Konzession aufgrund der Braunkohle gefördert wurde und wird. Die Entscheidung des Gerichtshofs führt zu einer wilden Transformation.“

Seit Jahren protestieren Einwohner der tschechischen Nachbargemeinden von Türchau zusammen mit deutschen Umwelt-Protestgruppen aus der Region um Zittau gegen einen Ausbau der Braunkohleförderung. Die Braunkohle speise das angrenzende Kraftwerk Turów, das wiederum etwa fünf Prozent der Energie Polens produziere. Ein weiterer Ausbau des Tagebaus würde das Sinken des Grundwasserspiegels jedoch verstärken, außerdem drohe eine Verschmutzung des Grundwassers mit Schwermetallen, Metalloiden und Radionuklide, so die Argumente aus Tschechien und dem Land Sachsen im Dreiländereck.

PGE-Chef Dąbrowski weist darauf hin, dass sowohl die Tschechen als auch die Deutschen in der Nähe Tagebau betreiben. „Nur wenige Hundert Meter von der polnischen Grenze entfernt sind neun Gruben in Betrieb, fünf in Tschechien und vier in Deutschland. Diesen erlaubt die Europäische Union ihren Betrieb, auch wenn sie wesentlich mehr zur Umweltverschmutzung beitragen“, so Dąbrowski. In Deutschland und Tschechien wolle man jedoch bereits 2038 von der Braunkohle wegkommen, in Türchau soll bis 2044 gefördert werden.

> „Nur wenige Hundert Meter von der polnischen Grenze entfernt sind neun Gruben in Betrieb“
>
> **Wojciech Dąbrowski**
> Vorsitzender des Energiekonzerns PGE

Müssen pausieren: die Schlote des Kraftwerkes in Türchau *Foto: C.W. Wagner*

In einer Presseerklärung schrieb er, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs, den Tagebau in Türchau zu schließen, automatisch den Stopp des Kraftwerks bedeuten würde, was zu Folge habe, dass 3,7 Millionen Haushalte in Polen keinen Strom hätten.

Unmittelbar nach Bekanntgabe der Entscheidung aus Luxemburg gingen Türchauer auf die Straße und Autofahrer blockierten den Grenzübergang Kleinschönau [Sieniawka]. Artur Oliasz, Vorsitzender des Stadtrats von Reichenau sagte in „TV24“, den Einwohnern drohe eine soziale Katastrophe. „Man kann Arbeitsstellen nicht aufgrund von Meinungen schließen“, so Oliasz. „Polen wäre gut beraten, auf die Forderungen der Kläger einzugehen und etwa 33 Millionen Euro für Umweltschutz zu investieren“, sagte Bartłomiej Derski, Energieexperte von Businessinsider.com.pl. Stattdessen habe man vor Kurzem einen neuen Block im Turów-Kraftwerk für 950 Millionen Euro in Betrieb genommen. Die gesamtwirtschaftlichen Folgen einer sofortigen Schließung des Türchauer Tagebaus wurde vom Ministerium polnischer Vermögenswerte auf drei Milliarden Euro geschätzt, da im Tagebau und im Kraftwerk 18.000 Menschen beschäftigt sind.

Arkadiusz Koper von der Rechtsabteilung der Kapitalgruppe PGE meinte, dass sich der Gerichtshof an den polnischen Staat gewandt habe, der Besitzer der Turów-Grube sei aber nicht Polen, sondern eine Gesellschaft privaten Rechts, die an der Börse notiert sei. „Polen als Staat kann keiner Gesellschaft privaten Rechts ihre legale Wirtschaftstätigkeit verbieten – in diesem Fall die Braunkohleförderung – aufgrund einer legalen Konzession“, so Koper. *Chris W. Wagner*

MEISTERWERK DER KARTOGRAPHIE

Eilhardus Lubinus und seine Pommernkarte

Theologieprofessor und Kartenkünstler – zum 400. Todestag am 2. Juni

VON MARTIN STOLZENAU

Eilhardus Lubinus stammte eigentlich aus dem Ammerland an der Nordseeküste, machte zunächst als Theologe an der Rostocker Universität Karriere und löste mit ungewöhnlichen Überlegungen sowie exegetischen Kommentaren zum Neuen Testament einen deutschlandweiten Disput aus. Mit Folgen. Berühmtheiten wie Gottfried Wilhelm Freiherr von Leibniz und Jan Amos Comenius bezogen sich in ihren Werken auf Lubinus. Im Alter sorgte er dann als Kartenschöpfer für zusätzliches Aufsehen.

Grundlage für weitere Karten

Lubinus schuf nach seiner Rügenkarte zwischen 1610 und 1618 die erste vollständige Karte des Herzogtums Pommern. Sie diente für über 250 Jahre als Grundlage für alle pommerschen Landkarten, hatte eine große Vorbildwirkung für ganz Deutschland und ist bis heute bei Kartenliebhabern wegen ihrer Exaktheit, künstlerischen Aufbereitung und geschichtlichen Zusätzen begehrt. Im Pommerschen Landesmuseum in Greifswald, im Vineta-Museum in Barth und im Schloss von Stettin gehören die Originalkarten von Lubinus zu den Hauptanziehungsobjekten für Touristen. Er sorgte damit über seinen Tod vor 400 Jahren hinaus bis heute für eine beträchtliche Nachwirkung.

Der herausragende Theologieprofessor und Kartenschöpfer wurde am 24. März 1565 in Westerstede geboren und hieß zunächst Eilert Lübben. Der Vater ist als protestantischer Pastor überliefert. Nach heimischer Erstunterrichtung erhielt der begabte Knabe vom Grafen Johann XVI. von Oldenburg ein Jahresstipendium von 20 Reichstalern. Damit studierte Lübben nacheinander in Leipzig, Köln, Helmstedt, Straßburg, Jena, Marburg und Rostock. Im Mittelpunkt seiner Studien standen Theologie, Philosophie, Poesie und Mathematik. 1591 wurde der junge Mann aus Westerstede in Rostock zum Magister promoviert. Anschließend fungierte er an der Universität der Ostseestadt als Dozent. Er veröffentlichte zahlreiche Schriften, wurde zum Professor für Poesie berufen und machte in Rostock Karriere. Der aufstrebende Gelehrte, der sich nun Eilhardus Lubinus nannte, sorgte publizistisch für Aufsehen.

Vielseitiger Gelehrter

Er verschärfte die augustinischen Gedanken des Calvinisten Duplessis-Mornay zur These, das „dem höchsten Sein, dem guten Gott, das Nichts“ entgegenstehe und dass „dieses Nichts zugleich der Ursprung des Bösen“ sei. Später baute der berühmte Universalgelehrte Gottfried Wilhelm Freiherr von Leibniz bei seinen theologischen Überlegungen darauf auf. Aber erst einmal löste Lubinus eine Kontroverse in ganz Deutschland aus mit bitterbösen Anfeindungen an seine Adresse. In Mecklenburg nahm man das mit einem gewissen Stolz zum Anlass, ihn 1605 zusätzlich zum Professor für Theologie zu berufen.

Bis 1610 verfasste der zwischenzeitlich auch promovierte Theologe noch reihenweise exegetische Kommentare zum Neuen Testament, die wegen ihrer philologischen Gediegenheit berühmt wurden. Diese Schöpfungen benutzte dann Jan Amos Comenius, eine andere Größe der Geistesgeschichte, als Grundlage für sein letztes großes theologisches Werk, das 1615 erschien. Damit kann man Lubinus im gewissen Sinne eine geistige Vaterschaft für Lehren von Comenius und Leibniz zubilligen.

Ausschnitt aus der Lubinschen Karte. Die Gesamtgröße ist 1,25 mal 2,20 Meter, sie wurde im Maßstab 1:235.000 angelegt *Foto: Pommersches Landesmuseum*

Kartograph erst im Alter

Doch im Alter widmete sich der Gelehrte vor allem der Mathematik und den Karten. Im Eiltempo mauserte sich der Professor der Poetik, Theologie und nun auch der Mathematik noch zum Kartenkünstler. Angeregt durch fortschrittliche Kartenwerke seiner Zeit, versuchte sich Lubinus selbst als Kartograph. Mit Erfolg. Als erstes größeres Kartenwerk ist seine Rügenkarte von 1609 überliefert. Sie erregte wegen ihrer Exaktheit Aufsehen und weckte das besondere Interesse von Herzog Philipp II. von Pommern-Stettin, der eine umfassende Pommernkarte wünschte. Das war eine wissenschaftliche Herausforderung, die Lubinus annahm. Er ließ sich dafür in Rostock beurlauben und erledigte ab 1610 den Auftrag. Lubinus begann die Arbeiten im Raum von Barth und Tribsees, erschloss in der Folge ostwärts über 150 Orte bis zur Ostgrenze Pommerns und nutzte die neuesten Erkenntnisse der Landvermessung. Er berücksichtigte astronomische Daten sowie früheres Kartenmaterial und schuf eine zwölfteilige Pommernkarte. Die Übertragung auf Kupferplatten durch den Kupferstecher Nicolas van Geilenkerken, der Druck und die Zusammensetzung des Werkes erfolgten um 1618 in Amsterdam. Die fertige Pommernkarte war mit 130 mal 220 Zentimeter geradezu monumental, beinhaltete im Kartenteil auch 49 Kleinansichten von pommerschen Städten im Stil von Matthäus Merian und enthielt in der äußeren Umrandung interessante Zusätze. Das reichte von Porträts pommerscher Herzöge und dem Stammbaum des Herzogshauses über eine historische Kurzbeschreibung Pommerns bis zum Porträt des Kartenschöpfers. Das Werk wurde in einer Auflage von 30 Exemplaren geschaffen und noch im November 1618 der Herzogsfamilie in Wolgast und Stettin überreicht. Das war wohl der Höhepunkt im Leben des Gelehrten. Er starb als Rektor der Rostocker Universität mit dem zusätzlichen Ruhm eines herausragenden Kartographen am 2. Juni 1621 in Rostock, seiner Wahlheimat.

Druckplatten zunächst verschollen

Die zwölf Druckplatten für die Pommernkarte kamen auf Umwegen nach Greifswald, galten lange als verschollen und wurden 1756 auf dem Dachboden des Greifswalder Bürgermeisters Zander entdeckt. Diese Entdeckung ermöglichte in den Folgejahrhunderten verschiedene Nachdrucke, so zuletzt 1989. Die Arbeit von Lubinus gilt als Rarität und ist von Sammlern sehr begehrt. Inzwischen weiß man zudem, dass der Kartenschöpfer damals kaum Fehler machte.

Ein Teil der Familie Lübben in Westerstede übersiedelte parallel zum Rostocker Aufstieg von Eilhardus Lubinus nach Norden in Ostfriesland, wo man mit der theologischen Familientradition brach und eine Rauchtabakfabrik gründete, die über 100 Jahre existierte. In Westerstede indes gilt Eilhardus Lubinus als der bedeutendste Sohn der Stadt. In Mecklenburg-Vorpommern wird er bis heute als „Kartenkünstler“ verehrt.

EINE AUSSERGEWÖHNLICHE PERSÖNLICHKEIT

Ré Soupault – vielseitige Avantgarde-Künstlerin

Stationen: Bublitz – Weimar – Berlin – Tunis – Paris – New York – Basel

Ré Soupault wurde am 29. Oktober 1901 als Meta Erna Niemeyer in Bublitz in Pommern geboren. Ihre Eltern waren Bertha Marie Auguste Niemeyer, geborene Hensel, und der Metzger und Pferdezüchter Friedrich Carl Richard Niemeyer. Sie wuchs mit sieben älteren Geschwistern auf, besuchte das Lyzeum in Kolberg. Durch ihre Zeichenlehrerin erfuhr sie vom Bauhaus-Manifest von Walter Gropius. Das Konzept faszinierte sie. Sie schrieb:

„Da war eine Idee, mehr noch ein Ideal: keinen Unterschied mehr von Handwerkern und Künstlern. Alle zusammen in einer neuen Gemeinschaft sollten wir die Kathedrale der Zukunft bauen. Da wollte ich mitmachen.“

Sie schrieb sich 1921 am Bauhaus in Weimar ein, wovon ihre Eltern nicht begeistert waren, nahm Unterricht auch bei Walter Gropius, Johannes Itten, Wassily Kandinsky und Paul Klee. Itten beeindruckte sie ganz besonders, sie schrieb: „Und bei Itten geschah etwas, was uns befreite. Wir lernten nicht malen, sondern lernten neu sehen, neu denken und zugleich lernten wir uns selber kennen.“ Die persische Mazdaznan-Lehre, die er lehrte, interessierte sie so sehr, dass sie nebenbei zwei Semester Sanskrit in Jena studierte.

1922 schuf sie Webereien in abstrakten Farbkompositionen. In ihre Teppiche knüpfte sie Sanskrit-Weisheiten ein. Ihre Arbeiten wurden auf der ersten Bauhausausstellung von 1923 in Weimar ausgestellt und verkauft. Das Bauhaus betrachtete sie als ihre „geistige Familie“.

Der weitere Weg führte sie nach Berlin. Dort arbeitete sie als Modejournalistin und ging 1929 als Modekorrespondentin nach Paris. Bald gehörten Modeschöpfer, Fotografen, Maler und Schauspieler zu ihren Freunden. 1931 gründete sie ein eigenes Modeatelier, nannte sich jetzt Ré. Die Innenräume richtete sie selber ein, gestaltete die Räumlichkeiten ganz in weiß. Der berühmte Architekt Mies van der Rohe dekorierte das Atelier mit von ihm entworfenen Möbeln.

Sie entwarf Mode für den zeitgenössischen Typ der „Neuen Frau“, den sie selbst verkörperte, die sich schick und gleichzeitig praktisch und bequem kleiden wollte. Sie erfand unter anderem das zeitlose „Transformationskleid“. Es war schlicht geschnitten und konnte mittels einer Vielzahl von Accessoires von einem Alltags- bis hin zum bodenlangen Abendkleid mit Cape verwandelt werden. Ihr spielerischer Umgang mit der Farben- und Formlehre des Bauhauses zeigten, dass sie von der Idee stark geprägt war.

Mit ihren Prêt-à-Porter-Kreationen revolutionierte sie die Pariser Modeszene und galt als neuer Star. Ihre Kollektionen wurden in Warenhäusern verkauft, dazu gehörte auch avantgardistischer Schmuck. Ihr Transformationskleid, auch heute tragbar und aktuell, ein Entwurf von 1930, wurde 2010 nachgeschneidert vom Kostümatelier des Nationaltheaters Mannheim und konnte in einer Ausstellung bewundert werden.

Ré Soupault, „Tunesien“, 1939 *Foto: Unbekannt. 2021 VG Bild-Kunst Bonn/Manfred Metzner*

Nach einer kurzen Ehe mit dem dadaistischen Maler und Filmemacher Hans Richter, traf sie 1933 Philippe Soupault in der sowjetischen Botschaft in Paris beim Empfang zur Feier der Oktoberrevolution. Er galt seit Ende der 1920er Jahre als einer der wichtigsten Journalisten Frankreichs. Nachdem sie ihr Modestudio aufgegeben hatte, unternahm sie mit ihm Reportagereisen durch viele Länder Europas und nach Nordafrika. Sie arbeitete jetzt als Fotografin und illustrierte seine Dokumentationen. 1937 heirateten sie. 1938 zog das Ehepaar Soupault nach Tunesien. Philippe Soupault baute dort die antifaschistische Radiostation Radio Tunis auf. Ré Soupault verfasste Reportagen für zahlreiche Zeitschriften. Sie fotografierte Auswanderer, Pilger, Nomaden und im Palast des tunesischen Monarchen.

Es entstanden auch Selbstporträts. Sie setzte sich mit der Rolle der Frau in der islamischen Welt auseinander und erfuhr von der Existenz des „Quartier réservé“ in Tunis, einem geschlossenen Bezirk, in den von ihren Familien und der Gesellschaft verstoßene Frauen abgeschoben wurden und wo Prostitution ihr einziger Broterwerb war. Sie durfte für zwei Tage in Begleitung eines örtlichen Polizisten dieses Viertel aufsuchen, porträtierte dort Frauen in fast leeren Zimmern und fing deren Blicke ein. Es blieben die einzigen Fotos, die dort je gemacht wurden.

Kriegsbedingt mussten sie Tunis verlassen und flohen nach Algerien, von dort führte ihr Weg sie nach New York. 1945 trennten sie sich. Ré blieb in New York. Max Ernst überließ ihr sein Studio. Sie schrieb und fotografierte Reisereportagen für den International Digest und das Travel-Magazin. 1946 kehrte sie nach Paris zurück. Später fanden sie und ihr Mann wieder zusammen.

Ihre letzte eindrucksvolle und sensible Fotoreportage machte sie 1950 in Westdeutschland über Flüchtlinge und Vertriebene aus den Ostgebieten. Dafür reiste sie drei Wochen durch Bayern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Zahlreiche Veröffentlichungen von ihr und über sie und diverse Ausstellungen halten ihre außergewöhnliche Lebensleistung fest.

1990 verstarb ihr Mann. Sie lebte zurückgezogen in einem kleinen Apartment am Bois de Boulogne, arbeitete an ihrem Tagebuch und starb am 12. März 1996 in Versailles, auf den Tag genau sechs Jahre nach ihrem Mann. Sie wurde in seinem Grab auf dem Friedhof Montmartre beerdigt. *Brigitte Stramm*

● **Info** Ausstellung und Begleitveranstaltungen in der Universitätsbibliothek Basel vom 21. Mai bis 15. September 2021. In dem Programm zur Ausstellung liest man: Ré Soupault „Es war höchste Zeit …“ Nach Jahren des Exils arbeitet sie als Übersetzerin und Radioessayistin in Basel und Paris. In ihrem Leben spiegeln sich exemplarisch die Schwierigkeiten einer nach Unabhängigkeit strebenden Frau im 20. Jahrhundert, ebenso wie die politischen Verwerfungen der Epoche. Die Ausstellung folgt den zentralen Bereichen von Ré Soupaults Leben und Schaffen. Ein Hauptgewicht wird auf die Lebensumstände ihrer Basler Jahre von 1948 bis 1958 gelegt. Eine besondere Rolle spielte dabei die Universitätsbibliothek als Aufbewahrungsort wertvoller Manuskripte von Romain Rolland. www.ub.unibas.ch.
Die Begleitpublikation zur Ausstellung in der Universitätsbibliothek Basel ist beim Verlag Das Wunderhorn erschienen, Heidelberg 2021, gebunden, 120 Seiten, 20 Euro. www.wunderhorn.de

„Die Grünen können den Sekt schon mal kaltstellen“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„Wer Sozialismus möchte, wählt grün“

Jürgen Wieger, Hamburg
zum Thema: Wenn Journalismus aufhört und PR beginnt (Nr. 17)

Ausgabe Nr. 20

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EINE UNGELÖSTE FRAGE

ZU: WENN DER JUDENHASS VON DER FALSCHEN SEITE KOMMT (NR. 20)

Der Antisemitismus beruht zu einem – je nach Sicht – kleineren oder größeren Teil auf den vor mehr als 70 Jahren durch die gewaltsame Gründung Israels in Palästina geschaffenen Problemen, die bis heute nicht gelöst worden sind.

Jürg Walter Meyer (Leimen)

GRÜN ANGESTRICHENE ROTE

ZU: HOSEN RUNTER (NR. 19)

Wieder einmal eine grandiose Leistung des Autors vom Wochenrückblick: Wie er die „grüne Blase“ seziert – einfach köstlich. Weiter so, ganz runter mit der Hose, die nicht „grün“, sondern „kommunistisch“ ist und nur vorn grün angestrichen.

Vor wenigen Tagen antwortete ich einem „Facebook-Jünger“ auf seine These, dass Sozialismus etwas völlig anderes sei als Kommunismus, dass kein einziger kommunistischer Staat diesen Begriff in seinem Namen führt, sondern alle sich als „sozialistisch“ bezeichnen. Auf die von mir gestellte Frage, ob er denn einen kommunistischen Staat kenne, der sich so auch bezeichnet, folgte das Schweigen im Walde.

Dem gesamten *PAZ*-Team meine Anerkennung für Ihre Leistung.

Rudi Armgardt, Viersen-Dülken

EINE ZU FLAPSIGE BENENNUNG

ZU: STORCHENGANG ZUM WOHLBEFINDEN (NR. 19)

Ihre schätzenswerte Zeitung hat löblicherweise einen Beitrag zum 200. Geburtstag von Pfarrer Sebastian Kneipp abgedruckt. Idyllisch das Foto von Bad Wörishofen mit dem Denkmal des gesundheitsbewussten Pfarrers. Vergleicht man dessen fünf Säulen der Gesundung mit heutigen Gesundungsvorstellungen, so hat Pfarrer Kneipp das gelehrt, was man derzeit „ganzheitlich“ nennt. Gut zu wissen, dass Kneipp auf älteres Wissen der Wasseranwendung zurückgriff und es weiterentwickelte.

Doch muss man deshalb mehrmals von einem „Gesundheitsapostel“ schreiben? In der Bildunterschrift wird der verantwortungsvolle Pfarrer gar als „deutscher Wellness-Papst“ benannt. Solche flapsigen Benennungen hat dieser Vorbild-Pfarrer nicht verdient; sie lassen den sonst seriösen Stil Ihrer Zeitung vermissen. Im Allgemeinen sind Ihre Beiträge sonst eine Wohltat. *Peter Götz, Stuttgart*

IN GÖRINGS GÄSTEHAUS

ZU: ERZWUNGENER ABTRITT VOR 50 JAHREN (NR. 17)

Der Autor hat präzise die Vorgeschichte des erzwungenen Abtritts von Walter Ulbricht beschrieben, doch den Ort, an dem dies letztlich in die Tat umgesetzt wurde, hat er leider nicht erwähnt. Der eigentliche Vorgang spielte sich nämlich im ehemaligen Gästehaus Hermann Görings am Nordufer des Großen Döllnsees ab. Dieses war erst während des Zweiten Weltkrieges errichtet und im Gegensatz zu Görings benachbartem Landhaus „Carinhall“ 1945 auch nicht gesprengt worden.

In der DDR diente das Gebäude bis 1954 als Jugendherberge der Freien Deutschen Jugend (FDJ), dann wurde es erweitert und als Gästehaus des Staatsrates genutzt. Genau hier zwang Erich Honecker am 26. April 1971 – mit Rückendeckung Moskaus – Ulbricht dazu, seinen Rücktritt zu unterzeichnen. Zehn Jahre vorher, am 12. August 1961, hatte Ulbricht am selben Ort geladenen Mitgliedern des Staats- und Ministerrates sowie des Politbüros der SED bei einer Gartenparty verkündet, dass am folgenden Tag die Operation „Rose“ beginne, nämlich der Bau des „antifaschistischen Schutzwalls“, mit dem die DDR West-Berlin abriegelte.

Ulbricht starb 1973 auch in diesem Haus, in dem wiederum im Dezember 1981 Bundeskanzler Helmut Schmidt während seines Besuches in der DDR wohnte. Heute beherbergt das einstige Gästehaus des Reichsmarschalls und später des Staatsrates der DDR das feudale Tagungshotel „Döllnsee-Schorfheide“.

Wolfgang Reith, Neuss

CDU OHNE STÜRMERSTAR

ZU: DAS OFFENE ENDE EINES MACHTKAMPFS (NR. 16)

„Lasch, lascher, Laschet!“ Dieses despektierliche geflügelte Wort ist derzeit in vieler Munde. Wer den Schaden hat, braucht für den Spott nicht zu sorgen.

Ich gehörte zu jenen, die für Laschet als Kanzlerkandidat der Union plädierten in der Hoffnung, dass der NRW-Ministerpräsident bisher „sein Licht unter den Scheffel“ gestellt hat und im Wahlkampf wie „Phönix aus der Asche“ steigen wird.

Doch mittlerweile reift in mir die Erkenntnis, dass ich mich in ihm und seinen politischen Fähigkeiten getäuscht habe. Der vorläufig traurige Höhepunkt war sein Auftritt in der Talkshow von Anne Will, als er sich von der jungen Klimaaktivistin Luisa Neubauer praktisch ohne Gegenwehr vorführen ließ. Wie hätte wohl der äußerst wortgewandte und schlagfertige Markus Söder auf die ohne Beweisgrundlage in den Raum gestellten Anschuldigungen Neubauers reagiert?

Die Grünen können den Sekt für den 26. September schon mal kaltstellen. Die ersten Flaschen dürften bereits bei der Nominierung Laschets „geköpft“ worden sein. Die eloquente und politisch unverbraucht wirkende sowie auf eine positive Art freche Annalena Baerbock eilt dem Unionskandidaten bei den Beliebtheitswerten mit Siebenmeilenstiefeln davon. Es genügt ein Semester „Küchenpsychologie“, um die Körperhaltung und den Gesichtsausdruck Laschets interpretieren zu können. Beides spricht für alles andere als Aufbruchstimmung.

Ich hege keine besonderen Sympathien für die heutigen Grünen. Wir leben in einer Mediendemokratie und die Grünen haben es in den vergangenen Jahren auf sehr professionelle Weise verstanden, die öffentliche Meinung für sich zu vereinnahmen. Diese Leistung verdient Anerkennung. Rein politisch wäre die Partei relativ leicht zu „knacken“, denn außer Umwelt und Klima scheint insbesondere bei den elementaren Themen Wirtschaft, Finanzen und innere Sicherheit wenig Substanz vorhanden zu sein.

Die CDU wirkt nach mehr als 20 Jahren Merkel wie ein Bundesliga-Traditionsverein, der jedes Jahr gegen den Abstieg kämpft, nur mit Mühe den Klassenerhalt schafft und dem man wünschen würde, sich in der „Zweiten Liga“ mannschaftlich zu erneuern. Dabei hätte sie einen Top-Stürmer auf der „Bank“, der die Partei sogar bis ganz nach vorne bringen könnte.

Die Nichtberücksichtigung von Söder als Kanzlerkandidat wirkt auf viele Unionsanhänger so, als würde der FC Bayern Robert Lewandowski auf der Ersatzbank schmoren lassen, nur weil dieser Tore für seinen Verein schießen möchte. Man möchte den CDU-Eliten um Wolfgang Schäuble zurufen: „Macht endlich den Weg frei. Eure Zeit ist vorbei!“

Selbst Angela Merkel besitzt wenig Vertrauen in Laschet. Ich bin überzeugt, mit den besten verfügbaren Medienberatern wird es der Union gelingen, wenige Monate vor der Wahl die „Kuh der falschen Kandidatenauswahl“ vom Eis zu holen, ohne dass die Union in den Umfragen einbricht. *Alfred Kastner, Weiden*

UNFREUNDLICHER KRIEGSAKT

ZU: SECHS GRÜNDE, NICHT ZU ZAHLEN (NR. 15)

Mein Onkel hat in Griechenland gegen die Engländer, nicht gegen die Griechen gekämpft. England wäre über Griechenland an die Ölfelder Rumäniens gelangt, was man in Deutschland seitens Griechenlands als unfreundlichen Akt empfand.

Bei einer Führung auf Rhodos hörte ich, die Italiener hätten den Griechen verboten, Griechisch zu sprechen. Das konnte ich mir nicht vorstellen, es soll aber tatsächlich so gewesen sein.

Karin Khemlyani, Bendestorf

ANZEIGE

TIROL

Es ist eingeläutet

Seit dem 19. Mai hat Österreich die Tore für Touristen geöffnet – Im Pillerseetal läuten die Freudenglocken besonders vielfältig

VON JUDITH KUNZ

Ständig am Bimmeln: Weidevieh mit Kuhglocken auf einer Alm im Pillerseetal *Foto: Mathäus Gartner*

Satellitengestützte Positionsbestimmung sei in den Bergen schwierig, erklärt Kunst- und Metallgießer Wolfgang Olivier: „Es muss nur ein Fels im Weg stehen, schon ist das Signal futsch.“ Während die moderne Kuh im Flachland zum Auffinden inzwischen Peilsender trägt, sind die Weidetiere im Gebirge weiterhin mit Glocken unterwegs, damit der Hirte sie im weitläufigen Gelände besser finden kann.

Die meisten der klingenden Anhänger stammen aus Waidring, einem kleinen Ort im Pillerseetal, der als Tiroler Glockendorf im Bezirk Kitzbühel von sich reden macht. Hier, wo seit Generationen der Klang der Alpen gemixt wird, erfahren Besucher in einer Ausstellung alles über Glocken – natürlich nicht nur für Kühe, sondern auch für Kapellen und Kirchen. Sie können beim Schaugießen in der Werkstatt dabei sein und bald auch auf einem Themenweg Klangspiele initiieren.

Insgesamt gibt es in Tirol noch drei Glockengießereien – zwei davon in Waidring mit seinen 2000 Einwohnern und dem Blick auf die Loferer Steinberge und die Steinplatte. Olivier betreibt inmitten der Bilderbuchkulisse Lugmair’s Metallgießerei, während sein Cousin für die Firma Kunst- und Glockenguss Richard Foidl steht. Beide gehören zu den Gründern des Glockendorfs: „Wir möchten das traditionelle Handwerk und die Bedeutung, die dem Bimmeln und Läuten im Wandel der Zeit zukommt, einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen.“

Die Glockenwelt im Glockendorf

Das geschieht seit vergangenem Jahr in der Glockenwelt – einer faszinierenden Ausstellung im Biatron. So heißt der überdimensionale Schneeball, der zur Biathlon-Weltmeisterschaft 2005 im Pillerseetal geformt wurde und der sich jetzt in einen multimedialen Klangkosmos verwandelt hat.

Doch zunächst zurück zum Vieh. Grob geschätzt trägt jede Kuh im Alpenraum Halsschmuck aus Waidring. Olivier stellt in seinem Familienbetrieb, den er in der fünften Generation betreibt, im Schnitt 6000 Glocken pro Jahr her, die Haltbarkeit liegt bei 30 Jahren. „Vieles steht natürlich längst in Vereinsheimen und Vitrinen“, schränkt der 52-Jährige ein und ist sich dennoch bewusst, dass er auf den Almen in Tirol, im Salzburger Land, im Allgäu und in Südtirol den Ton angibt.

Das maximale Gewicht, das eine Kuh am Hals hat, sind übrigens sieben Kilo. Wobei die großen Stücke nur beim Almabtrieb getragen werden, im Alltag beim Bergkräuterwiederkäuen sind es kleinere Modelle. Aber alle haben den perfekten Klang, nicht zuletzt dank ihrer gotischen Form, die man aus der Kirche kennt und die der Spezialist als Optimum beschreibt.

Waidringer Klanggeschichten

Wenn Olivier Glocken für Kapellen oder auch mal für ein Mittelalter-Konzert herstellt, ist der Klang das Wichtigste überhaupt. Bei der Herstellung beeinflussen Größe und Form die Tonlage, auch das Mischungsverhältnis aus Kupfer und Zinn sowie die Reinheit des Materials spielen eine Rolle. Nach dem Schmelzen kommt der Feinschliff. In diesem Arbeitsschritt bringt der Mann mit dem guten Gehör alle mitschwingenden Töne in Einklang zum harmonischen Gesamtton. Das ist die hohe Kunst. Der Meister hat viel zu erzählen, wenn Besucher zum Schaugießen in seine Werkstatt kommen.

„Die Ausstellung fasziniert ganz einfach“, freut sich Olivier. Besucher erfahren, dass Glockenklänge früher auch die Funktion des Telefons erfüllten. „Es brennt“, hallte es von Tal zu Tal. Oder: „Mittagessen ist fertig“, wenn die Bäuerin gekocht hatte. Fünf historische Glockentürme, die inzwischen ausgedient haben, sind die Hingucker der Ausstellung. Wer die Unterschiede zwischen Alm-, Dorf-, und Kirchengeläut erhören möchte, begibt sich auf eine multimediale Reise. Und lernt hier auch Uhrmacher Josef Hauser und dessen Lebenswerk kennen: Er schuf einen Dom aus Holz mit einem Geläut, das, einmal initiiert, eine halbe Stunde lang fortdauernd spielte. Gewürdigt wird zudem der Gönner Alexander Kreuter, ein Frankfurter Jurist, der nach beiden Weltkriegen für alle Kirchen Waidrings neue Glocken spendierte. Denn wie allerorten wurden die Klangkörper auch im Pillerseetal geschmolzen, um den Rohstoff zur Waffenproduktion zu nutzen.

Derzeit in Planung ist der Glockenerlebnisweg. Auf diesem Rundgang werden interessante Anekdoten der Waidringer Klang-Geschichte erzählt. Endpunkt ist das große Glockenspiel. Besucher können aus 20 Melodien wählen. Eine davon ist das „Waidring-Lied“, das extra fürs Glockendorf komponiert wurde.

Auf der Alm bestimmt nach wie vor das Vieh den Rhythmus. Auch wenn Kuhglocken für Olivier „nur“ das Basisgeschäft sind, freut er sich über die Heimatklänge. Was wäre der Sommer in den Bergen ohne das Bimmeln? Einfach unvorstellbar. Wer nicht auf den Klang verzichten möchte, nimmt sich zur Sicherheit eine echte Waidringer Kuhglocke als Souvenir mit nach Hause.

● **Als Tourist** spart man mit der Gästekarte im Pillerseetal dreifach: Man kann damit den öffentlichen Regiobus kostenlos nutzen und quer durch die Kitzbüheler Alpen (von Hochfilzen bis Wörgl) gratis per S-Bahn und Zug (REX) fahren. Außerdem bekommt man dadurch die Pillerseetal-Card günstiger, mit der Bergbahnen und zahlreiche weitere Angebote gratis sind. Erwachsene zahlen für das vier Tage gültige Vorteilsticket 52 Euro, Kinder 27 Euro. Zum Ausklang der Bergsaison (ab 11. September) ist die Drei-Tages-Karte erhältlich. Erwachsene zahlen hier bei Vorlage der Gästekarte 47 Euro, Kinder nichts. Der Nachwuchs ab Jahrgang 2017 und jünger ist immer gratis unterwegs – egal, welches Ticket die Eltern haben. **Infos:** Tourismusverband PillerseeTal – Kitzbüheler Alpen, Dorfplatz 1, A-6391 Fieberbrunn, Telefon 0043 (0)5354/56304, info@pillerseetal.at, www.pillerseetal.at; www.glockendorf.tirol

HOHENZOLLERNRADWEG

Frankens „christliche Schlafkammer“

Radtour zur größten Grablege der Hohenzollern – Im beschaulichen Heilsbronn liegen einst mächtige Herrscher begraben

Pflasterzoll muss man in Heilsbronn nicht mehr entrichten. Noch bis 1935 musste jeder, der durch das Untere Tor zum Marktplatz fuhr, diese 1724 eingeführte Maut zahlen. Den Radwanderern, die auf dem Hohenzollernradweg in diesem mittelfränkischen Flecken zwischen Nürnberg und Ansbach ankommen, soll es nur recht sein.

Auffälligstes Bauwerk ist hier das 1132 erbaute Zisterzienser-Kloster am Münsterplatz. Durch Heirat und Erbschaft ging es von den Abenbergern auf die Hohenzollern über. Als 1578 sein letzter Abt verstarb, wurde das Kloster aufgelöst. In seiner Blütezeit besaß das Kloster rund 300 Städte und Dörfer. Einen Eindruck dieser Wirtschaftskraft vermittelt die Klostermühle mit ihren sieben Schüttböden. In guten Jahren wurden hier 10.000 Zentner (500 Tonnen) Getreide gemahlen.

Der Münsterplatz wurde schon vor zehn Jahren zum idyllischen Garten mit plätscherndem Brunnen. Wo einst der Kreuzgang lag, laden jetzt Sitzpoller und breite Sitzstufen dazu ein, zu verweilen und in friedlicher Stille die Stullen auszupacken. Zuvor aber verlangt das schlichte romanische Münster die volle Aufmerksamkeit. In über 300 Jahren wurde es zur größten Grablege der Hohenzollern.

Als erster wurde Burggraf Friedrich III., der Enkel des ersten zollerschen Burggrafen, 1297 in der Chorgruft bestattet, als letzter Markgraf Joachim Ernst von Brandenburg-Ansbach († 1625). Sein mächtiger Körper beherrscht das mittlere der drei Hochgräber im Hauptschiff. Davor liegt Markgraf Georg Friedrich d. Ä. († 1603), der die Cadolzburg zum Renaissance-Schloss werden ließ. „Schweren Leibes“ auch er, soll die Obduktion dieses Genießers fünf Liter Mageninhalt ergeben haben.

Die Gruft unter den Tumben beherbergt die zusammengewürfelten Gebeine von 21 Mitgliedern der Hohenzollern, darunter die der ersten drei Kurfürsten: Friedrich I. († 1440) , Friedrich II. († 1471) und Albrecht Achilles († 1486). Da auch immer mehr Adelige anderer Häuser hier ihre letzte Ruhe suchten, gilt die Kirche mit ihren fast 500 Gräbern als „christliche Schlafkammer Frankens“. Aus Platznot war ab 1412 ein Seitenschiff als Mortuarium zur gotischen Halle ausgebaut worden. Bestattungen gab es noch bis ins 19. Jahrhundert.

Neben den Gräbern ergänzen Epitaphe und Gedenktafeln die dynastische Memoria. Kniend vor dem Gekreuzigten erscheinen die Markgrafen Georg der Fromme († 1543) und sein Vater Friedrich d. Ä. († 1536). Nichts verrät, dass letzterer von seinen Söhnen Kasimir und Johann 1515 für geistesgestört erklärt und mit Zustimmung ihres Bruders Georg zur Abdankung gezwungen wurde. Nach zwölf Jahren Kerkerhaft auf der Plassenburg in Kulmbach befreite Georg den Vater. Die letzten neun Jahre seines Lebens verbrachte er auf der Burg in Ansbach.

FOTO: MAURITIUS

Heilsbronn: Münsterplatz mit modernem Brunnen und alter Klosterkirche

Völlig anders präsentiert eine Gedenktafel den Neffen Friedrichs des Frommen, Markgraf Albrecht Alcibiades von Brandenburg-Kulmbach († 1557). In vollem Harnisch steht er lebensgroß auf sein Schwert gestützt in der Mitte eines Triptychons zwischen 18 Ahnenwappen. Der „fürstliche Mordbrenner“ hatte keinen Kampf gescheut, seine Vorstellung vom Herzogtum Franken unter der Herrschaft der Hohenzollern zu realisieren. Körperlich zermürbt, politisch gescheitert, starb er geächtet in Pforzheim im Exil.

Nach diesem Ausflug in die Familiengeschichte verlässt man den beschaulichen 9000-Einwohner-Ort über die Hauptstraße gen Süden. Das sieben Kilometer entfernte Neuendettelsau beherrscht das weitläufige, von Wilhelm Löhe 1854 gegründete Diakoniewerk. Mit Krankenhaus, Behinderten- und Seniorenheimen, Schulen und diversen Wirtschaftsbetrieben, darunter ein Drei-Sterne-Hotel und Terrassencafé, gehört es mit über 10.000 Arbeitsplätzen zu den fünf größten Diakonischen Unternehmen in Deutschland. Leckeren Proviant findet man in der Bäckerei und Metzgerei am Diakoneo Marktplatz, etwa Fränkische Brotzeit im Glas.

Die vielfältigen Aufgaben und weit auseinanderliegenden Herrschaftsgebiete der Zollernfürsten machten vertrauenswürdige Berater, Diplomaten und Amtsleute nötig. Sie stammten über Generationen aus dem fränkischen Niederadel, wie ihn etwa die Familien Seckendorff und Eyb verkörperten. 1518 hatte Sebastian von Eyb das Rittergut Neuendettelsau von den Ansbacher Markgrafen erworben. Bis 1955 durften die Schlossherren den Pfarrer der Dorfkirche berufen, so 1837 auch Wilhelm Löhe. Das Gut gehört bis heute der Familie von Livonius Freiherren von Eyb und ist nicht zugänglich. Der Blick über das Gartentor an der Hauptstraße 30 gibt ein Stück von dem Adelssitz frei. *Helga Schnehagen*

● Infos: www.diakoneo.de; Übernachtung: Vier-Sterne-Hotel Sonne, Hauptstraße 43, 91564 Neuendettelsau.

FÜR SIE GELESEN

„Nett kann jeder“

Es gibt Bücher, deren Titel bescheiden daherkommen. Roswitha Schiebs Publikation „Der Berliner Witz“ ist so eines. So sehr das Titelbild, ein Werbeplakat von 1913 mit lachendem Publikum im Berliner Wintergarten, auch anspricht, der Titel lässt Plattitüden vermuten.

Doch ein Blick in den über 200 Seiten starken Band lässt aufmerken. Nicht nur, dass es großen Spaß macht, sich Seite für Seite köstlich unterhalten zu lassen, sodass man immer wieder über die Beispiele von Schlagfertigkeit lachen muss, nein, der Leser wird hier durch die Jahrhunderte der Kulturgeschichte dieses märkischen Menschenschlages geführt, dessen Stadtsprache im Niederdeutschen wurzelte und von französischen, jiddischen und slawischen Wendungen stark beeinflusst wurde.

Schon die Titel der Kapitel belustigen: „Meckern ist wichtig, nett kann jeder“. Der Abschnitt erklärt den Berliner Witz im Allgemeinen und Besonderen. Des Weiteren geht es durch die Jahrhunderte mit „Als die Haare auf den Zähnen wuchsen“, womit die Zeit des Vormärzes bis 1848 gemeint ist bis hin zum „Latte Macke im Gebärmutterbezirk“ am Ende des Buches.

„Der Berliner Witz allerdings begann sich erst Mitte des 18. Jahrhunderts langsam zu regen“, lässt die Autorin wissen. Vorher seien nur „derbe, grobe und geistlose Scherze“ aus dem Tabakskollegium des Soldatenkönigs Friedrich Wilhelm I. überliefert. Dieser Landesvater durchstreifte oft misslaunig die Straßen und prügelte jeden mit seinem Spazierstock, der ihm äußerlich nicht gefiel oder Müßiggang betrieb. Laut Schieb entwickelte sich aus dieser Prügeltradition im 19. Jahrhundert im Handwerkermilieu die Volksbelustigung von Massenschlägereien, die später durch verbale Schlagfertigkeit ersetzt wurde. Ab da war der Berliner Witz auf dem Vormarsch. Welchen geistreichen Einfluss der berühmteste Preußenkönig, Friedrich der Große, bei der Entwicklung hatte, ist ebenfalls zu erfahren.

Die Geschichte der Entstehung des Berliner Witzes ist hochinteressant, und anhand zahlreicher Beispiele beleuchtet die Autorin die Kaiserzeit, den Ersten und Zweiten Weltkrieg, die Nachkriegszeit und schließlich die Ära der geteilten Stadt, in welcher der Humor ebenfalls zweigeteilt war, „gerne auf Kosten des ideologischen Systems der jeweils anderen Seite“, wie Schieb erläutert.

Den Abschluss bildet die Zeit von 1990 bis heute. Hier trifft man auf die zeitgenössischen Kabarettisten, wie Kurt Krömer, Fil, Ilka Bessin, Martin Buchholz und andere, die den Berliner Witz am Leben erhalten, auch wenn er generell immer wieder totgesagt wurde. Die Schlagfertigkeit, die Lust an Widerworten und der Sinn für Sprachspiele und Übertreibungen werden laut Verfasserin in dieser Stadt niemals aussterben.

Wer sich als Tourist unter die Berliner mischt, kann das zweifellos aus eigener Erfahrung bestätigen. Ein großartiges Werk, das lange nachhallt.

Silvia Friedrich

Roswitha Schieb: „Der Berliner Witz - Eine Kulturgeschichte“, Elsengold Verlag, Berlin 2020, gebunden, 25 Euro

BILDERBUCH DER WOCHE

FOTO: SHUTTERSTOCK

Millionen Jahre alt Kaum zu glauben, dass ein dicker Stein eine interessante und lehrreiche Geschichte erzählen kann. In dem Bilderbuch „Steinalt und kein bisschen langweilig“ für Kinder ab vier Jahren erzählt Deb Pilutti von einem uralten Stein, der schon ewig auf einer Lichtung am Wald liegt. Seine Freunde sind die Kiefer, der Marienkäfer und der Kolibri.

Alle drei machen sich über „Steinalt“ lustig, denn sie glauben, dass es ihm an immer derselben Stelle doch sehr langweilig und öde sein müsste. Doch weit gefehlt, denn als „Steinalt“ zu erzählen beginnt, kommen die Freunde aus dem Staunen nicht mehr heraus, denn er hat bereits mehr erlebt als sie alle zusammen. Vor Millionen von Jahren wurde er aus einem Vulkan herausgeschleudert und anschließend von Gletschern mitgerissen. Im Laufe der Jahrmillionen tauchten verschiedene Lebewesen an seiner Seite auf.

Die Texte und Bilder sind auch schon von Kindergartenkindern gut zu verstehen und nachzuvollziehen. Die Figuren im Bilderbuch entsprechen in ihrer Art, sich zu unterhalten und zu handeln, der Erlebniswelt der Kinder. Auf bildliche und altersgerechte Art erfahren die Kleinen etwas über die Erdgeschichte unseres Planeten. Die Eiszeit darf dabei nicht fehlen, ebenso wenig die Ära der Dinosaurier. Am Ende gibt es eine Zeittafel vom Urknall bis zur Gegenwart.

Mit Sicherheit lieben Kinder dieser Altersgruppe die Geschichte und lachen mit, wenn sich zum Beispiel ein Mammut auf den alten Stein hockt, um sich sein Hinterteil zu schubbern. Viele Kinder werden große Steine nach der Lektüre sicher mit anderen Augen anschauen als bisher, denn sie haben gelernt, dass diese viel zu erzählen hätten, wenn sie denn sprechen könnten. *S.F.*

Deb Pilutti: „Steinalt (und kein bisschen langweilig)“, cbj Kinderbücher, München 2021 Pappband, 48 Seiten, 14 Euro

AUTOBIOGRAPHISCHES

Reflexion des Erlebten in der DDR

Helga Schubert, geboren in Hinterpommern und in Greifswald aufgewachsen, erzählt Episoden ihres Lebens und vergleicht sie mit der Gegenwart

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Mit der Erzählung „Vom Aufstehen“ gewann die Schriftstellerin Helga Schubert 2020 den Ingeborg-Bachmann-Preis. „Vom Aufstehen. Ein Leben in Geschichten“ lautet der Titel des Endprodukts bestehend aus einer Sammlung autobiographischer Texte. Schubert wurde 1940 in Berlin geborenen und lebt mit ihrem Mann, dem Maler und früheren Professor für Klinische Psychologie, Johannes Helm, in Mecklenburg-Vorpommern. Die studierte Psychologin war in der DDR als Klinische Psychologin und Psychotherapeutin tätig. Nebenberuflich veröffentlichte sie seit den 1970er Jahren Kinderbücher und Erzählbände, schrieb Theaterstücke, Hörspiele und Drehbücher.

Im neuen Buch bilden kontemplativ angelegte Miniaturen und Episoden aus der Zeit, in der die DDR-Diktatur Regie im Leben der Menschen führte – kombiniert mit Beobachtungen aus ihrem heutigen Alltag –, den Rahmen dieser persönlichen Rückschau. Deren Kern sind Geschichten, die von der Mutter der Autorin handeln und von der Großmutter väterlicherseits, die einst der Enkelin während der Ferien in ihrem Haus mit Garten in der Greifswalder Obstbausiedlung ein Refugium bot.

Ihren Vater hat Schubert nie kennengelernt. Er starb 1941 im Zweiten Weltkrieg. Diese Leerstelle im Leben der Tochter mit Liebe auszufüllen hat ihre Mutter versäumt. Sie wollte und konnte es nicht, weil sie offenbar aufgrund ihrer Persönlichkeitsstruktur dazu nicht in der Lage war. Das Verhalten der Mutter, die mit 101 Jahren starb, und das komplizierte Verhältnis zwischen Mutter und Tochter reflektiert Schubert in den zentralen Kapiteln des Buches am Anfang („Mein idealer Ort“), in der Mitte („Eine Wahlverwandtschaft“) und am Ende („Das vierte Gebot“, „Vom Aufstehen“). „Mein Lebensthema ist die Geborgenheit“, schreibt sie unvermittelt im Kapitel über eine Fastenwanderung an der Nordsee. Ein Motiv, das in mehreren Geschichten verhandelt wird, ist das Alter.

Bei Kriegsende flüchtete ihre Mutter, die Tochter im Kinderwagen schiebend, aus einem Dorf in Hinterpommern zu den Schwiegereltern nach Greifswald. „Der Schwiegervater meiner Mutter gab seiner Frau und meiner Mutter Gift und forderte sie auf, sich zu vergiften, sobald die Russen in der Tür stünden. Aber meine Mutter weigerte sich: nein, dann müsste ich ja zuerst mein Kind vergiften. Das kann ich nicht.“ „Aufstehen“ bezeichnet eine Haltung, die sich für die Autorin als Maxime erwiesen hat, um unter nicht veränderbaren Umständen selbstbestimmt einen Aufwärtstrend herbeizuführen.

Helga Schubert: „Vom Aufstehen. Ein Leben in Geschichten“, dtv, München 2021, gebunden, 221 Seiten, 22 Euro

ZWEITER WELTKRIEG

Flugblätter über Feindgebiet

Alle am Krieg beteiligten Staaten warfen Propagandabotschaften über feindlichem Territorium ab, um die Soldaten zur Aufgabe zu bewegen

VON F.-W. SCHLOMANN

In dem Buch „Feindflugblätter des Zweiten Weltkriegs“ analysieren Moritz Rauchhaus und Tobias Roth über 200 Flugblätter, die die beteiligten Staaten am Zweiten Weltkrieg millionenfach über dem jeweiligen Feindgebiet abwarfen. Sie stellen eine Auswahl der 20.000 Propagandabotschaften dar, die in der Berliner Staatsbibliothek aufbewahrt sind. Nicht ohne Grund wurde der Besitz eines feindlichen Flugblattes bei sämtlichen Armeen unter schwerste Strafe gestellt. Erwiesen ist, dass im Winter 1944/45 in der italienischen Po-Ebene aufgrund der deutschen Flugblätter mit ihren Drohungen ganze Bataillone amerikanischer und britischer Soldaten zeitweise den Einsatz verweigerten und ebenso Wehrmacht-Stützpunkte am Atlantik angesichts inhaltsähnlicher Drohungen der US-Streitkräfte kapitulierten.

Jedes Flugblatt war ein Kriegswerkzeug mit dem Ziel, beim Empfänger Zweifel an seiner Führung und an dem Sinn des Krieges zu säen, von dem viele Menschen profitieren und im Luxus leben würden, während der Frontsoldat ständig sein Leben einsetze. Demotivierend sollten auf allen Seiten Sehnsucht und Heimweh nach der Familie wirken. Symptomatisch ist, dass sie alle ein Flugblatt verbreiteten mit einem Baby, das tränenreich nach der Rückkehr seines Papas ruft.

Beliebt war bei allen Seiten der Hinweis auf die eigene militärische Überlegenheit, was die US-Propaganda angesichts der zerbombten deutschen Städte bei Kriegsende besonders betonte. Um den Finder eines Feindflugblattes bei der ihm drohenden Gefahr überhaupt zum Lesen zu verführen, wurden diesen nicht selten Zigaretten beigefügt.

Getarnt als ein neutrales Heftchen in der Größe einer Mini-Streichholzschachtel gaben alle Seiten Anweisungen, wie sein Finder Krankheiten derart glaubhaft vortäuschen könne, dass er mit diesen Tricks die Frontärzte erfolgreich täuschen könne. Überaus viele Flugblätter forderten zum Überlaufen auf: Der bessere Schritt als den vielleicht qualvollen „Heldentod“ an der Front zu sterben sei es, den Kampf einzustellen und sich in Gefangenschaft des Feindes zu begehen und auf diese Weise zu überleben. Das Hochhalten eines solchen Flugblattes gegenüber der Feindseite war dem Zeigen einer weißen Fahne gleichzusetzen. Es war das Zeichen, dass der Soldat aufgeben wollte.

Alle diese Flugblätter sind wertvolle Zeitdokumente, eindrucksvolle kulturpolitische Quellen, die auf ihre Art das Geschehen des Zweiten Weltkrieges widerspiegeln.

Moritz Rauchhaus/ Tobias Roth (Hg.): „Feindflugblätter des Zweiten Weltkriegs“, Verlag das kulturelle Gedächtnis, Berlin 2021, broschiert, 288 Seiten, 28 Euro

Rautenberg Bücher jetzt im Flechsig Medienvertrieb

Liebe Leser und Leserinnen der Preußischen Allgemeinen Zeitung!

Neu und gleichzeitig bewährt ist unser Motto: Neu ist unser Medienvertrieb und unsere Adresse. Bewährt ist unsere Produktauswahl, die ich Ihnen weiterhin mit Vergnügen anbieten kann! Ich freue mich darauf, Sie bei Ihrer Auswahl weiterhin beraten zu dürfen!

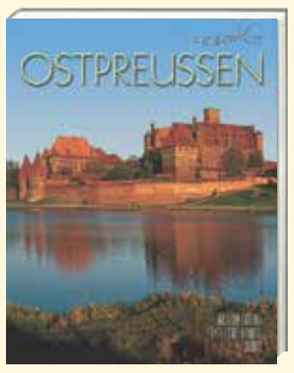
Ganz wichtig: Bitte beachten Sie unsere neue Adresse und Telefonnummer:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg
Telefon 09 31 / 45 26 50 35
Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Ihre Lieferungen erhalten sie ab sofort von VDM Nickel, Flechsig Medienvertrieb, Kasernenstraße 6-10, 66482 Zweibrücken. Bitte haben Sie etwas Geduld mit uns. Die Umstellungen werden noch etwas Zeit kosten, bis sich alle Abläufe eingespielt haben.

Kaffeebecher Ostpreußen
Steingutbecher mit Randverzierung
Nr. P A0652 12,95 €

Ostpreußenfahne mit Wappen Ostpreußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9907 Fahne 12,50 €



Wolfgang Korall
Ernst-Otto Luthardt
Ostpreußen
160 Seiten im Großformat.
Format 24 x 30 cm.
Gebunden
Nr. P 531700 24,95 €

Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder, kristallenen Seen und der weiten Küste, ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Ebenso wie der Zauber seiner Landschaften locken die Städte und Dörfer der Region, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser von der wechselvollen Geschichte erzählen. Über 260 Fotografien geben ein umfassendes Bild Ostpreußens, von Elbing im Westen bis nach Memel und mit Königsberg im Zentrum. Sechs Specials informieren über den Astronom und Mathematiker Nikolaus Copernikus, den Deutschen Orden, den Oberländischen Kanal, die Wolfsschanze, die Schlacht von Tannenberg und das Gold Ostpreußens, den Bernstein.

Agnes Miegel
Ostpreußen – Es war ein Land
Agnes Miegel liest aus eigenen Dichtungen, Lieder und Balladen der Heimat. Zwischen den einzelnen Stücken ertönen bekannte ostpreußische Lieder. (Laufzeit 40 Minuten)
Nr. P 5893 CD 9,95 €

Kaffeebecher Schlesien
Steingutbecher mit Goldrandverzierung
Nr. P A0804 12,95 €

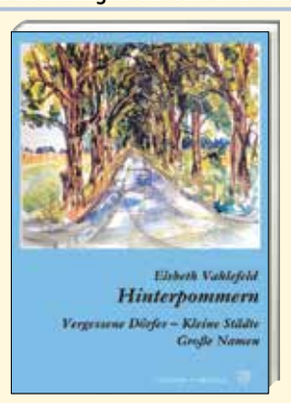
Landsmannschaftsfahne Ostpreußen mit Elchschaufel-Wappen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9905 Fahne 12,50 €

Kühlschrankmagnet und Flaschenöffner mit Elchschaufelmotiv der Landsmannschaft Ostpreußen
Größe: 7 cm Breite und 4,5 cm Höhe
Nr. P A1274 Kühlschrankmagnet mit Flaschenöffner 4,95 €

Bayern und die Heimat der Vertriebenen
Im deutschen Osten, im Sudetenland und in Osteuropa
Geschichtliche und kulturelle Beziehungen Bayerns zu Schlesien, Aus der Frühzeit des Buchdrucks, Reise nach Rohr: Eine schlesische Musikstadt im Bayernland, Zwei bayerische Barockmaler in Schlesien, Holzspielzeug aus dem Erzgebirge im Spielzeugmuseum Nürnberg, Puppenmutter Käthe Kruse, Die Beziehung des Deutschen Ordens zu Böhmen, Mähren + Schlesien, Karl IV. und die politische Landbrücke von Prag nach Frankfurt am Main, Mit Menzel in Bayern und Österreich, Adalbert Stifter und der Böhmisch-bayerische Wald, Die Buchenlanddeutschen, Lovis Corinth - ein ostpreußischer Wahlmünchner, sowie viele andere interessante Themen... 7ahlreiche S/W Abbildungen, Karten und Wappenabb. 22,4 x 30 cm
Nr. P A1627 Kartoniert 4,95 €

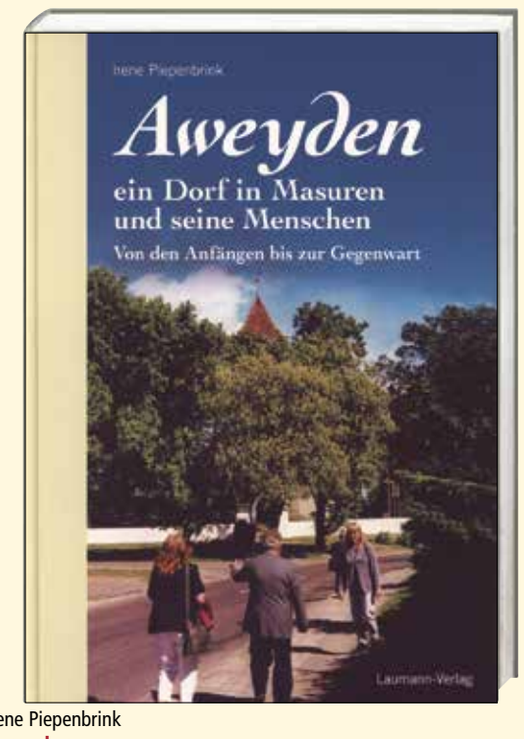
Christoph von Allmayer-Beck
Die Geschichte der 21. (ostpr./westpr.) Infanterie-Division
Dem Verfasser ist es in überaus anschaulicher Weise gelungen, die Geschichte der 21. Infanterie-Division (ehemaliges Artillerie-Regiment 21) von der Friedenszeit bis zum Kriegsende 1945 darzustellen. Er konnte bei der Bearbeitung auf die Kriegstagebücher der Division zurückgreifen und die vorhandenen Akten aus dem Bundesarchiv / Militärarchiv einsehen.
716 Seiten
165 Fotos, 70 Karten-Skizzen, 59 Anlagen Format: 15,8 x 24,2 cm.
Nr. P A1654 Kunstleineneinband 39,95 €

Fahne Pommern
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9955 Fahne 12,50 €

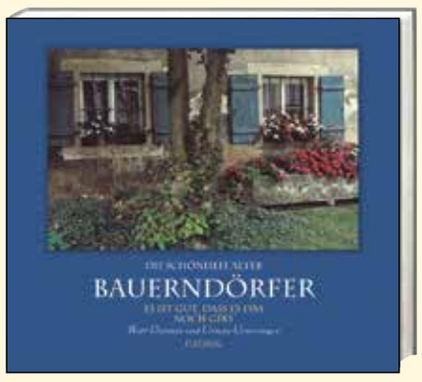


Elsbeth Vahlefeld
Hinterpommern
Vergessene Dörfer – Kleine Städte – Große Namen
Elsbeth Vahlefeld erinnert an unbekannte, heute halbwegs vergessene hinterpommersche Dörfer und Städte, die einst die Heimat bedeutender, über die Grenzen Pommerns hinaus geachteter Persönlichkeiten waren. Mit Begebenheiten aus dem Leben. 254 Seiten.
Nr. P A1301 Kartoniert 19,95 €

Fahne Niederschlesien
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P A0018 Fahne 12,50 €

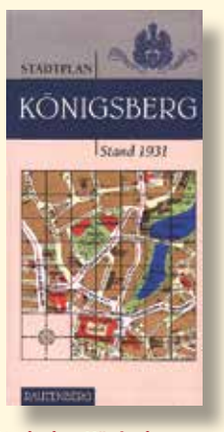


Irene Piepenbrink
Aweyden
Ein Dorf in Masuren und seine Menschen
Von den Anfängen bis zur Gegenwart
Die Autorin Irene Piepenbrink hat durch jahrelange Recherchen nicht nur die Geschichte des Ritterdorfes und ältesten Beutnerdorfes Aweyden im Kreis Sensburg in Masuren zu Papier gebracht. Sie hat auch eine interessante und ergreifende Dokumentation der Ereignisse durch Jahrhunderte hinweg erstellt, in deren Mittelpunkt die Menschen und ihre Schicksale im romantischen Aweyden von den Anfängen bis zur Gegenwart geschildert werden. Irene Piepenbrink, geb. Bierfreund ist 1940 in Sensburg/Ostpreußen geboren, aufgewachsen in Aweyden. 1958 erhielt sie die Genehmigung als Spätaussiedlerin auszureisen. Ihr Herz gehört ihrer Heimat Masuren!
192 Seiten, über 200 farbige und s/w-Abb., Format 21 x 29,7 cm
Nr. P A1625 Gebunden mit farbigem Überzug 26,80 €



Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Die Schönheit alter Bauerndörfer
Es ist gut, dass es das noch gibt
Das Buch ist ein leidenschaftliches Plädoyer für den Erhalt der bäuerlichen Kultur und Tradition. 123 Abbildungen. 120 Seiten
Nr. P 575274 Gebunden 7,95 €

Leselupe mit Licht
(ohne Batterie)
Hauptlinse mit 2-facher u. kleine Linse mit 6-facher Vergrößerung
Nr. P A0445 11,95 €



Stadtplan Königsberg
Historischer Stadplan von 1931
Maßstab 1: 15.000
Nr. P 5508 7,95 €

Fahne Königreich Preußen
Die Fahne ist bedingt wetterfest.
Format 150 cm x 90 cm
Nr. P 9981 Fahne 12,50 €

Ursula und Wolf-Dietmar Unterweger
Wie das Wetter wird
Bauernregeln für Heute neu entdeckt
Wolf-Dietmar und Ursula Unterwegers Sammlung alter Bauernregeln sind einzigartig schöne Bilder vom Leben auf dem Lande beigegeben, die Ausdruck eines alt-neuen Naturverständnisses sind. 33 Abb. 96 S.
Nr. P 575273 Gebunden 7,95 €

FLECHSIG
MEDIENVERTRIEB

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

Flechsig Medienvertrieb
Katrin Glesius
Heisenbergstr. 10
97076 Würzburg

!!! Neue Adresse !!!

Telefon 09 31/ 45 26 50 35
Telefax 09 31/ 45 26 50 36
Email flechsigmedien@web.de
Internet www.flechsigmedien.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN

Achtung: Neue Telefon- u. Faxnummer Telefon 09 31 / 45 26 50 35 • Telefax 09 31 / 45 26 50 36

Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

AUFGESCHNAPPT

Wissenserwerb über die eigene Vergangenheit, über ideelles und kulturelles Erbe ist fördernswert. Entsprechende Angebote sollten zu den steuerfinanzierten Publikationen der „Landeszentralen für politische Bildung“ gehören. In der „Landeszentrale“ von Sachsen stellt sich ausweislich der gegenwärtig bestellbaren Titel die lange Geschichte dieses schönen Landes als recht kurz dar. Abgesehen von einer eher speziellen Studie zu den Landtagen scheint hier das Leben erst im 20. Jahrhundert begonnen zu haben. „Der gespaltene Freistaat“ vermittelt ein Bild der Zeit zwischen 1918 und 1933. Ausführlich belesen kann man sich über „Braune Karrieren“, „NS-Terror und Verfolgung in Sachsen“, „NS-Raubgut“ und die Novemberpogrome von 1938. Auch für die Nachkriegsepoche sind Bücher zu finden. Eine Gesamtgeschichte Sachsens, zu der vielleicht auch das Mittelalter oder August der Starke gehören und die vor allem helfen würde, einzelne Ereigniskomplexe einzuordnen, sucht man vergeblich.

Erik Lommatzsch

DER WOCHENRÜCKBLICK

Kanzleramt-Auszubildende

Warum eine Arbeitsgruppe mit einer Umleitung beschäftigt wird und ein kleiner Stecker Europa eint

VON KLAUS J. GROTH

Eigentlich hätte vermutet werden dürfen, den Knallfrosch der Woche habe wieder einmal Annalena Baerbock gezündet. Die Kanzleramt-Auszubildende lässt keine Möglichkeit dazu aus. Frei nach dem bewährten Motto: Egal, wie man über mich spricht, Hauptsache, man spricht über mich! Aber dann grätschte zu Pfingsten der jungen Frau ein alter Haudegen ziemlich brutal dazwischen.

Der belarussische Machthaber kaperte ein Flugzeug der Ryanair voller Urlauber, um eines Oppositionellen habhaft zu werden. Dazu schickte er einen Kampfjet vom Typ Mikojan-Gurewitsch MiG-29. Der zwang den Ferienflieger zur Landung in Minsk. Selbstverständlich einer guten Sache wegen. Denn an Bord der Ryanair, so wurde die Entführung begründet, habe sich eine Bombe der palästinensischen Hamas befunden. Und jeder weiß doch: Die Hamas ist gerade wieder einmal außer Rand und Band. Eine Bombe der Hamas kann überall sein. Nur gefunden wurde sie in diesem Fall nicht. Die Hamas steht vermutlich auch vor einem Rätsel.

Als das Flugzeug der Ryanair seinen Weg von Athen nach Wilna (Vilnius) fortsetzen durfte, da war der gesuchte Dissident samt Freundin nicht mehr an Bord. Die Bombe der Hamas möglichweise schon, denn von deren Fund war nichts verlautbart worden. Dieses Schurkenstück einer Kaperung hat aber so was von Empörung ausgelöst! Die Europäische Union erwägt tatsächlich Sanktionen gegen die Verantwortlichen. Es drängt sich der Eindruck auf, gegenwärtig seien Sanktionen allüberall erforderlich. In diesem aktuellen Fall gehört ein Landeverbot für die belarussische Fluggesellschaft dazu.

Überhaupt haben fast alle den Kidnapper Alexander Lukaschenko mit Empörung verurteilt. Weil sich das so gehört. Weil, so was geht gar nicht. Weiteres werde man erörtern. Und dazu wird die EU sofort eine Arbeitsgruppe bilden. Wobei die zu berücksichtigen haben wird: Der Ferienflieger von Ryanair wurde nicht abgeschossen wie Flug 17 der Malaysia Airlines 2014 über der Ukraine. 298 Menschen kamen dabei versehentlich ums Leben. An Bord der Ryanair wurde auch niemand in eine vergiftete Unterhose gesteckt. Dieses mit Nowitschok durchtränkte Bekleidungsstück blieb dem russischen Oppositionellen Alexej Nawalny vorbehalten.

Im Vergleich mit solchem Staatsterror ist eine kurzzeitige Entführung eines Ferienfliegers, nach der einige Personen an Bord fehlen, geradezu eine lässliche Sünde. Dennoch sollten wir weiter mit unerschütterlicher Zuversicht auf die Einsichten der in Gründung befindlichen EU-Arbeitsgruppe vertrauen.

Dann haben wir auch wieder die Zeit, uns dem Knallfrosch der Woche zu widmen. Beim Europaforum des Westdeutschen Rundfunks (WDR) stellte Moderatorin Ellen Ehni zum Aufwärmen die absolut harmlose Frage, wo ihren Gesprächspartnern Armin Laschet, Olaf Scholz und Annalena Baerbock am nämlichen Tag bereits Europa begegnet sei. Während Laschet und Scholz wenig Überraschendes zu bieten hatten, glänzte die Kanzleramt-Auszubildende Baerbock mit einer originellen Antwort: „Überall. Morgens beim Stecker in die Steckdose stecken, dass es Normungen gibt und dass man nicht tausend verschiedene Stecker haben muss.“

Ach, hätte sie doch nur rechtzeitig den Stecker gezogen. Dann hätte sie diese Pfingstoffenbarung 2.0 nicht in die Welt gesetzt. Offenbar gibt es Zeitgenossen, die nur auf solche Patzer lauern, um sie mit Häme in den sogenannten sozialen Medien vorzuführen. Baerbock hatte dieses Lob der europäischen Norm kaum ausgesprochen, da kursierte auch schon ein Videoclip mit dem unterschiedlichen Steckersortiment Deutschlands, Italiens, Dänemarks, Frankreichs, der Niederlande und – gewissermaßen als Beigabe – Großbritanniens im Netz. Europa ist eben doch ganz schön vielfältig. Oder divers.

Nun könnte man achselzuckend darüber hinweggehen, wer viel spricht, sagt auch gelegentlich etwas Falsches. Für Baerbock, deren hübschen Kleidern die tägliche sorgfältige Auswahl anzusehen ist, gilt das selbstverständlich auch. Nur leider zündet sie häufiger verbale Knallfrösche, als sie im Kleiderschrank danebengreift.

Man muss eben Prioritäten setzen. Ganz unabhängig von den Corona-Impfungen. Nicht alles im Leben ist von gleicher Wichtigkeit. Geld zum Beispiel. Jedenfalls ist es nicht mehr wichtig, wenn genügend davon vorhanden ist. Glauben Sie nicht? Dann fragen Sie mal Annalena Baerbock. Oder deren Parteifreund Cem Özdemir. Oder den Sozialdemokraten Karl Lauterbach. Die haben jetzt flugs Einkünfte nachgemeldet, nachdem Annalena Baerbock leider erst jetzt über mehrere Jahre gezahltes Weihnachtsgeld zur Kenntnis genommen hatte. Das war nach den guten Gewinnen bei der Europawahl besonders fett ausgefallen. Diese Wechselwirkung zwischen Wahl und Weihnachtsgeld sollten wir in Erinnerung haben, wenn sich wieder einmal jemand verständlicherweise über die fetten Boni der Banker erregt.

> Leider zündet Annalena Baerbock häufiger verbale Knallfrösche, als dass sie im Kleiderschrank danebengreift

Ach ja, nachdem Baerbock die schöne Bescherung entdeckt hatte, kramte auch Özdemir altes Weihnachtsgeld mehrerer Jahre hervor. Lauterbach entdeckte Nebeneinahmen von mehr als 17.000 Euro, die er vor mehreren Jahren für vier Vorträge erhalten hatte. Kein schlechtes Honorar. Das hatte er leider vergessen. Aber wie gesagt, man kann sich nicht um alles kümmern. Schon gar nicht, wenn ein Talk auf den anderen folgt.

Und weil beim Reinemachen stets allerlei Kram zu Tage kommt, schickte Baerbock ihrer Nachmeldung eine Nachmeldung nach. Wegen Corona bewilligte deren Partei eine Sonderzahlung für die Mitarbeiter. Darum bekam auch die Chefin 1500 Euro, obwohl sie als Bundestagsabgeordnete nicht auf der Gehaltsliste der Partei steht. Besonders nett an dem Corona-Geld: Es ist für Angestellte steuerfrei. So wurde es auch für die Chefin verbucht. Die aber gibt an, sie verzichte (möglicherweise) auf die Steuerfreiheit (nicht auf das Geld). Die Unterlagen befänden sich beim Steuerberater. Was der damit nach Recht und Gesetz macht, entzieht sich allerdings der allgemeinen Kenntnis. Jedenfalls scheint es ziemlich schwierig zu sein, die Übersicht über die freundlichen Nebeneinkünfte zu behalten.

Die Übersicht über die Punkte für den deutschen Auftritt beim European Song Contest zu behalten, ist hingegen recht einfach. Drei wurden es (in Ziffern 3!) Zum Vergleich: Die Siegerband aus Italien erhielt 524 Punkte. Immerhin reichten die mickrigen drei Punkte noch für den vorletzten Platz unter 26 Wettbewerbern. Der vorletzte Platz ist noch schmeichelhaft für eine Bühnenshow, die besser zum Sommerfest im Schrebergarten getaugt hätte. Dabei hatte Sänger Jendrik mit „I don’t feel hate“ einen durchaus zeitgeistigen Beitrag gegen Hetze in den sozialen Medien. Bei diesem unermüdlich mit Vorschusslorbeeren dekorierten Auftritt hätte man besser auch rechtzeitig den Stecker ziehen sollen. Insofern können wir dankbar sein, dass Annalena Baerbock die Frage nach ihrer Begegnung mit Europa nicht mit „European Song Contest“ beantwortete.

Alle Beiträge des Wochenrückblicks finden Sie auch auf unserer Webseite unter **www.paz.de**

STIMMEN ZUR ZEIT

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Ausgabe vom 25. Mai) äußert sich der Psychologe **Ahmad Mansour** zur Intoleranz in der islamischen Welt:
Funktionäre muslimischer Glaubensvereinigungen in Europa reagierten auf die Tat (den Mord an dem französischen Lehrer Samuel Paty im vergangenen Oktober – die Redaktion) wie immer: Sie lenkten ab vom Rechtsbruch und vertraten doppelte Standards. Seit Jahren verurteilen viele von ihnen verbal den islamistischen Terror und behaupten, dessen Gewalt habe mit dem Islam nichts zu schaffen. Doch sie schweigen beredt über das tief ambivalente Verhältnis vieler Gläubiger zu Meinungsfreiheit, Demokratie und dem Existenzrecht des Staates Israel.

Der Publizist **Jan Fleischhauer** macht sich in seiner wöchentlichen aktuellen „Focus“-Kolumne Gedanken über die grünen Träume von einer „klimagerechten Gesellschaft“ – und welchen Beitrag er selbst dazu leisten kann:
Viele Leute in meinem Milieu verhalten sich nach dem Motto: links reden, rechts leben. Ich halte es andersherum. Also rechts reden, links leben.

Meine Kinder bringe ich morgens im Lastenfahrrad zum Kindergarten (Ganztagskita, da Dual Career Couple). Für den Weg ins Büro nehme ich die S-Bahn. Im Juni kommt die Solaranlage aufs Dach. Solardächer gibt es ja leider noch nicht, anders als die grüne Parteivorsitzende meint, wenn sie im „Bild am Sonntag“-Interview ankündigt, Solardächer bei Neubauten zur Pflicht machen zu wollen.

Bislang muss man sich noch mit Solarpanels behelfen. Aber auch so darf ich mich zu den Vorzeigebürgern zählen: 11 kWp, plus Energiespeicher. Wenn endlich die Sonne vom Himmel brennt, wie von Fridays for Future versprochen, bin ich ab Sommer autark. Der nächste Schritt ist dann der eigene Brunnen. Dann brauche ich auch die Stadtwerke nicht mehr.

Die Journalistin **Judith Sevinç Basad** denkt in einem Gastbeitrag für die „Neue Zürcher Zeitung“ (25. Mai) über den Sinn des Genderns nach – und interpretiert das Anwenden von Geschlechter-Aspekten nicht als Ausdruck eines natürlichen Wandels, sondern als Teil einer politischen Agenda:
*Unfreiwillig komisch wird es dann, wo die eigenen Regeln für eine bessere Welt sogleich wieder aufgeweicht werden müssen. So erzählte eine Moderatorin neulich im Deutschlandfunk (DLF), dass es nur richtig sei, wenn man Wörter wie Terrorist und Verschwörungstheoretiker nicht gendere. Denn: Diese Gruppen beständen hauptsächlich aus Männern, und man wolle das Geschlecht „gerecht abbilden“. Das Sternchen übernimmt so eine willkommene Nebenwirkung: Es markiert die Dinge, die moralisch gut sind. Ironischerweise brachte der DLF daraufhin einen Beitrag, in dem die Wörter Bürger*innen, Erb*innen und Demonstrant*innen vorkamen. Die Wörter Rassisten, Kolonialisten oder Sklavenhändler wurden dagegen nicht gegendert.*

WORT DER WOCHE

„Nach der Pandemie ist vor der Pandemie. Auf die nächste sollten wir möglichst gut vorbereitet sein“

Bundeskanzlerin **Angela Merkel** am Montag dieser Woche in einer Videobotschaft zum Auftakt der virtuellen Jahrestagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO)